

Es bedurfte nur einer Wendestimmung und einiger skrupelloser Winkelzüge der brasilianischen Elite: Mit Jair Bolsonaro ist ein Mann in den Präsidentenpalast Planalto in Brasilia eingezogen, der wie kein anderer den weltweit spürbaren Rechtsruck und die rückwärtsgewandte „Erneuerung“ Lateinamerikas verkörpert. Viehzüchter und Soja-Produzenten reiben sich die Hände, wenn, wie versprochen, der Amazonas-Urwald für sie in Wert gesetzt und für weitere großflächige Rodungen freigegeben wird. Dass auch maximal fünf Jahre zerstörerischer Politik des Faschisten Bolsonaro vorüber gehen, ist ein geringer Trost. Denn die Entwaldung im Amazonasgebiet nähert sich dem Punkt, an dem – so die Experten – das Gleichgewicht kippt und der Regenwald sich selbst zu

zerstören beginnt. Eine Klimakatastrophe ungeahnten Ausmaßes wäre die Folge. Deswegen haben wir diese Nummer dem Amazonas gewidmet, den wir in möglichst vielen Facetten von besonders kom-

EDITORIAL

petenten Autorinnen und Autoren darstellen ließen: von der indigenen Philosophie über den Sehnsuchtsort Amazonas in unseren Köpfen bis zu harten Fakten über Abholzung. Es lohnt sich, jeden einzelnen Beitrag zu lesen.

Während den Amazonas-Schwerpunkt eine vorausschauende Perspektive auszeichnet, können wir im Fall der Venezuela-Krise nur den Ereignissen hinterher

hinken. Keiner weiß, wie lange die Agonie eines planlosen Regimes sich noch in die Länge zieht und ob die wohl unvermeidliche Machtübernahme der von den USA gesponserten alten Elite unter friedlichen Umständen vor sich gehen oder von Blutvergießen und Chaos begleitet sein wird. Der einst von Hugo Chávez ausgerufenen Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist zum Kampfbegriff der Rechten für ein gescheitertes Experiment geworden, dessen Abenddämmerung auch durch russische Hilfe nicht aufgehalten werden kann. Der Linken ist es nicht gelungen, eine langfristig tragfähige Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem zu etablieren. Mit den Folgen dieser venezolanischen Tragödie werden wir uns voraussichtlich in der nächsten Ausgabe ausführlicher befassen. **Ralf Leonhard**

INHALT

THEMA: AMAZONIEN VOR DEM KOLLAPS?

Von indigenen Völkern Amazoniens lernen	4
Von Clarita Müller-Plantenberg	
Sehnsuchtsort Amazonien	7
Von Laurin Blecha	
Multipler Angriff auf die Regenwälder	8
Von Jürgen Kreuzroither	
<i>Brasilien</i> : Bolsonaros Angriff auf die Umwelt.	10
Von Nicholas Cunningham	
Wissenschaftler warnen vor einer „Bolsokalypse“ im Amazonas	12
Von Claudio Angelo	
<i>Peru</i> : Kampf gegen Holzmafia torpediert	13
Von Jürgen Kreuzroither	
Drogenproduktion und Drogenbekämpfung: ein Ökodesaster	14
Von Robert Lessmann	
„Keine Vormundschaftspolitik mehr!“ Offener Brief indigener Völker an Bolsonaro	15
Guter Rat aus Amazonien: Mit der Welt richtig umgehen!	16
Von Georg Grünberg	
Stimmen aus Amazonien	18
Von Ralf Leonhard	

Synode in der „Gegenwart des Schreckens“	19
Von Wolfgang Schweiger	
Umweltbewegte und Anti-ImperialistInnen, vereinigt euch!	20
Von Tord Björk	
25 Jahre Klimabündnis für Regenwald und Klima	22
Von Johann Kandler	

AKTUELLES & ANALYSE

Venezuela in der Zerreißprobe	23
Von Leo Gabriel	
Internationale Erklärung	25
Kuba : „Bewegung zum Sozialismus?“	26
Von Robert Lessmann	
Mexiko : Die Zapatistas nach 25 Jahren	28
Von Raina Zimmering	
El Salvador : Präsident ohne Programm	29
Von Ralf Leonhard	
Guatemala : Todesstoß für Guatemalas Demokratie?	30
Von Hermann Klosius	
Kolumbien : Friedensdialog mit ELN-Guerilla am Ende	31
Brasilien : „Mariana nunca mais“	32
Von Jürgen Kreuzroither	
Nachruf auf Humberto Ak'abal : Das größte Glück	33
Von Erich Hackl	
Kurznachrichten	34
Buchbesprechungen :	36
Splitter, Termine, Offenlegung	39



VON INDIGENEN VÖLKERN AMAZONIENS LERNEN

Unser Leben wird von Indigenen Völkern geschützt: Durch ihre nachhaltige Wirtschaftsweise im tropischen Regenwald erhalten sie den Wald und tragen damit gleichzeitig zum Erhalt des globalen Klimas bei. Dieser Schutz gerät zunehmend in Gefahr und das globale Klima droht zu kippen.

Von Clarita Müller-Plantenberg

Die Nachkriegs-Kapitalanlagen drängen in die hintersten Winkel des Globus vor, ohne Rücksicht auf Menschenrechte und Biodiversität. Großflächiger Bauxitabbau breitete sich im Regenwaldgürtel unseres Planeten aus, gigantische Wasserkraftwerke wurden großteils für die Verarbeitung des Bauxits zu Aluminium gebaut. Unter dem Wald schlummernde Erzvorkommen wurden gehoben, obwohl der so besonders vielfältige Wald und seine Wasserspeicherkapazität so auch für breite Zufahrtsstraßen geopfert werden musste und Gewässer vergiftet wurden. Rinderweidewirtschaft folgte der Abholzung sowie große Monokulturen von Soja, Ölpalmen und schnell wachsenden Bäumen zur Verarbeitung zu Zellstoff. Das kurzfristige Profitstreben gefällt den Kinder- und Enkelgenerationen dieser Investoren nicht, sie spürten im Hitzesommer 2018 die Zunahme von Extremwetterlagen, ahnten die Zunahme an Ressourcenkonflikten, gesellschaftlicher Entwurzelung sowie Kriegs- und Klimakrisen und organisierten Klimastreiks wie „Friday 4 Future“, inspiriert von der jungen Schwedin Greta Thunberg.

Für Indigene geht es existentiell um das Recht auf Land, seine stärkere Verteidigung. Um zu leben geht es um Widerstand gegen Verarmung, Vertreibung und Tod auf allen Ebenen mit Bündnispartnern, die ihre ganzheitliche Sicht der Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur teilen. Wie sieht die aus?

Praxis und Wissen der Indigenen

In ihren Territorien passen sich die nachhaltigen Produzenten in Raum und Zeit an. Indigene Völker unterscheiden die Flächen nach den unterschiedlichen Böden, nach Wäldern, die in der Regenzeit vom steigenden Fluss überschwemmt und jenen, die nicht überschwemmt werden. Im jahreszeitlichen Rhythmus wissen sie, wann die Regenfälle zum Steigen der Flüs-

se und folglich zum Pflanzenwachstum führen, wann die Fische auf das überschwemmte Land schwimmen. In der Regel kennen sie ihren regional spezifischen Wirtschaftskalender, bei dem ihnen die Beobachtung der Sternzeichen dazu verhilft zu erkennen, wann sie mit welchen Regenfällen, welchem Pflanzenwachstum, Fischwanderungen und Laichzeiten rechnen können. So ist ihnen klar, was sie wann fischen, in selbst angelegten kleinen Waldgärten anbauen oder ernten können und wann Mangel herrscht.

Ihre ständig forschende Praxis führte sie zu einem umfassenden Wissen über die Vielfalt von Flora und Fauna, welches sie an ihre Jugend weitergeben. Aus dem Wald ihres Territoriums holen sie ihre vielseitige Nahrung, Kleidung, Schmuck, Kosmetika und Medizin. Aus dem Holz der Bäume bauen sie ihre Boote, ihre Häuser. Territorien sind gemeinsames Eigentum. Sie arbeiten in Alters- und Geschlechtergruppen. Die Handlungen sind von Reziprozität getragen. Es gibt indigene Wissende, die sich die Verantwortung für die Ausübung, Wahrung und Tradierung des Wissens zu Eigen gemacht haben. Sie gehen von einer Kosmologie aus, die ein ganzheitliches Verständnis der Natur, ihrer Einbettung in übergreifende Zusammenhänge voraussetzt. Das Leben in Harmonie mit der Natur ist das Ziel, das sie durch größtmögliches Wissen über natürliche Prozesse und möglichst geringe Auswirkungen ihrer Intervention in die natürlichen Kreisläufe zu optimieren trachten.

Die *Kichwa* in Ecuador bezeichnen dieses auf kosmische Zusammenhänge in Zeit und Raum ausgerichtete ganzheitliche Konzept, das gleichzeitig die Wertschätzung des gemeinschaftlichen Raums und der auf Gegenseitigkeit beruhenden Beziehungen enthält, als *sumak kawsay*. Es ist im überlieferten Wissen und in religiösen Überzeugungen verankert. *Suma qamaña* ist das entsprechende Konzept der *Aymara* Boliviens. Beide Völker haben

dieses Konzept in ihren nationalen Verfassungen verankert. Zu finden ist es in Artikel 14 und 71 in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 und in Artikel 8 der bolivianischen Verfassung von 2009.

Gemeinschaften von Kautschuk-Zapfern oder Paranuss-Sammlern und Flussanwohnern sind zum Teil aus versprengten indigenen Völkern erstanden. Sie haben ebenfalls nachhaltige Wirtschaftsweisen, da ihr Überleben im Wald ja darauf beruht, dass dieser sich regenerieren kann, seine Resilienz aufrecht erhalten bleibt. Auch die Nachfahren der entflohenen schwarzen Sklaven, *Quilombolas*, die gemeinschaftlich in *Quilombos* – so die brasilianische Bezeichnung – leben und wirtschaften, haben sich an den Wald und die Flüsse angepasst. Nach Artikel 68 der Übergangsbestimmungen der brasilianischen Verfassung haben auch *Quilombolas* Recht auf Land.¹

Allerdings besitzen all diese Gruppen im Unterschied zu den indigenen Völkern keine entsprechend entwickelte Kosmologie. Dies ist es auch, weshalb die indigenen Völker mit einer kosmischen ganzheitlichen Vision des Lebens auf der ständigen Suche nach einem Gleichgewicht inmitten der Kräfte der Natur als solidarische Ökonomien auf einer höheren Stufe zu verstehen sind. Sie sehen sich und ihr Territorium, für das sie sich verantwortlich fühlen, im Zusammenhang mit der sie umgebenden nationalen Gesellschaft und Wirtschaft, weil sie über ihre Territorien hinaus ständig nach einem solchen Gleichgewicht suchen.

Strategien der Gegenwehr

Heutige Tieflandvölker haben in der Regel keine ausgeprägten hierarchischen Strukturen. Im Gegenteil, ihre Führer zeichnen sich oft durch ihre dienende Funktion aus, die darin besteht, besonders gut fischen und jagen zu können, großzügig zu sein und gut zu kommunizieren. Eine Selbstverwaltung der Territorien im Rahmen der nationalen Gesellschaft bedeutet eine relative Autonomie, die ihnen mit der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation für indigene Völker und Stammesgemeinschaften von 1989 zugesichert worden ist.

In Gegenwehr zur Bedrohung ihrer Lebensweise bildeten indigene Völker in den



Fotos: Ralf Leonhard

Im Urwald der Provinz Caquetá, Kolumbien

1980er Jahren über die Landesgrenzen hinweg die Koordination indigener Organisationen des Amazonasgebietes, COICA. 1986 erhielt Evaristo Nukuag Ikaanan vom *Aguaruna*-Volk in Peru im Namen der COICA den Alternativen Nobelpreis. Heute vertritt die COICA die indigenen Organisationen aller neun Amazonas-Anrainerländer. Ihr Sitz ist Quito/Ecuador.

Im Kampf um ihre indigenen Rechte und eine Neuverankerung ihrer Kulturen begannen sie mit Unterstützung von gesellschaftlichen Organisationen, ihre Territorien demarkieren zu lassen bzw. sie selbst zu demarkieren. Ihre Rechte wurden 1988 in der brasilianischen, 1991 in der kolumbianischen und 1999 in der venezolanischen Verfassung verankert.

Nationale indigene Märsche in Ecuador, Bolivien und Kolumbien aus dem Tiefland in die Hauptstädte im Hochland unterstützten die Forderung nach Territorien. Die Märsche setzten extreme Anforderungen an die indigenen Familien voraus. Im Fall Boliviens waren über 4000 Meter Höhenunterschied zu überwinden. Darüber hinaus, angesichts der Interessen auch der multinationalen Konzerne, war es notwendig, grenzübergreifende Bündnispartner zu suchen. Wie machten sie dies?

Indigene Organisationen rufen strategische Bündnisse ins Leben auf der Grundlage weltweit gemeinsamer Interessen am Erhalt des Klimas, der Natur und ihrer Vielfalt: zum Beispiel das Klima-Bündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern

der Regenwälder (Berlin 1989), das Bündnis mit Iquitos 1990 und das Bündnis als Wächter des Waldes mit der *Global Climate and Forest Task Force* (San Francisco 2018).

Sie entwickeln Bildungsprozesse als indigene Organisationen allein oder in Kooperation mit nationalen oder internationalen Universitäten oder NROs. So wurde von den indigenen Organisationen Perus mit einem deutschen Biologen Ende der 80er Jahre ein Netz von kommunalen Schulungsgärten aufgebaut. Pädagogik der Mutter Erde (*Pedagogía de la Madre Tierra*) ist ein Curriculum der Organisation Indigener Völker Antioquiens (OIA) mit der Universidad de Antioquia (UdA) in Kolumbien unter Leitung von Dr. Abadio Green, Linguist und Pädagoge aus dem Volk der *Kuna*.² Das Zentrum „Wissen des Waldes“, Yorenka Atame, wurde von den *Ashaninka* in Acre/ Brasilien an der Grenze zu Peru angelegt.

Territoriale Bündnisse der Wächter des Waldes ...

Es geht für Gemeinschaften kleiner Produzenten in den jeweiligen Regionen ganz entscheidend darum, nachhaltig ökonomische Stärke zu entwickeln und sich auf diese Weise weniger angreifbar zu machen. Zwei Beispiele:

Indigene und bäuerlicher Gemeinschaften im Süden Mexicos (MOCAF) und im Norden Guatemalas (ACOFB) schließen sich in Genossenschaften regional zur nachhaltigen Bewirtschaftung ihres

gemeinsamen Wald-Territoriums zusammen und bilden Netzwerke.³ Der Präsident des mexikanischen Netzwerks von Organisationen des Waldes (MOCAF) unterbreitete dem neu gewählten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador⁴ am ersten August 2018 einen wegweisenden Vorschlag für die neue föderale Regierung in Bezug auf Wald- und Umweltpolitik sowie für die ländliche Entwicklung. Er stellte fest, dass die Gemeinschaften in der Vergangenheit von der Forstpolitik nicht zu Rate gezogen worden seien, obwohl die indigenen Gemeinschaften die Erben und Vermittler des traditionellen Wissens in diesem Bereich seien. Sie schlugen einen Runden Tisch für alle indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften vor, die wie sie im Forst- und Umweltsektor arbeiteten, damit jede ihre Prioritäten äußern könne.

Dies könne gemäß den Prinzipien der Konvention 169 der ILO geschehen, so dass jeweils die repräsentativen Gremien eingeladen werden könnten. Es gehe um die Stärkung der Beteiligung der Bürger, um die Aktivierung der nachhaltigen Forstproduktion, die Wertschöpfungsketten, den Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag sowie den Entwurf einer neuen Politik der Naturschutzgebiete. Alle sollten sich mit Vorschlägen an der Debatte über das neue Forstgesetz beteiligen können.

Reservas Comunales in Peru: Indigene Territorien wurden in Peru – anders als in Kolumbien und Brasilien – als sehr kleine Landbesitze nach Gemeinschaften vergeben. Die daraus resultierenden Probleme begann man durch die Vergabe von inzwischen zehn kommunalen Reserven anzugehen. Im Rahmen des peruanischen Nationalen Systems der Schutzgebiete SER-NANP⁵ gibt es eine Kategorie, die – wie die Peruaner meinen – einzigartig auf der Welt ist. Sie ist dazu bestimmt, Flora und Fauna für und mit Hilfe der indigenen Gemeinschaften zu erhalten. Unter Druck der Holzhändler und Bergbauunternehmen hatten die Gemeinschaften seit Jahren die Einrichtung von *Reservas Comunales* gefordert, um dort gemeinschaftlich zu wirtschaften. Eine Bewirtschaftung mit gemeinsamer Verwaltung durch organisierte Gemeinschaften und Staat und einer Nutzung vor allem durch die lokale Bevölkerung wurde 2005 vertraglich zwischen Staat und lokalen Gemeinschaften vereinbart. Jede *Reserva Comunal* muss eine Person für technische und rechtliche Fragen benennen, die den Verwaltungsvertrag ausführt (*Ejecutor de Contrato de Admini-*

➔ von Seite 5: VON INDIGENEN VÖLKERN AMAZONIENS LERNEN

stración, ECA) und die Leitung des Schutzgebietes übernimmt. Der ECA vertritt alle Gemeinden, die Mitglieder der *Reserva* sind und versteht sich auf Augenhöhe mit SERNANP. Letztere müsse eine Überwachung und die partizipative Führung über die gemeinsame kooperative Leitung nachhaltige Bewirtschaftung garantieren, unter anderem auch eine Stärkung der Ausbildung und Entwicklung der Leitungsinstrumente anstreben sowie Fundraising betreiben.

storen zur Verantwortung, die Menschenrechte und Umwelterhalt ignorieren.

Denn der Druck auf die Wächter des Waldes hat in der letzten Zeit in Brasilien unter Jair Bolsonaro, in Kolumbien unter Iván Duque zugenommen. Noch immer existiert in Ecuador Straflosigkeit gegenüber Chevron und Texaco, die den ecuadorianischen Oriente im Zuge der Erdölbohrungen verseuchten und Menschenrechte missachteten. Heute steigt die Zahl der Morde an denen, die ihre Territorien schützen.

Sónja Guajajara, vom landesweiten Zusammenschluss der indigenen Völker Bra-

silien, Kolumbien und Ecuador werden umgebracht. „Man kann den Regenwald nicht erhalten, wenn man nicht das Leben derer, die dort leben, schützt.“ so Sonia Guajajara.

Sie befürchtet einen Genozid indigener Völker nach den Ankündigungen des neuen Präsidenten, doch sie würden Widerstand leisten. Sollte die EU jedoch mit ihrer Handelspolitik diesen Fragen jetzt aus dem Weg gehen, dann würde sie „wissentlich den Genozid von Menschen und Kulturen und die beschleunigte Vernichtung der Umwelt und den Klimawandel ignorieren“, sagte Sônia Guajajara dem britischen *Guardian*. „Das wird nicht nur Konsequenzen für indigene Völker, sondern auch für den Planeten als Ganzes haben.“ ■



Weideflächen wachsen auf Kosten des Regenwalds, auch im Caquetá

...konkrete Utopie 4 future – Aufruf zum Widerstand

Anpassungsprozesse an Zeit und Raum erhielten und schufen nicht nur rechtlich anerkannte, sondern auch wirtschaftlich lebensfähige, resiliente Territorien. Stets waren dieselben solidarischen Grundprinzipien der Reziprozität und Kooperation wegweisend.

Die „Future 4 Climate“-Initiativen der Schüler haben erkannt, dass Raum und Zeit endlich sind. Das Klima hat sich nicht nur dort – wie uns die indigenen Völker berichten – verändert. Auch hier haben wir eine zunehmende Zahl an Extremwetterlagen, die immer mehr Schaden anrichten. Diese können weltweit neue Flüchtlingswellen auslösen, die Entwurzelung vorantreiben. Kinder und Enkel rufen jene Inve-

siliens, APIB, stellt fest, dass die EU mit 18% der zweitgrößte brasilianische Handelspartner ist:

„Die EU muss sich für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Handelspolitik verantwortlich zeigen und Produkte boykottieren, die aus Konfliktgebieten kommen, wie Soja aus dem mittleren-östlichen Teil Brasiliens.“ Es sei notwendig, den Ursprung der Waren mit hohem Risiko festzustellen, wie Soja, Rindfleisch und Palmöl, bevor diese nach Europa transportiert würden. „Es ist nicht genug, nur offiziellen Informationen Glauben zu schenken, es ist notwendig, dass sie (die Europäer) auch die Situation vor Ort betrachten.“ Die UNO erkennt die vitale Rolle indigener Völker für den Erhalt des Regenwaldes sowie ihr Recht auf Territorium an. Aber Wächter des Waldes in Bra-

¹ 2016 waren 2600 *Quilombos* im ganzen Land rechtlich anerkannt, weitere warteten auf ihre Legalisierung. Entsprechende Gemeinschaften der Nachfahren afrikanischer Sklaven werden in Kolumbien als *palenques* bezeichnet. Sie sind u.a. im *Chocó*, der bewaldeten pazifischen Küstenregion, angesiedelt. In Surinam werden diese Gemeinschaften als *maroons* bezeichnet, hier sprechen sie noch afrikanische Sprachen.

² Als Antwort auf die Fragen „Wohin gehen wir und wohin geht unsere Organisation“ bezeichnen AnführerInnen der ILO dies als die Strategie der 4 R: Recuperar, Reafirmar, Retomar, Recrear. Milton Santacruz, Liliana Castaño, María del Pilar Valencia: *La Madre está desnuda*, in: *Tierra Profanada, Grandes Proyectos en territorios indígenas en Colombia*, Bogotá, 1996, S. 123-133. (Das Redaktionsteam besteht aus einem Mitglied der Tule, einer Juristin und einer Biologin der ILO.)

³ 1989 wurden das Sistema Guatemalteco de Áreas Protegidas (SIGAP) und der Nationale Rat für die Schutzgebiete (CONAP) gegründet, der dann für alle Schutzgebiete zuständig war. Im Norden Guatemalas organisieren sich Indigene und Bauern in der Vereinigung der Waldgemeinschaften des Petén (Asociación de Comunidades Forestales de Petén, ACOFOP) in der Reserva de Biósfera Maya (RBM) und bauen gemeinsam ein Unternehmen auf, das auf vielen Ebenen vernetzt ist, den Wald und die beteiligten Familien in den Gemeinschaften erhält.

⁴ Mexiko News Redacción MNN

⁵ Mongabay Latam 20. 4.2018

⁶ Vgl. The Guardian 18. 12. 2018

SEHNSUCHTSORT AMAZONIEN

Die Regenwälder Lateinamerikas waren und sind mit ihrer ökologischen und ethnischen Diversität Referenzpunkte für allerhand europäischer Fantasien. Vom „irdischen Paradies“ bis hin zur „grünen Hölle“ erstrecken sich die Zuschreibungen. Die Regenwälder Amazoniens nehmen seit jeher eine besondere Stellung ein, werden sie doch als „Archetyp“ aller Regenwälder der Erde in der Populärkultur betrachtet.

Von Laurin Blecha

Die Frauen seien wollüstig und die Männer impotent. Keine Gesetze, Könige oder Religion kennen sie. Der Kannibalismus sei weit verbreitet und die Inzucht wird nicht sanktioniert. Dies sind nur einige von Amerigo Vespuccis Beobachtungen, die er in seinem Reisebericht *Mundus Novus*, 1502 erschienen, festhält. Vespuccis Ausführungen – der Doppelkontinent trägt heute seinen Vornamen – zeichneten Anfang des 16. Jahrhunderts erste Bilder von der „Neuen Welt“ und deren EinwohnerInnen, wobei sich manche stereotypen Vorstellungen bis heute erhalten haben.

Die „unberührte“ und „wilde“ Natur der Amerikas, mit ihrer vielfältigen und für die EuropäerInnen fremden und oftmals furchteinflößenden Tier- und Pflanzenwelt, ist fixer Bestandteil einer Fülle von Reiseberichten, Chroniken und anderen Schriften. Einige haben bis heute einen durchaus wissenschaftlichen Wert, wie etwa das Werk *Warhaftige Historia und beschreibung eyner Landtschafft der Wilden Nacketen, Grimmigen Menschfresser-Leuthen in der Newenwelt America gelegen* (1557) des Soldaten Hans Staden. In fast ethnografischer Weise berichtet Staden seine Erlebnisse bei den *Tupinampá*, deren Gefangener er für einige Jahre war. Er schreibt auch einiges über den Kannibalismus, erkennt aber, dass es sich um einen Ritus handelt und nicht, wie Vespucci meine, die „normale Ernährung“ der EinwohnerInnen darstellt, wo sogar der Vater die eigenen Kinder isst.

Die Begegnungen zwischen der euroatlantischen Welt und den indigenen Gemeinschaften der Amerikas waren jedoch stets von einer ungleichen Ausgangslage

geprägt. Während auf der einen Seite die „Zivilisation“ (Europa und später die USA) standen, war auf der anderen die „Barbarei“ (Indigene) und die lange nicht zu zähmende Natur der Amerikas. Besonders anschaulich wird dies in den Reiseberichten des 19. Jahrhunderts, wo Wissenschaftler (fast immer Männer) aus den nördlichen Zentren in die Länder des globalen Südens kamen. Dort trafen sie auf eine „jungfräuliche“ Natur, die im krassen Gegensatz zu den urbanen Städten der damaligen Zeit standen, wo Maschinen langsam die Arbeitskraft der Menschen ersetzten, wo in Chicago die ersten Hochhäuser aus Stahl errichtet wurden und die Elektrizität die Nacht zum Tag machte.

Der Amazonas, als wildes und für Jahrhunderte undurchdringbares Gebiet, steht als naturräumliches Beispiel für die Wildheit. Die Populärkultur bietet zahlreiche Beispiele, wie dieses Sujet künstlerisch verarbeitet wird. Werner Herzogs *Aguirre, der Zorn Gottes* (1972) zeigt dies eindrucksvoll: Es ist die Geschichte des spanischen Konquistadors Lope de Aguirre, der auf der Suche nach *Eldorado* dem spanischen Königshaus abschwört und sich selbst zum Herrscher im Urwald erklärt. Von Krankheit, Hunger und Erschöpfung geplagt, fallen jedoch schließlich alle Teilnehmer dem Tod zum Opfer. Der Film ist eine Art Anti-Kolonialfilm, der die Grausamkeit, den Wahnsinn und die Unmenschlichkeit der „Entdeckung“ der Amerikas zeigt. Die fast dystopisch anmutende Szenerie, die Herzog herstellt, funktioniert im undurchdringlichen Dschungel von Amazonien perfekt, wo unsichtbare Gefahren überall lauern und wo die ZuseherInnen nichts außer Grün sehen.

Die „Zähmung“ bzw. Überwindung dieses undurchdringlich scheinend grünen Dickichts ist dann auch filmisch in Herzogs Film *Fitzcarraldo* (1982) Schauplatz eines „Kampfes der Moderne“ gegen die



Kannibalismus in Brasilien, 1557

Natur: Ein reicher Geschäftsmann, besessen von der Oper, möchte diese in den Dschungel bringen, um schließlich sein Idol, den italienischen Tenor Enrico Caruso, dorthin einzuladen. Als Kapital dienen ihm die Einnahmen der Kautschuk-Gewinnung, die im 19. Jahrhundert für das rasante Wachstum von Manaus und die Eingliederung des Amazonas in den globalen Markt dienen. Fitzcarraldos Schiff bewegt sich langsam auf dem Amazonas, untermalt mit der Musik der italienischen Oper (Zivilisation), umringt von den Geräuschen des Regenwaldes (Barbarei). Der schier maßlose Wille Fitzcarraldos führt schließlich sogar dazu, dass das Schiff unter Einsatz größter menschlicher Anstrengungen über einen Berghang gezogen wird.

Ein moderneres Beispiel hierfür stellt auch das Projekt *Walking the Amazon* des Briten Ed Stafford dar. Dieser ging als erster Mensch zu Fuß von der Quelle bis zur Mündung des Amazonas, wofür er insgesamt zwei Jahre benötigte.¹ Massentauglich sind solche Unternehmungen jedoch nicht, und im späten 20. und beginnenden 21. Jahrhundert haben Internetforen und Portale wie *TripAdvisor*, *Google* oder *Instagram* zur Vermarktung des Regenwaldes beigetragen. *Places to see before you die* lautet die Devise des globalen Abenteuerismus, bei dem Nationalparks, die Iguazú-Wasserfälle und generelle „Naturspektakel“ TouristInnen aus aller Welt anlocken sollen. Die ökologischen und sozialen Probleme, die dadurch entstehen, sind für viele leider zweitrangig. ■

¹ <http://www.walkingtheamazon.com/>

MULTIPLER ANGRIFF AUF DIE REGENWÄLDER

Vor ein paar tausend Jahren bedeckten die Regenwälder mehr als zwölf Prozent der Erdoberfläche oder ungefähr 15,5 Millionen km², heute sind es weniger als fünf Prozent. Der längste noch ungebrochene Streifen an Regenwald befindet sich im Amazonasbecken. Über die Hälfte dieses Waldes liegt in Brasilien, das etwa ein Drittel der noch bestehenden tropischen Regenwälder besitzt. Weitere 20 Prozent der noch vorhandenen Regenwälder befinden sich in Indonesien und im Kongobecken.

Von Jürgen Kreuzroither

Das „Fest des Lebens“*, wie es im Vorwort eines einschlägigen Club of Rome-Berichts treffend heißt, spielt sich also auf einer zunehmend enger werdenden Landbasis ab, wodurch es in vielen Verbreitungsgebieten in nicht zu ferner Zukunft zu einem Kollaps kommen könnte, denn das Ökosystem Regenwald ist insbesondere zur Aufrechterhaltung des Wasserkreislaufs auf eine Mindestgröße und Bewaldungsdichte angewiesen. Für den negativen Trend ist der Mensch verantwortlich.

Wanderfeldbau und Holzgewinnung

Bis in die frühen 1990er Jahre bildeten der Wanderfeldbau sowie die selektive Holzgewinnung die wichtigsten Einzelursachen für Eingriffe in Regenwälder. In beiden Fällen kam es weniger zur kompletten Entfernung der Bäume, sehr wohl aber zu Schäden und in der Folge zum Aufkommen artenärmerer Sekundärwälder. Die alte Praxis des kleinräumigen Wanderfeldbaus mittels Brandrodung wurde zum Problem, als durch die starke Bevölkerungszunahme die Erholungszeiten für die aufgegebenen Parzellen bis zur erneuten Rodung immer kürzer wurden.

„Selektiv“ darf wiederum im Zusammenhang mit der Holzgewinnung nicht mit schonend übersetzt werden. Vielmehr geht es um die Gewinnung der wenigen kommerziell wertvollen Baumarten. Hier besteht natürlich die Gefahr hoher Kollateralschäden. Dabei bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den Kontinenten: Südostasien weist die größte Dichte an kommerziell interessantesten Arten auf. In Amazonien sind es hingegen nur ein bis drei Baumindividuen pro Hektar, in Zentralafrika noch weniger.

Auch eine Wechselwirkung zwischen beiden Faktoren ist bedeutend: Holzeinschlag gilt als Wegbereiter der Brandrodungskultur. Holzausbringungsstrassen

verstärken auch den Jagddruck und die Waldfragmentierung durch Wanderfeldbau. Durch diese Folgeerscheinungen wird die biologische Vielfalt stärker beeinträchtigt als durch die gezielte Entfernung weniger Bäume.

Illegaler Holzeinschlag und Korruption

Legale Holzgewinnung führt in den meisten Tropenländern zwar zu keiner signifikanten Entwaldung, verursacht jedoch Forstdegradierungen. 2014 arbeiteten lediglich ein Drittel der von der ITTO (*International Tropical Timber Organisation*) als Ertragswald anerkannten Flächen mit genehmigten Managementplänen, nur 6,5 Prozent waren zertifiziert. Obwohl eine wachsende Zahl von Ländern den Holzbetrieben derartige Auflagen machen, wird immer noch viel unkontrolliert abgeholzt.

Anfang des neuen Jahrtausends gab es erste Initiativen, den illegalen Holzeinschlag einzudämmen. Bei vorbereitenden Untersuchungen zur Größe des Problems wurden in fünf exemplarischen Tropenländern illegale Anteile von einem Fünftel bis drei Viertel geschätzt, wobei sich Brasilien am oberen Ende der Skala befand.

Illegale Abholzung betrifft nicht nur tropische Länder. Man geht weltweit von jährlichen nicht genehmigten Schlägerungen von mindestens 100 Millionen Kubikmetern aus, was zu Degradierung oder Zerstörung von 50.000 km² Wald führt und einen wirtschaftlichen Schaden von geschätzt 20 Mrd. USD verursacht.

Korruption, insbesondere auf höheren Regierungsebenen, und das Versagen der Strafrechtssysteme fördern den illegalen Einschlag. Indonesien war diesbezüglich bis vor kurzem ein Hotspot, was wohl auch mit der Nähe zu China zu tun hat, dem Holzimportland Nummer eins. Die Volksrepublik importiert auch das meiste Holz illegalen Ursprungs.

Sowohl Indonesien als auch Brasilien waren aber auch erfolgreich bei der Bekämpfung illegaler Abholzungen, wobei im Fall des südamerikanischen Giganten ein Auf und Ab je nach politischen Vorzeichen zu verzeichnen ist. Während der PT-Regierungen zeigte der Trend nach unten, seit dem Sturz von Dilma Rousseff wurde die Forstgesetzgebung wieder gelockert, ein Signal auch für die Holzmafia.

Das internationale Medienecho und NGO-Recherchen zeigen Wirkung und bereiteten den Boden für zwischenstaatliche Kooperationen. Die Europäische Union hat 2005 einen entsprechenden Aktionsplan verabschiedet. Der sieht freiwillige Partnerschaftsvereinbarungen mit einzelnen Ländern vor. Nach innen gerichtet ist die 2013 in Kraft getretene EU-Holzhandelsverordnung. Mittlerweile haben mit Ausnahme von China und Japan alle großen Verbraucherländer rechtliche Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Holzimporte ergriffen, auch wenn deren Effektivität oft zu wünschen übrig lässt.

Eine weitere Komplikation stellt der Trend dar, dass ein wachsender Anteil illegalen Holzes nicht mehr exportiert, sondern im Ursprungsland verbraucht wird. Geschlägert wird von einer Vielzahl an Kleinbetrieben, was die Kontrolle zusätzlich erschwert.

Plantagen als Antwort auf steigenden Konsum

Die Umwandlung natürlicher Wälder in Baumplantagen wertet die FAO nicht als Waldverlust, sondern als andere Form der Waldlandnutzung. Zwar geht mit dieser Umwandlung in der Regel ein erheblicher Verlust an biologischer Vielfalt einher, doch können diese Kulturen den Nutzungsdruck auf verbliebene Naturbestände mindern. Global betrachtet stellen diese Teak-, Eukalyptus-, Kautschuk- oder Zellstoffplantagen weniger bedeutende Treiber für den Verlust natürlicher Wälder dar, auch wenn deren Fläche in vielen Ländern zunimmt.

Die Papier- und Zellstoffproduktion ist heute einer der größten Industriezweige weltweit. Die Verlagerung der Industriekapazitäten vom Norden in den Süden mit seinen niedrigeren Produktionskosten ist im Gang, namentlich nach Brasilien und Indonesien. Während jedoch die in Brasilien davon betroffene Waldfläche ziemlich



konstant im niedrigen einstelligen Prozentbereich bleibt, trägt sie in Indonesien wesentlich zur Umwandlung von Naturwäldern bei.

Die Palmölproduktion ist seit Beginn der 1990er Jahren geradezu explodiert (Verfünffachung auf 57 Millionen t bis 2014). Fast 40 Prozent allen Pflanzenöls gehen auf das Konto der Ölpalme, die afrikanischen Ursprungs ist. Die Gründe für die steile Karriere liegen in der vielfältigen Verwendungsmöglichkeit: als Speiseöl in der Ernährungsindustrie, in Seifen, Reinigungsmitteln, Schmierstoffen, Kosmetika und als Treibstoff. Darüber hinaus ist keine Ölpflanze produktiver (die Flächenausbeute ist drei- bis achtmal höher).



Foto: Ralf Leonhard

Vielfältige Ursachen der Rodung von Regenwald

Die Expansion der Palmölplantagen fand vor allem in Malaysia und Indonesien statt, die heute 85 Prozent der Weltternte stellen. Die Tieflandregenwälder wurden auf diese Weise stark reduziert, sodass die Landreserven allmählich zur Neige gehen. Das erhöht die Gefahr, dass die kapitalstarken Palmölkonzerne Südostasiens in andere tropische Länder expandieren, und es steht zu befürchten, dass dies bei schwacher Regierungsautorität und unklaren Besitzverhältnissen auf Kosten der natürlichen Wälder gehen wird.

Sojaanbau

Die Umwandlung von Regenwald für Sojaanbau und Viehweiden ist hingegen im Wesentlichen ein lateinamerikanisches Phänomen – insbesondere ein brasilianisches. Die Ausbreitung von Soja in Südamerika begann in den frühen 1990er Jahren. Nach dem Zusammenbruch der Sardellenfischerei in Peru stand Fischmehl, ein beliebter Futtermittelzusatz für Rinder, nicht mehr zur Verfügung. Der Anbau begann im bewaldeten Grasland des Cerra-

do südlich des Amazonasbeckens. Es stiegen die Grundstückspreise und die Viehhaltung verlagerte sich in der Folge weiter in Tieflandregenwälder hinein.

Schließlich wurden neue Sojasorten eingeführt, die an das feucht-tropische Klima besser angepasst waren, wodurch sich der Sojagürtel weiter nach Norden vorschob. Steigende Soja- und Fleischpreise erwiesen sich nach der Jahrtausendwende als starker Anreiz, den Regenwald in den südlichen und östlichen Amazonas-Staaten zu roden.

Das sorgte für Unruhe in der internationalen Gemeinschaft. Bessere Satellitenüberwachung machte die Dimension des Problems sichtbar und NGOs starteten

Kampagnen, die internationale Konzerne ob ihrer Mitverantwortung anprangerten. Seit 2006 gilt ein Sojamoratorium, das den Kauf von Sojabohnen von kürzlich gerodetem Land verbietet. Als Selbstverpflichtung der Industrie konzipiert, funktionierte es weitgehend. Die Entwaldungsrate sank von 28.000 km² 2004 auf etwas über 5.000 km²

2011. 2016 wurde das Moratorium zur permanenten Einrichtung erklärt.

Viehzucht

Räumlich und ursächlich haben Sojaanbau und Viehzucht viel gemeinsam. Beide konzentrieren sich auf den Entwaldungsbogen in den brasilianischen Bundesstaaten Rondônia, Mato Grosso und Pará, beide folgen demselben Kurs einer exportgetriebenen Dynamik.

Doch es gibt auch Unterschiede: Viehzucht ist sehr flächenextensiv, ihre Investitionen pro Hektar sind niedrig, und nicht selten kommt es zur Aufgabe von Weideland. Diese verschwenderische Praxis war nur möglich, weil das Land im Norden billig und bis vor wenigen Jahren die illegale Rodung von Weideland gängig war.

Zwischen 1990 und 2002 verdoppelte sich die Zahl der Rinder im brasilianischen Amazonasgebiet. Die Rinderhaltung war die Ursache für mehr als zwei Drittel der jährlichen Entwaldung. Düstere Prognosen für den Amazonas-Regenwald häuften sich. Drei Jahre nach den Protesten gegen

die Ausbreitung von Soja geriet 2009 die Viehzucht ins Visier von NGOs, die die großen Fleischverarbeiter wie JBS und Marfrig für ihre Rolle ebenso kritisierten wie die Brasilianische Entwicklungsbank (BNDES).

Analog zum Sojamoratorium wurden nun die großen Schlachthöfe gezwungen, nur noch Vieh zu kaufen, das nachweislich nicht von kürzlich entwaldetem Land kam. Der Staat schaltete sich in den Kontrollmechanismus ein und die großen Supermarktketten wurden sanktioniert, wenn sie Fleischwaren ohne Beleg für deren legale Herkunft vertrieben.

Aktuelle Trends

Leider sind die jüngsten Zahlen nicht ermutigend. 2017 gingen tropische Baumbestände von über 158.000 Quadratkilometern verloren – fast zwei Mal Österreich. Die Zahlen von 2017 sind die zweithöchsten seit der Jahrtausendwende und nur minimal niedriger als das Rekordhoch von 2016.

Brasilien ist das tropische Land mit dem größten Baumverlust. Damit wurden die Bemühungen der letzten 14 Jahre, die Abholzung zu reduzieren, zunichte gemacht. Dafür dürften Signale der Politik verantwortlich sein, wonach der Waldschutz weniger streng gehandhabt wird. Auffällig sind aber auch die einmalig hohen Verluste infolge von Bränden (fast ein Drittel), die mit dem Klimawandel in Zusammenhang gebracht werden.

Auch in der Demokratischen Republik Kongo und in Kolumbien ist der Rückgang der Baumbestände dramatisch angestiegen. Im Kongo setzt sich ein langjähriger Trend fort, der mit der mangelnden Kapazität des Staates zur Rechtsdurchsetzung zu tun haben dürfte. Für Kolumbien ist der Friedensprozess zu nennen: In die von den FARC verlassenen Gebiete sind bewaffnete Gruppen mit kommerziellen Interessen eingedrungen.

Lediglich Indonesien sticht positiv hervor: Die Abholzungen konnten zwischen 2016 und 2017 fast halbiert werden, was ein Erfolg des Torf-Moratoriums (keine Rodung von Regenwäldern auf Torfböden mehr) sein dürfte. ■

*) „Endspiel“ von Claude Martin, 2015 im Oekom-Verlag in deutscher Übersetzung erschienen, ist mittlerweile ein Standardwerk und diente als wesentliche Orientierung für diesen Beitrag.

BOLSONAROS ANGRIFF AUF DIE UMWELT

Seit dem 1. Jänner ist der rechtsextreme Neofaschist Jair Bolsonaro als Brasiliens Präsident im Amt. Der von seiner Regierung angekündigte radikale Kurswechsel droht eine Welle von staatlich gesponserter Gewalt, Plünderung und Umwelterstörung auszulösen.

Von Nicholas Cunningham

Bei seinem Amtsantritt erklärte Bolsonaro die Befreiung des Landes „von Sozialismus, verkehrten Werten, einem aufgeblähten Staatsapparat und *political correctness*“. Dabei stimmte er – in Anspielung auf den Kommunismus und die Fahne der Arbeiterpartei PT – in den Gesang der Menge ein: „Unsere Fahne wird nie rot sein“.

Als eine seiner ersten Maßnahmen entzog er der FUNAI, der Behörde zum Schutz der Indigenen, einen Großteil ihrer Kompetenzen bei der Demarkierung indigener Gebiete und übertrug sie dem Landwirtschaftsministerium. Zudem verlegte er die FUNAI vom Justizministerium in ein neues Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte, das von der evangelikalen Predigerin Damares Alves geleitet wird. Das wird die FUNAI dramatisch schwächen. Diese Maßnahmen sind der Auftakt für einen umfassenden Angriff auf indigene Völker und den Amazonas. Die Menschenrechts-Organisation *Survival International* spricht sogar von einer „Kriegserklärung“ Bolsonaros gegen die indigenen Völker.

Ein Team von Extremisten

Bolsonaro startet mit aggressiven Plänen für einen Angriff auf die Umwelt an vielen Fronten. Die Zusammensetzung seiner Regierung lässt erkennen, dass es ihr in erster Linie um die Interessen des Agrobusiness, von Bergbau und Ölförderung geht. Umweltminister ist mit Ricardo Salles ein Mann, der den Klimawandel als „sekundär“ und das Agrobusiness als „bedroht“ bezeichnet hat. In seiner Zeit als Umweltminister von São Paulo soll er entlang des Flusses Tietê Pläne manipuliert haben, um es Bergbauunternehmen zu erlauben, in Schutzgebieten zu operieren. Auch kritisierte er die über einige Unternehmen wegen Verstößen gegen Umwelt-

gesetze verhängten Strafen als „ideologisch motiviert“.

Dass Bolsonaro sich für Salles entschieden hat, ist angesichts seiner Ankündigung, Schutzzonen für indigene Gemeinschaften im Amazonas aufzuheben und keine neuen zuzulassen, nur logisch. Die Empfehlung für Salles soll von der neuen Agrarministerin Tereza Cristina Dias gekommen sein, eine Großgrundbesitzerin, die bisher eine Lobby des Agrobusiness leitete. Wegen ihres Eintretens für die Lockerung von Regeln für den Einsatz von Pestiziden hat sie den Beinamen „Muse der Gifte“ erhalten.

Während seines Wahlkampfs hatte Bolsonaro vorgeschlagen, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zu fusionieren, um dadurch jede konsequente Umweltpolitik zu unterbinden. Er drohte auch mit dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen. Es wird spekuliert, dass er von diesen Vorhaben abgesehen hat, um nicht durch eine derart unverblühte Ausbeule des Umweltschutzes Gegenmaßnahmen der EU gegen Brasiliens Exporte von Soja und Rindfleisch zu riskieren.

Sowohl Edson Duarte, der bisherige Umweltminister, als auch Blairo Maggi, bisher Landwirtschaftsminister, hatten sich gegen die vorgeschlagene Zusammenlegung der beiden Ministerien ausgesprochen, da sie Nachteile für das Agrobusiness im Ausland befürchteten. Sogar für „Sojakönig“ Maggi, den Besitzer eines großen Agrarexport-Imperiums, war die Abschaffung des Umweltministeriums aus Furcht vor Exporteinbußen zu radikal. Auch das brasilianische Umweltnetzwerk Klima-Observatorium hatte vor solchen negativen Folgen gewarnt.

Mit der Ernennung von Salles signalisiert Bolsonaro jedenfalls seine Absicht, das Umweltministerium de facto dem Landwirtschaftsministerium unterzuordnen, in dem jetzt die Interessen des Agrobusiness die Politik bestimmen. Auch IBAMA, das Institut für Umwelt und Erneuerbare Ressourcen, dessen Aufgabe die Überwachung des Amazonas und das Unterbinden von Abholzung ist, versucht die Regierung an die Kandare zu nehmen, um jede Beschränkung des Agrobusiness aus dem Weg zu räumen. Bolsonaro wirft IBAMA vor, eine „Straf-Industrie“ ge-

schaffen zu haben, und versprach die Senkung der Strafen für Umweltvergehen.

Zum Außenminister ernannte er Ernesto Araújo, der den Klimawandel als Verschwörung „kultureller Marxisten“ bezeichnet hat, die Wirtschaft zu ersticken. Bereits im November kündigte er an, die Klimakonferenz COP25 werde 2019 nicht in Brasilien stattfinden, obwohl Brasilien erst wenige Monate zuvor den Zuschlag dafür erhalten hatte.

Wirtschaftsminister wurde schließlich Paulo Guedes, Bolsonaros wichtigster wirtschaftspolitischer Berater. Guedes kündigte die rasche Umsetzung radikaler Einsparungen, Steuerkürzungen für Unternehmen und umfassende Privatisierungen an. In einem Interview mit der *Financial Times* sprach er von einer Schocktherapie ähnlich jener in Chile während der Diktatur von Augusto Pinochet. „Die Chicago Boys haben Chile gerettet, haben das Schlamassel in Ordnung gebracht.“

Guedes steht an der Spitze eines Superministeriums, das nach der Eingliederung von zwei anderen für Wirtschaftsfragen zuständigen Ministerien die Umweltpolitik von Unternehmen maßgeblich bestimmen kann. Er hat sich bereits für die Beseitigung von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgesprochen, die große Infrastrukturprojekte aufhalten. Guedes ist zwar für die aggressive Privatisierung von Staatsunternehmen, machte aber einen Rückzieher, was den Verkauf von *Petrobras* und *Electrobras* betrifft. Zahlreiche Generäle im Ruhestand, die Bolsonaro unterstützen, haben sich gegen den Verkauf solcher strategischen Unternehmen ausgesprochen.

Bolsonaro setzt auf Gewalt

Die Zusammensetzung von Bolsonaros Regierung folgt einer klaren Logik. Sein Team wird gemeinsam die Abschaffung von Bestimmungen zum Umweltschutz betreiben und zugunsten von Unternehmensprofiteuren einen Frontalangriff auf den Amazonas starten. Bolsonaros Rassismus, machistische Gewaltbereitschaft und Unterstützung militärischer Autorität gehen Hand in Hand mit seinem Faible für Umwelterstörung. Gewalt und Umwelterstörung sind letztlich zwei Seiten derselben Medaille. Es geht ihm um Macht und



Noch vor Bolsonaros Amtsantritt kam es zu massiven Protestdemonstrationen

Herrschaft, darum, anderen seinen Willen aufzuzwingen.

Diese gefährliche Konstellation birgt ein erschreckendes Potenzial für ein groß angelegtes Blutbad an indigenen Gemeinschaften und der armen Landbevölkerung. Bolsonaro hat schon angekündigt, zur Verbrechensbekämpfung nach dem Muster des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte, die Zahl der Tötungen durch Staatsorgane zu steigern. In einer Videobotschaft eine Woche vor den Wahlen kündigte er an, Gegner entweder aus dem Land zu vertreiben oder sie ins Gefängnis zu werfen. Die Mitglieder der Landlosenbewegung MST bezeichnete er als Terroristen. „Diese roten Gesetzlosen werden aus unserem Heimatland verbannt werden. Dieses Aufräumen wird in Brasiliens Geschichte beispiellos sein.“

Den Amazonas verglich er mit einem Kind mit Windpocken und sagte: „Jeder Punkt, den Sie sehen, ist ein indigenes Reservat“. Er versprach, es werde keine neuen Schutzgebiete für Indigene geben, und unternahm auch schon Schritte zur Abschaffung dieser Zonen. Welch hohen Stellenwert für ihn der Angriff auf indigene Territorien hat, zeigt die Schwächung

der FUNAI gleich an seinem ersten Tag im Amt.

Die gewaltvolle Rhetorik, die Ernennung von Exponenten des Agrobusiness in höchste Regierungsämter, der Rassismus und die Geringschätzung von Umweltschutz, das alles signalisiert seinen AnhängerInnen, dass sie nicht befürchten müssen, für Gewalt, die gewaltsame Aneignung von Land und selbst den Mord an MST-Mitgliedern oder Angehörigen indigener Gemeinschaften zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Folgen (auch „Bolsonaro-Effekt“ genannt) sind bereits sichtbar: Am 8. Dezember wurden zwei MST-Mitglieder in Paraíba ermordet. Am 17. Dezember erklärte Bolsonaro, er erwäge die Rücknahme des Schutzstatus für das indigene Reservat *Raposa Serra do Sol* in Roraima, eines der größten im Land.

Abgesehen von den Auswirkungen auf Menschen ist eine rasche Zunahme der Entwaldung zu befürchten. Während des Wahlkampfs kündigten Bolsonaros Berater an, seine Regierung werde den *Belo Monte*-Staudamm fertigstellen. Dieses Projekt wurde weltweit kritisiert, weil es mit der Umsiedlung indigener Gemeinschaften und der Zerstörung von Urwald ver-

bunden ist. Das Kraftwerk, das im Jahr 2015 seinen Betrieb aufnahm, aber noch nicht ganz fertig gebaut ist, hat zur Umsiedlung von geschätzten 20.000 bis 40.000 Menschen geführt. Bolsonaro hat den Bau weiterer Staudämme im Amazonas vorgeschlagen, obwohl die Regierung vor einem Jahr das Ende der Ära des Baus von Megadämmen verkündet hatte.

Fatale Folgen für Urwald und Klima

Es versteht sich von selbst, dass diese Politik sich fatal auf den Kampf gegen den Klimawandel auswirken wird. Das Ökosystem Amazonas ist nicht nur eine der wichtigsten Kohlenstoffsenken der Welt, es ist durch die steigende Entwaldungsrate auch schon nahe am Kollaps. „Das System Amazonas ist vor dem Kippen“, er-

klärte im Vorjahr Professor Thomas Lovejoy, Koautor eines Berichts mit Carlos Nobre, dem Vorsitzenden des brasilianischen Instituts für den Klimawandel (INCT), gegenüber der Agentur FAPESP. Die Zerstörung des Amazonas nähert sich jenem Punkt, an dem eine ernste Störung des hydrologischen Kreislaufs droht, was in Teilen des Amazonas zu geringeren Niederschlägen und längeren Trockenzeiten führen kann. Dadurch droht die Schädigung des weltweit größten tropischen Regenwaldes irreversibel zu werden, was den Waldverlust zusätzlich beschleunigen würde.

Zugleich bemüht sich Bolsonaro, Brasiliens Ölreserven zu verkaufen und internationale Unternehmen zu Ölförderung und Investitionen zu bewegen. Dabei hat er deutlich weniger Hürden zu überwinden als in der Vergangenheit. Michel Temers korrupte Regierung hat ein Liberalisierungspaket im Energiesektor durch den Kongress gepeitscht, das Brasiliens „Pré-Sal“-Ölreserven vor der Küste für multinationale Unternehmen geöffnet hat. Bolsonaro wird diese Politik fortsetzen, um so viel Öl wie möglich an internationale Ölkonzerne wie *Exxon Mobil*, *Shell* und

Foto: José Cruz/Agencia Brasil

⇒ von Seite 11: BRASILIEN

WISSENSCHAFTLER WARREN VOR EINER „BOLSOKALYPSE“ IM AMAZONAS

Chevron zu verkaufen. Im Gegensatz zu seiner Politik gegenüber Amazonas und indigenen Völkern wird seine Ölpolitik dem schon von Temer und Dilma Rousseff verfolgten Muster gleichen.

Was seiner Macht Schranken setzen könnte, ist seine Schwäche im zersplitterten brasilianischen Kongress, wo allerdings die rechten Fraktionen gestärkt wurden. Zu größerer Hoffnung berechtigt die Aussicht auf breiten Widerstand gegen die neue faschistoide Regierung, obwohl die linken Parteien eine katastrophale Niederlage erlitten haben und Bolsonaro in den Umfragen weiterhin hohen Rückhalt hat. Angeführt von Frauen, insbesondere farbigen Frauen, betrat 2018 die *#EleNão*-Bewegung die Bühne. Hunderttausende haben am Vorabend des ersten Wahlgangs Ende September gegen Bolsonaro demonstriert. Weitere massive Proteste gab es nach Bolsonaros Wahlsieg Ende Oktober. Es ist unklar, wie und ob diese Bewegung sich behaupten wird, doch zeugt sie von vitaler oppositioneller Energie gegen Bolsonaro.

Auch die indigenen Völker werden sich gegen die Angriffe zur Wehr setzen. „Bolsonaro hat sich klar gegen neue Eigentumstitel für indigenes Land ausgesprochen, was unseren Rechten völlig widerspricht. Sein rassistischer, homophober, frauenfeindlicher und faschistischer Diskurs zeigt, wie Brasiliens Politik in den nächsten Jahren aussehen wird“, erklärte Dinamã Tuxá, die Koordinatorin von Brasiliens Vereinigung Indigener Völker (APIB), gegenüber *Amazon Watch*. „Wir werden gegen diesen Hass durch Proteste auf den Straßen und auf dem Rechtsweg Widerstand leisten, obwohl die Gerichte ihrer Pflicht, unsere verfassungsmäßigen Rechte zu verteidigen, nicht nachgekommen sind. Wir werden so wie in den vergangenen 518 Jahren kämpfen und Widerstand leisten, um unser Überleben zu sichern.“ ■

Der Autor ist freiberuflicher Journalist und publiziert vor allem zu Energiefragen und Umweltpolitik. Sein Beitrag wurde Anfang Jänner auf www.nacla.org erstveröffentlicht. Übersetzung aus dem Englischen und Aktualisierung: Hermann Klosius

Als größter Regenwald der Erde produziert der Amazonas 20 Prozent unseres Sauerstoffs, birgt ein Zehntel der Biodiversität des Planeten und trägt zur Stabilisierung des globalen Klimas bei. Wie eine im Oktober 2018 veröffentlichte Studie ergab, wird die von der Regierung Bolsonaro verfolgte Politik die jährliche Entwaldung auf 25.000 km² ansteigen lassen, der Amazonas innerhalb eines Jahrzehnts also um die dreifache Fläche Österreichs schrumpfen.

Von Claudio Angelo

Damit würde die insgesamt zerstörte Fläche Regenwald – heute bereits 750.000 km² – auf eine Million Quadratkilometer anwachsen, was 24% dieses Ökosystems entspricht. Das würde, so die Prognose vieler Wissenschaftler, den Kollaps der Hälfte des Waldes auslösen; er würde einer artenarmen Savanne Platz machen.

Laut den vier StudienautorInnen aus Brasilien, Österreich und den USA handelt es sich dabei um ein Extremszenario, eine Art Umwelt-„Bolsokalypse“ für den Fall, dass die von Bolsonaro im Wahlkampf angedrohten umweltpolitischen Maßnahmen, wie die Öffnung bisheriger Schutzzonen für die wirtschaftliche „Erschließung“, umgesetzt werden. In diesem Fall würde die Regierung die Kontrolle über das Ausmaß der Entwaldung verlieren und Marktkräfte darüber entscheiden lassen.

Die Forschergruppe hat auch ein weniger extremes Szenario durchgespielt, bei dem zwar die bestehenden Umweltgesetze eingehalten werden, wenn auch ohne aktive Überprüfung in der Praxis. In diesem Fall würde der Amazonas in einem Jahrzehnt 62.700 km² verlieren, was zwar weniger dramatisch klingt, aber von den Zielen, die sich Brasilien im nationalen Klimagesetz gesteckt und zu denen es sich im Pariser Klimaabkommen verpflichtet hat, weit entfernt ist. Es ist das Dreifache der Entwaldung, die bei einer rigorosen Beachtung der Gesetze zu erwarten wäre.

„Die Studie zeigt, dass es wirtschaftlichen Druck für dieses Ausmaß an Entwaldung im Amazonas gibt“, so Aline Soterroni vom Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in La-

xenbourg, die Hauptautorin der Studie. Die Berechnungen wurden mit *Globiom* durchgeführt, einem vom IIASA entwickelten Computermodell, das die Änderungen der Landnutzung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung simuliert.

Nach Bolsonaros Sieg im ersten Wahlgang hatten Soterroni und ihre Kollegen Fernando Ramos vom brasilianischen Forschungsinstitut *Inpe*, Michael Obersteiner vom IIASA und Stephen Polasky von der Universität Minnesota mit Hilfe von *Globiom* versucht, die Folgen einer Abschaffung der Umweltkontrollen durch Bolsonaro abzuschätzen. Das Modell zeigte, dass der Waldverlust zwischen 2021 und 2030 wieder das Ausmaß der Jahre 2003 und 2004 (27.000 km²) annehmen würde, bevor unter der Regierung Lula Maßnahmen zur Kontrolle der Zerstörung ergriffen wurden.

Damit, so Ramos, würde die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz zu einer höheren Produktivität der Viehzucht wieder zunichte gemacht, weil große Landflächen für die Bewirtschaftung verfügbar wären. Angesichts billiger und leicht zugänglicher Flächen entfällt der Druck auf den Viehzüchter, die Anzahl der Rinder pro Hektar zu erhöhen. Allein an geschützten Flächen würden in diesem Szenario 46.000 km² Wald verloren gehen.

Laut Soterroni werden 90% der entwaldeten Fläche für Viehzucht genutzt, deren Produktion zu 80% für den Binnenmarkt bestimmt ist. Der Druck ausländischer Käufer von Getreide habe daher nur begrenzten Einfluss auf die Entwaldungsrate. Brasilien könnte aber wegen der erhöhten Emissionen von Kohlendioxid Exportmärkte verlieren: Eine „Bolsokalypse“ würde zum Ausstoß von 1,3 Milliarden CO₂-Äquivalenten allein infolge der Entwaldung des Amazonas führen, drei Prozent der jährlichen globalen Emissionen. Das ist mehr als die Gesamtemissionen, die Brasilien für das Jahr 2030 zugesagt hat. Mit Emissionen dieser Größenordnung könnte es seine in Paris zugesagten Ziele nicht erreichen, was sich negativ auf seinen Außenhandel, vor allem den Export landwirtschaftlicher Produkte, auswirken würde. Ramos: „Brasilien wird sich in einen umweltpolitischen Paria verwandeln.“ ■

Quelle: Observatório do Clima; Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

KAMPF GEGEN HOLZMAFIA TORPEDIERT

Das von der Tourismusindustrie oft als „Andenland“ titulierte Peru hat den zweitgrößten Anteil an der Amazonas-Region. Das bedeutet 730.000 km² Waldland, überwiegend Regenwald im Tiefland und an den Osthängen der Anden. 51 der 55 indigenen Völker Perus leben in dieser Region, die knapp zwei Drittel des Staatsterritoriums ausmacht. Zwar ist ihre Individuenzahl weit geringer als die der Quechua- und Aymara-Sprechenden in den Anden, doch zeugt ihre Aufsplitterung von kultureller Vielfalt.

Von Jürgen Kreuzroither

Beindruckende Zahlen dürfen allerdings nicht über den prekären Status quo hinwegtäuschen. Die Müttersterblichkeit erreicht ebenso wie Teenager-Schwangerschaften Spitzenwerte. Anämie bei Stillenden ist fast die Regel und Atemwegserkrankungen, Malaria und Meningitis sorgen für die höchste Kindersterblichkeit im Land. Dazu grassiert HIV.

Auch die Quecksilberbelastung der Gewässer durch illegales Goldschürfen hat alarmierende Ausmaße angenommen, zumal aus den Fließgewässern vielerorts das Trinkwasser geholt wird und Fisch eine beliebte Proteinquelle bei Indigenen ist. Zuletzt hat sich auch die Nahrungssituation verschlechtert: Der Klimawandel sorgt für höhere Temperaturen und ausgeprägtere Trockenzeiten. Ernteerträge sinken und Armen droht der Hunger.

Fortschreitende Abholzungen sorgen auch lokal für Klimaänderungen. So hat Peru von seinem Waldreichtum in nur sechs Jahren (2010-2016) 19.000 km² verloren. Der Widerstand der Indigenen gegen das Eindringen in ihre Territorien forderte zwischen 2012 und 2017 einen hohen Blutzoll von mehr als 70 Toten.

Lange hatte die Andenkette das amazonische Tiefland gegen die Bevölkerungszentren abgeschirmt. Doch inzwischen hat der Straßenbau Gebirgsquerungen im Zentrum und im Süden des Landes geschaffen, die zu Land oder Wasser weiter nach Brasilien führen. Sie sind praktisch immer auch Einfallsrouten für die Zerstörung von Regenwald durch landwirtschaftliche Aktivitäten, Goldschürfer und illegalen Holzhandel in großem Umfang.

Holzmafia

Der Handel mit Holz aus nicht genehmigten Schlägerungen dürfte in den letzten fünf Jahren mehr als 150 Millionen US-Dollar jährlich generiert haben. Das entspricht jeweils mehr als einer Million Kubikmetern oder mindestens 40% der ge-

samten Holzernte. Das UN-Entwicklungsprogramm geht übrigens global von 30% illegalem Holzhandel und einem jährlichen Volumen von 50 Milliarden Dollar aus.

Man spricht von „Holzmafia“, weil beim Verschleiern der Herkunft des Einkommens typischerweise mehrere durch Familienbande verbundene Unternehmen involviert sind. So besitzt Familiengruppe A beispielsweise vier Unternehmen für den Holzeinkauf, eines in Peru, drei im Ausland. Die peruanische Filiale kauft von Unternehmen, die Schlägerung, Zuschnitt und Transport besorgen. Die sind normalerweise im Eigentum anderer Familien. Auch der Holzzukauf unbekanntem Ursprungs erfolgt an dieser Stelle. Die peruanische Filiale der Familie A exportiert mit gefälschten Ursprungszeugnissen an die ausländischen Filialen.

Um die Herkunft der Gewinne zusätzlich zu verschleiern, gehen diese von allen vier Filialen an die Briefkastenfirma in einer Steueroase, vorzugsweise Delaware und Nevada in den USA, die britischen Kaiman-Inseln und Panama.

Staatliche Komplizenschaft?

Wie oben erwähnt, dürfte Peru überdurchschnittlich von illegalem Holzhandel betroffen sein, obwohl sich in den letzten Jahren ein neues Kontrollorgan durchaus einen Namen gemacht hat. Die „Körperschaft zur Überwachung von Waldressourcen und Wildleben“ (OSINFOR) arbeitet seit 2009 als von Forstbehörde und Regierung unabhängige Agentur. Startschuss war das Freihandelsabkommen mit den USA, das eine solche Überprüfungsinstanz vorschrieb, die US-Importeure mit den notwendigen Herkunftszertifikaten ausstatten kann. Beson-

ders unter ihrem dritten Direktor, Rolando Navarro, entwickelte sich die Agentur zu einem effektiven Werkzeug gegen die weitverbreiteten illegalen Praktiken im Holzsektor.

Offenbar agierte man zu erfolgreich. 2015 wurde die millionenschwere Holzladung der „Yacu Kallpa“, die vom Amazonas-Hafen Iquitos den mexikanischen Hafen Tampico anlief, ebendort beschlagnahmt. OSINFOR hatte Wind von der illegalen Fracht bekommen. In der Folge entwickelte sich ein Tauziehen, in das hohe Regierungskreise beider Länder involviert waren. Die Ladung wurde schließlich wider besseres Wissen freigegeben und Rolando Navarro war seinen Job los.

Seither gab es eine Reihe von Versuchen, die Tätigkeit von OSINFOR zu behindern, sei es durch Budgetkürzungen, Beschneidung von Zuständigkeiten oder die Diskussion über eine Eingliederung in die Forstbehörde oder ein Ministerium. Aus den Plänen wurde lange nichts, da sie dem Freihandelsabkommen widersprachen. Am effektivsten erwies sich noch das finanzielle Gängelband auf Umwegen: Die Agentur sollte ursprünglich ein Viertel



Präsident Martín Vizcarra bremste den Waldschutz ein

aller verhängten Finanzstrafen erhalten, was aber nie annähernd der Fall war.

Nun wird es ausgerechnet unter Präsident Vizcarra ernst, jenem Staatschef, der sich dem Antikorruptionskampf verschrieben hat und daraus ein hohes Maß an Popularität zieht. Im Dezember 2018 wurde beschlossen, OSINFOR dem Umweltministerium anzugliedern. Die aktuelle Ministerin hatte im Fall Yacu Kallpa als damalige Chefin der Forstbehörde für die Freigabe der Holzfracht interveniert. ■

DROGENPRODUKTION UND DROGENBEKÄMPFUNG: EIN ÖKODESASTER

Entwaldung in der Größenordnung von 2,3 Millionen Hektar habe der Koka-Anbau in Peru im letzten halben Jahrhundert verursacht, schrieb die Nationale Kommission für Entwicklung und Leben (DEVIDA) anlässlich eines Umwelttages im vergangenen Jahr. Die Behörde wies damit auf ein veritables Umweltdesaster hin, das mit dem Koka-Anbau verbunden ist; nicht nur in Peru, sondern auch in Bolivien und Kolumbien.

Von Robert Lessmann

Was DEVIDA nicht erwähnt: Zum größeren Teil sind diese Probleme heute als Folge ungeeigneter, weil nicht nachhaltiger Strategien der Drogenbekämpfung anzusehen. Koka-Anbau und -Konsum haben in den Andenländern eine viele Jahrhunderte alte Tradition. Das Kokablatt findet Verwendung in einer Vielzahl von Zusammenhängen: als mildes Stimulans, als Tee, als Nahrungsmittelergänzung und im magisch-religiösen Bereich, beispielsweise bei Opferzeremonien. Die traditionellen Anbaugelände liegen im Einzugsgebiet Amazoniens an den Osthängen der Anden, vor allem in Bolivien und Peru. Mit dem Nachfragesog nach Kokain aus den westlichen Industrieländern wurde seit den 1970er Jahren die Produktion ausgeweitet und neue Anbaugelände erschlossen – auch am Rand von Amazonien. In Amazonien selbst wächst unter dem Blätterdach des Regenwaldes die Sorte *epadú*, die deutlich weniger reich an Alkaloiden ist, aber der Drogenbekämpfung in den 80er Jahren großes Kopfzerbrechen bereitete, weil sie praktisch nicht zu orten ist. Die Sorge war unbegründet: Fast ein halbes Jahrhundert „Drogenkrieg“ haben nicht bewirkt, dass das illegale Drogengeschäft auf diese „Rohstoffquelle“ hätte zurückgreifen müssen.

Die Blätter des Koka-Strauchs enthalten Kokain als eines von bis zu 16 Alkaloiden. Es gibt auch Sorten, die kein Kokain enthalten. Um Kokain zu gewinnen, weicht man die Blätter zunächst in Lösungsmittel (vorzugsweise Kerosin) ein und gewinnt unter Hinzugabe einer Reihe weiterer Chemikalien (darunter Schwefel-



Kokablätter, zum Trocknen aufgelegt

säure) zunächst *pasta básica* und sodann in einem Reinigungs- und Filterprozess Kokain. Die dazu notwendigen Chemikalien werden über Erdreich und Gewässer „entsorgt“. Seit Mitte der 80er Jahre unterliegen die kokaproduzierenden Länder einem gesetzlich festgeschriebenen Sanktionssystem Washingtons, in dessen Rahmen sie sich verpflichten, alljährlich eine festgelegte Koka-Anbaufläche zu vernichten. Dazu wurde in Kolumbien zwei Jahrzehnte lang Glyphosat aus der Luft versprüht; in Peru und Bolivien kommen nur manuelle Methoden zum Einsatz. Zwölf Bauern starben und mehr als 100 wurden beim Massaker von Villa Tunari in den bolivianischen Tropen verletzt, als sie am 27. Juli 1988 das Gelände der paramilitärischen Drogenpolizei UMOPAR stürmten, um gegen ungesetzliche Tests mit Chemikalien und Pilzen gegen Kokapflanzen zu protestieren, die dort auf Initiative von US-Beratern durchgeführt wurden.

Finanzierung illegaler bewaffneter Gruppen

Proteste gegen die Koka-Vernichtung waren in Bolivien ein Vierteljahrhundert lang die wichtigste Ursache für soziale Auseinandersetzungen, bei denen es immer wieder zu Festnahmen, Menschenrechtsverletzungen, Verletzten und Toten kam. Doch Bolivien hatte das Glück, über schlagkräftige Gewerkschaften der Koka-

Bauern zu verfügen, die diese Proteste trugen und deren Präsident Evo Morales im Herbst 2005 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Seitdem geht Bolivien andere Wege im Konsens mit den Produzentenorganisationen. In Peru und Kolumbien übernahmen Guerillaorganisationen wie *Sendero Luminoso*, ELN und FARC die Rolle einer „Schutzmacht“ der Koka-Bauern, erhoben Steuern und Abgaben – und übernahmen rasch auch weitergehende, lukrativere Funktionen im Kokain-Geschäft, das so zu einer ihrer wichtigsten Finanzierungsquellen wurde. Noch heute leben Reste von *Sendero Luminoso* in Peru und FARC-Dissidenten in Kolumbien vom Drogengeschäft – ebenso wie kolumbianische Paramilitärs auf der Rechten.

Drogenpolitische Wirkungslosigkeit und Ökodesaster

Die Ergebnisse von gut 40 Jahren zwangsweiser Koka-Vernichtung sind mehr als ernüchternd: Ein Rückgang des Anbaus in Peru und Bolivien führte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einem exponentiellen Anwachsen des Koka-Anbaus in Kolumbien. Mit Erfolgen dort nahm der Anbau in Bolivien und Peru wieder zu. Man spricht hier vom „Ballon-Effekt“. Doch nicht nur dies: Zwischen 2013 und 2016 sind die Koka-Anbauflächen um 76 Prozent angewachsen; hauptsächlich in Kolumbien, in geringerem Maße aber auch in Peru und Bolivien. Zusammen mit dem Einsatz ertragreicherer Sorten und effektiverer Verarbeitungsmethoden führte dies zu einem historischen Höchststand der geschätzten globalen Kokain-Produktion von 1.410 Tonnen im Jahr 2016. Ein Fiasko.

Seit Präsident Ernesto Samper im Jahr 1994 unter Korruptionsvorwürfen Washingtons zur Einwilligung in das Besprühungsprogramm gedrängt wurde, hat man in Kolumbien mehr als zwei Millionen Hektar Koka vernichtet, weit mehr als das historische Maximum des Koka-Anbaus im Land, das im Jahr 2000 mit 163.000 Hektar gemessen wurde. Gab es damals Anbau in sechs Provinzen, so heute in 21 der 33 Departements. Seit der Ausweitung der Besprühungen im Jahr 2002 wurde bis 2014 in jedem Jahr mehr Koka vernichtet, als ursprünglich vorhanden war oder letztlich dann übrig blieb!

„KEINE VORMUNDSCHAFTSPOLITIK MEHR!“

Offener Brief der Völker Aruak, Baniwa und Apurinã

In Abwesenheit ökonomischer Alternativen zogen die Bauern ins Hinterland weiter, holzten neue Wälder ab. Weitere Böden und Gewässer wurden durch die zur Weiterverarbeitung notwendigen Chemikalien vergiftet. Und in Kolumbien wurde die Koka-Vernichtung eindeutig als Waffe im Bürgerkrieg eingesetzt. Eine Halbierung des Anbaus zwischen 2000 und 2004 wurde praktisch ausschließlich durch Besprühung in den Departements Caquetá und Putumayo erzielt, Hochburgen der FARC, während von den Paramilitärs kontrollierte Gebiete weitgehend verschont blieben. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 49 Millionen ist Kolumbien mit 7,7 Millionen Menschen – noch vor Syrien – trauriger Spitzenreiter bei Binnenflüchtlingen. Hauptursache ist der Bürgerkrieg, doch die Politik der Koka-Vernichtung ohne Nachhaltigkeit heizt ihn weiter an und trägt auch direkt zur Vertreibung der Menschen bei.

Kolumbien ist das Paradebeispiel des Nachhaltigkeitsdesasters. Doch auch in Bolivien, wo die Koka-Vernichtung auf manuelle Methoden beschränkt ist, wurde zwischen 1990 und 2005 zweieinhalb Mal mehr vernichtet als das historische Maximum (50.300 Hektar im Jahr 1990). Die Politik der Koka-Vernichtung ohne Nachhaltigkeit dürfte hier im Laufe der Jahre mehr als eine halbe Million Hektar subtropischen Regenwalds gekostet haben. Und selbst die sozialverträgliche *racionalización* im Konsens mit den Produzenten ist nicht wirklich nachhaltig. Seit 2006 wurden schon wieder mehr als 80.000 Hektar „rationalisiert“. Neuanbau findet nun vor allem in Naturschutzgebieten statt, wo die soziale Kontrolle nicht greift.

Im Trópico de Cochabamba oder Chapiro, einem der wichtigsten Anbaugelände in Bolivien, leben die *Yukuís*, ein Volk von Jägern, Sammlern und Fischern, das erst in den 1950er Jahren zum ersten Mal von Missionaren kontaktiert wurde. Sie klagen seit Jahren darüber, dass die Fische in den Gewässern immer weniger werden. Und die peruanische DEVIDA warnt vor hohen Rückständen von Blei, Cadmium, Schwefelsäure, Äthyläther, Ammonium-Chlorid und anderen Chemikalien, die zur Kokain-Herstellung eingesetzt werden, im peruanischen Amazonien. ■

IGLA-Mitarbeiter Robert Lessmann ist unter anderem Autor von: „Der Drogenkrieg in den Anden“ und „Internationale Drogenpolitik – Herausforderungen und Reformdebatten“, erschienen jeweils beim Springer Verlag.

An Herrn Jair Messias Bolsonaro, Präsident der föderativen Republik Brasilien

Manaus, 2. Jänner 2019

Herr Präsident!

Wir wurden in der Vergangenheit bereits dezimiert, überwacht und Opfer der Integrationspolitik der Regierungen und des brasilianischen Nationalstaats. Daher erklären wir öffentlich, dass wir keine Integrationspolitik und keine Vormundschaftspolitik mehr akzeptieren und dass wir nicht durch neue Maßnahmen der Regierung noch mehr dezimiert werden wollen. Brasilien schuldet uns einen unbezahlbaren Wert, Herr Präsident, für alles, was unseren Völkern angetan wurde. Die indigenen Gebiete spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Erhaltung des Reichtums an Biodiversität, der Luftreinheit, des ökologischen Gleichgewichts und für das Überleben der brasilianischen Bevölkerung sowie der Weltbevölkerung.

... Die indigenen Territorien machen insgesamt 13% des Territoriums aus und befinden sich größtenteils (90%) im Amazonasgebiet. Dieser Prozentsatz ist das, was uns vom Land übrig gelassen wurde, das vor dem Jahr 1500 zu 100% der einheimischen Bevölkerung gehörte und uns geraubt wurde. ... Es sind die Großgrundbesitzer und die Agrarindustrie, die mehr als 60% des brasilianischen Staatsgebietes beanspruchen.

Das Argument einer „demographischen Leere“ in indigenen Gebieten ist alt und falsch. Es dient nur dazu, die administrativen und rechtlichen Maßnahmen zu rechtfertigen, die den indigenen Völkern schaden. ...

Wir werden nicht von NGOs manipuliert, wie Sie voller Vorurteile sagen. Es sind die Politik und die Maßnahmen der brasilianischen Regierung, die ineffizient, unzureichend und außerhalb der Realität der indigenen Völker und unserer Gemeinden sind, die unsere kritische Haltung bewirken.

Wer nicht zur indigenen Bevölkerung gehört, kann uns nicht vorgeben oder Regeln diktieren, wie wir uns verhalten oder wie wir in unserem Gebiet agieren sollen. Wir haben die Fähigkeit und die Autono-

mie, für uns selbst zu sprechen. Wir sind Staatsbürger, die über die Rechte der indigenen Völker ... nachdenken und diskutieren. Wir können selbst Projekte und Initiativen entwickeln und umsetzen. Ein Beispiel sind die indigenen Landnutzungspläne, die im Bundesstaat Amazonas angewendet werden.

Herr Präsident, erfüllen Sie Ihr Wahlversprechen, die Demokratie durchzusetzen, denn wir sind Brasilianer und verdienen Respekt aufgrund unserer Rechte. Wir akzeptieren keine diktatorischen Aktionen. ...

Wir sind nicht schuld an den vielen Veränderungen in unserem Leben und in unseren Kulturen. Dies sind Folgen eines gewaltsamen Kolonisierungsprozesses, bei dem viele Völker vernichtet und ihre Sprachen ausgelöscht wurden. Wir wollen weiterhin Indigene sein, mit dem Recht auf unsere ethnische Identität, genauso wie wir auch Brasilianer sind. ...

Unsere Lebensweise ist anders. Wir sind nicht gegen diejenigen, die sich für ein westliches kapitalistisches Wirtschaftsmodell entscheiden. Aber wir haben unsere eigene Art zu leben, uns in unseren Gebieten zu organisieren und wir haben eigene Formen der Nachhaltigkeit. Deshalb akzeptieren wir weder Entwicklungen noch Wirtschaftsmodelle, die uns ausschließen und nur unsere Territorien zerstören. Unsere Form der Nachhaltigkeit besteht darin, unser Weiterbestehen und die Zukunft nachfolgender Generationen zu garantieren.

... Unsere Gebiete garantieren, wie technisch und wissenschaftlich nachgewiesen ist, den Schutz der Umwelt, weil sie durch die Bewirtschaftungsweise der indigenen Völker bewahrt wird. Das fördert den Wasserkreislauf und produziert regelmäßigen Regen, von dem die Plantagen und landwirtschaftlichen Betriebe der Region Süd und Südost profitieren. Das wissen wir sehr gut.

Angesichts dessen, Herr Präsident Jair Messias Bolsonaro, und ihrer Politik des demokratischen Dialogs sind wir, indigene Führer und legitime Vertreter, bereit für den Dialog, aber wir sind auch bereit, uns zu verteidigen. ■

GUTER RAT AUS AMAZONIEN: MIT DER WELT RICHTIG UMGEHEN!

Der Beitrag handelt vom Weltbild der indigenen Bewohner Amazoniens, das anstatt einer Aneignung der „Natur“ durch die Menschen von der Aufrechterhaltung eines Lebenszusammenhanges durch soziale Beziehungen zwischen allen Lebewesen ausgeht und gegenseitigen Respekt sowie Austausch von Wissen verlangt.

Von Georg Grünberg

Die Wahrnehmung der Welt bei den indigenen Völkern Amazoniens ist wesentlich durch ein Geflecht von sozialen Beziehungen bestimmt, die schon Alexander von Humboldt als „Netz des Lebens“ bezeichnet hat. Alles, was sie an der Natur für wichtig halten, ist Teil der Sozialbeziehungen in einem Kosmos, der dadurch bestimmt ist, dass alles, was lebt, nur im Austausch von Geben und Nehmen existieren kann und damit in Bewegung bleibt. Dieser „Weltlebenszusammenhang“ muss immer neu erforscht, gestärkt und verteidigt werden, damit er beständig bleibt. Es ist ein Konzept von Nachhaltigkeit, das nicht von der Notwendigkeit eines „Wachstums“ ausgeht, sondern von den Grundregeln der Gegenseitigkeit und vom festlichen Geschenkaustausch, der nicht nur für die Interaktion zwischen Menschen, sondern auch für alle anderen Lebewesen gilt. Das ist das Prinzip des „guten Umgangs mit der Welt“ und eben nicht die „Aneignung und produktive Veränderung der Natur“. Umwelt wird so zur Mitwelt, Urwald zur Kulturlandschaft und alle Verbindungen in dieser integralen Ökologie sind reale Beziehungen, wie sie eben zwischen Verwandten bestehen.

Im Mittelpunkt ihres Weltbildes steht eine Organisation des Wissens, die extrem integrativ ist und somit Dichotomien verabscheut; Vielfalt und Widerspruch sind Ordnungsprinzipien, und die Regeln der logischen Ausschließlichkeiten, so wie wir Europäer es von den alten Griechen gelernt haben, sind für Amazonier wirklichkeitsfern und somit irrelevant. Etwas Lebendiges kann das eine, aber auch etwas anderes sein, denn die mehrfache Verwandlungsfähigkeit aller Akteure der Schöpfung ist eine Grunderkenntnis; alle Lebewesen



Invasionen und Angriffe bedrohen seinen Lebensraum

sind im eigentlichen Sinn verwandt und verfügten ursprünglich sogar über eine gemeinsame Sprache, waren also kommunikationsfähig und somit auch interaktionsbereit.

Ein Kosmos im Gleichgewicht

Die Schöpfung wird als ein Prozess verstanden, der weitergeht, eine Art kybernetisches Modell voller Rückkopplungen, in dem jedes Element sich selbst darstellt, sich zu erkennen gibt, auch verstanden werden will. Deshalb die große Anstrengung der Menschen zu beobachten und alle Sinne zu verwenden, um diesen Schöpfungsprozess wahrzunehmen und daran teilzunehmen. Dieser amazonische Kosmos ist kein Chaos, sondern mit bestimmten Regeln versehen, die für alle Lebewesen gelten und bei den Menschen mündlich weitergegeben werden. Also keine „in Stein gemeißelte“ Vorschrift, sondern ein ständiger Dialog der inspirierten Wörter zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und zur Überbrückung der Gegensätze und Konflikte, nicht zu deren Auflösung.

Die Menschen sind ein besonderer Teil der Schöpfung, weil sie durch die nur ihnen eigene Fähigkeit der Verbindung von Schönheit, Weisheit und der Vertrautheit mit der Schöpfungsgeschichte Wissen systematisieren, aber auch neue Erfahrungen sammeln und weitergeben können. Daher auch die große Neugier am Wissensaustausch, am Ausprobieren, am Dia-

log mit anderen Wissensträgern, z.B. mit uns. Wir sind ja alle, meinen sie, auf der Suche nach dem Gleichgewicht der Gegenseitigkeiten, um „in einer schlechter werdenden Welt besser leben zu können“. Die Folgen des Klimawandels sind gerade für die Bewohner Amazoniens so unmittelbar und bedeutsam, dass dieser als bedrohlich

für die Welt insgesamt angesehen wird, denn „Klima“ ist das Wasser, der Wind, also das, was sich bewegt, was von Menschen nicht begrenzt werden kann und für alle Lebewesen gleich wichtig ist. Es kann nur durch gemeinsames Handeln wieder in die richtige Bahn gelenkt werden. Die Bereitschaft dazu ist bei den Amazoniern vorhanden, aber welches Gewicht, welche gesellschaftliche Bedeutung haben sie im heutigen Brasilien?

In der brasilianischen Verfassung von 1988 werden die spezifischen Rechte der indigenen Völker auf das traditionell genutzte Land, auf ihre Kultur, Religion und Gesellschaftsordnung anerkannt. Im Zentrum dieser Rechte liegt die uneingeschränkte und ausschließliche Nutzung ihres traditionellen Siedlungsgebietes, das als Indianerland (*Terra Indígena* – TI) im Eigentum des Bundesstaates bleibt und von diesem vermessen, demarkiert und gegen Invasionen verteidigt werden muss.

Inseln in der Agrarwüste

Gerade diese Bestimmung im brasilianischen Grundgesetz hat sich meist bewährt, da die indigenen Völker im tropischen Waldland des Amazonasbeckens seither als einzige seiner Bewohner erfolgreich der Umweltzerstörung und Entwaldung entgegengetreten. Von den 25 Millionen Bewohnern des Amazonasgebietes, das so groß wie ganz Europa ist, sind eine halbe Million Indianer und ziemlich genau ein Fünftel des Territoriums ist anerkannt-

tes und vermessenenes Indianerland. Während in den nicht geschützten Gebieten bereits 25 Prozent dieses tropischen Regenwaldes gerodet und verbrannt wurden, liegt die Entwaldungsrate in den ausgedehnten Indianergebieten (über 100 Millionen ha) bei lediglich 1,56 Prozent. Sogar in den Naturschutzgebieten liegt die Rate etwas höher, nämlich bei 1,63 Prozent. Deutlich wird dies im oberen *Xingú*-Gebiet, denn während im Umkreis von Hunderten von Kilometern der Sojaanbau und die Viehweiden den Wald fast zur Gänze beseitigt haben, bilden die Indianergebiete grüne Inseln in der Agrarwüste und erhalten so in diesen Mikroregionen das Klima des tropischen Regenwaldes.

wie es die Schulkinder am „Tag des Indianers“ in der Schule immer wieder zu sehen bekommen. „Sind das denn noch Indianer? Die haben ja ein Handy und ein T-Shirt“ heißt es dann, und auch die Großgrundbesitzer liebäugeln mit dieser lächerlichen Gleichung: Ein Indianer mit Hosen ist keiner mehr, ein weiterer Grund, um ihnen das Recht auf gemeinsames Land zu verwehren. Aber wozu brauchen die Indianer dann Land, wenn sie in der Stadt leben?

Die Wechselbeziehung zwischen Biodiversität und kultureller Vielfalt, der Erwerb von traditionellen Kenntnissen und Praktiken, die an lokale Gegebenheiten angepasst sind, sowie verschiedene, den

schaft“ so weit ausgedehnt, dass alle Lebewesen darin Platz haben, dass die „Natur“ inbegriffen ist. Und das bedeutet, dass es bestimmte Regeln der Gegenseitigkeit gibt, dass man zuhören und Rücksicht nehmen muss. Es geht also nicht mehr darum, die Natur zu schützen, sondern sie zu respektieren und so zu agieren, dass wir miteinander in Frieden leben können. Nur Diebe nehmen etwas weg, ohne etwas zurückzugeben, und deshalb lehnen sie die einseitige Aneignung und Ausbeutung von „Naturschätzen“ ab, was wiederum den Prinzipien einer „solidarischen Ökonomie“ aus unserer Sicht entspricht.

„Brasilien ist groß, aber die Welt ist klein geworden“, das ist ein derzeit oft zitiertes Bonmot des brasilianischen Star-Anthropologen Eduardo Viveiros de Castro. Er will damit der euphorischen Arroganz der Propheten einer Weltmacht, ja eines tropischen Erst-Welt-Paradieses in Brasilien entgegenwirken, denn die strukturellen Probleme des Landes, das bis vor wenig mehr als 100 Jahren noch auf einer Sklavenwirtschaft basierte und europäische Siedler importierte, um „die brasilianische Rasse zu verbessern“, sind bei weitem nicht gelöst. In vieler Hinsicht ist das „*Brasil profundo*“, also das tiefe und innere Brasilien, immer noch Indien näher als den USA. Die Ironie der Geschichte will es, dass gerade diese „ungezähmte Natur“ Amazoniens, die man früher mit allen Mitteln loswerden wollte, heute als großer Vermögenswert gilt, um den die „zivilisierte Welt“ Brasilien beneidet. Was heute nicht nur für die Indianer auf dem Spiel steht, ist die Alternative zwischen einem letzten Überfall auf die öffentlichen und geschützten Ländereien, um den Hunger der Grundbesitzer und der agroindustriellen Elite nach Rohstoffen und Agrarprodukten zu stillen, also einer Neuauflage des kolonialen Extraktivismus, und einer Umweltpolitik, die sozial-ökologische Konflikte vermindern will und bereit ist, vom Konzept einer integralen Ökologie der Amazonien zu lernen. Dafür braucht Brasilien nicht nur ein neues Konzept von „Entwicklung“, sondern auch die Indianer, denn, wie Eduardo Viveiros pointiert sagt: „Es ist wahrscheinlicher, dass die Indianer uns retten, als wir sie“.

Teile des Artikels modifiziert nach Grünberg: *Viel Land für wenig Indianer?* In: Gerhard Drekonja-Kornat und Ursula Prutsch (Hg.): *Brasilien 2014 – Aufbruch und Aufruhr*, pp.47-54; Wien, Berlin 2014



Indígenas des von der Schließung bedrohten Reservats Raposa do Sol

Seit Jänner 2019 gibt es eine neue Regierung, die eben diese Rechtsordnung in Frage stellt. Brasilien ist bisher eines der Länder mit der höchsten Dichte an biologischer und kultureller Diversität und zählt über 200 Millionen Einwohner, von denen fast eine Million Indigene sind. Sie repräsentieren nicht weniger als 305 verschiedene Völker, die nach dem neuesten Zensus von 2010 genau 274 Sprachen sprechen und zu zwei Dritteln in ländlichen Gebieten, meist auf geschütztem Indianerland, leben, aber zu einem Drittel Stadtbewohner sind. Also gibt es auch über 300.000 Stadtindianer! Das entspricht nicht dem traditionellen Bild der farbenprächtigen, reich geschmückten und im Übrigen nackten Amazonasindianer, so

jeweiligen Ökosystemen entsprechende Organisations- und Kooperationsformen sind seit langem bekannt und werden immer wichtiger für die Zukunft nicht nur der Brasilianer. Die Zerstörung der Umwelt ist das Ergebnis von denselben sozialen Prozessen, die auf der einen Seite die Konzentration von Reichtum und auf der anderen Seite sozialen Ausschluss, Marginalisierung und Armut bewirken. Dies bedeutet, dass es unmöglich ist, die Nutzung natürlicher Ressourcen von ihrer wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Dimension zu trennen.

Was auf dem Spiel steht

Denn für die indigenen Bewohner des Amazonasgebietes ist der Begriff „Gesell-

Foto: Antonio Cruz/Agencia Brasil

STIMMEN AUS AMAZONIEN

Ein neues Verständnis für indigene Völker und deren Rolle für Gesellschaft und Umwelt im XXI. Jahrhundert, darum ging es unter anderem bei der Tagung „Die Zukunft der indigenen Völker Lateinamerikas“ in der oberschwäbischen Benediktinerabtei Weingarten im Juni 2018. Dabei wurde nicht zuletzt die Frage gestellt, was wir von den amerikanischen Ureinwohnern lernen können. Zwei herausragende Vertreterinnen der Indigenen des Amazonasbeckens waren Patricia Gualinga aus Ecuador und Fany Kuro Castro vom Volk der *Uitoto* aus Kolumbien.

Von Ralf Leonhard

Die meisten Staaten haben inzwischen anerkannt und in ihren Verfassungen festgeschrieben, dass die indigenen Völker Anspruch auf einen geschützten Lebensraum haben, der dem Zugriff der kapitalistischen Wirtschaft entzogen werden muss. Dass die Gesetze meist nicht eingehalten werden, wenn sich die Staaten von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen, konnten die Delegierten der indigenen Völker anschaulich darstellen. **Patricia Gualinga** von der ecuadorianischen Gemeinde *Sarayaku* hat einen jahrelangen, aber erfolgreichen Kampf gegen ein Erdölprojekt auf ihrem Boden geführt.

„Für das Territorium, das wir bewohnen, haben wir einen Eigentumstitel. Als wir diesen erhielten, dachten wir, unsere Probleme seien vorbei. Aber nein: die Verfassung sagt, dass alles, was unter der Erde liegt, dem ecuadorianischen Staat gehört. Die Verfügungsgewalt darüber liegt bei der Regierung. Und das haben sie dann in die Tat umgesetzt. Ohne uns zu konsultieren, vergaben sie 1996 eine Lizenz an den argentinischen Erdölkonzern CGC. Dahinter versteckt sich Kapital aus Frankreich und den USA, das die schmutzigen Seiten des Geschäfts lieber an ein wenig bekanntes Unternehmen auslagert. Da man die Geschichte unseres Widerstandes kannte, beauftragten sie Ethnologen. Die kannten unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Traditionen und begannen Schritt für Schritt unsere Willenskraft zu unterminieren.“

Einige der Nachbargemeinden hätten der Versuchung nicht widerstanden. Man versprach ihnen Schulen, Gesundheitszentren, Arbeitsplätze. Aber *Sarayaku* mit seinen 1200 Einwohnern habe nicht nachgegeben. Man wollte keine Ölbohrungen, die das Wasser verseuchen und die Gemeinschaft zerstören. „Wir sahen uns einer Militarisierung gegenüber, einer Strategie der Verleumdung und Einschüchterung, einer Strategie der Blockade unserer Zu-

fahrtswege. Aber wir haben viele Monate standgehalten.“ Ironischerweise kam die Wende, als man begann, sich der Instrumente des Gegners zu bedienen.

„Wir sind aber auch nicht dumm. Zwar leben wir im Urwald, aber wir können Spanisch und fanden heraus, wie wichtig die Kommunikation ist. Wer nicht kommunizieren kann, der existiert nicht. Wir haben die erste Internetleitung nach *Sarayaku* geleitet, um die Welt um Unterstützung zu bitten. Wir haben eine Web-Seite eingerichtet und all unsere Verbündeten der Menschenrechtsorganisationen alarmiert, damit sie den ecuadorianischen Staat unter Druck setzen.“

Man installierte also mitten im Urwald eine Satellitenschüssel und betreibt über Solarzellen ein Internetcafé. Gleichzeitig wurde der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen, der der Gemeinde *Sarayaku* schließlich im Jahr 2012 recht gab. Ihr Recht auf selbstbestimmtes Leben wurde bestätigt. Der Ölkonzern musste abziehen – samt dem in *Sarayaku* gelagerten Sprengstoff für die Ölbohrungen. Allerdings nicht ohne vom Staat eine fette Entschädigung für die entgangenen Gewinne einzufordern. Entschädigt werden musste auch die Gemeinde, die mit dem Geld eine Bank für Kleinkredite gründete und zwei Flugzeuge anschaffte, mit der Kranke und Verletzte ins nächste Spital gebracht werden können.

Fany Kuro, die in der kolumbianischen Amazonasgemeinde *La Chorrera* lebt, macht anschaulich, wie entlegen diese Gebiete sind: „Im Flugzeug sind es nur zwei Stunden in die Hauptstadt. Wenn man aber zu Wasser und zu Land unterwegs ist, braucht man einmal 20 Tage, um in die Urwaldmetropole *Leticia* zu kommen. Wenn man Glück hat, kann man dort ein Frachtflugzeug nach *San José de Guaviare* nehmen. Von dort sind es dann nur mehr

18 Stunden bis *Bogotá*“. Die Tochter eines *Kaziken* hat es aber nicht nur bis *Bogotá* geschafft, sondern konnte auf dem zweiten Bildungsweg auch maturieren und schließlich ein *Jus-Studium* abschließen: „Ich war die erste *Uitoto*-Anwältin. Vor mir hatten es nur ein paar Männer geschafft“.

Die *Uitoto* waren einst ein großes Volk, sagt Fany: „Durch die Kautschukgewinnung in unseren Wäldern wurden wir bis auf 60 Personen ausgerottet“. Jetzt sind es wieder 3000. Die Bewahrung der Sprache sieht sie als große Aufgabe: „Der Gebrauch der eigenen Sprache ordnet die



Foto: Ralf Leonhard

Fany Kuro

Gedanken und das Territorium“. Es gibt ein Wörterbuch und eine Grammatik. Fany Kuro schreibt auch ihre WhatsApp-Nachrichten auf *Uitoto*.

Sie setzt sich auch dafür ein, dass die Völker, die keinen Kontakt zur Zivilisation wünschen, in Ruhe gelassen werden. Als trauriges Beispiel dienen die *Nukak Maku* im kolumbianischen *Guaviare*, die vor rund 30 Jahren entdeckt wurden: „Von den ursprünglich 2000 sind nicht mehr als 500 übrig geblieben. Sie verschwinden, wie das Wasser zwischen den Fingern. Die Regierung war nicht imstande, dieses Sterben zu verhindern. Die Guerilla, rechte Paramilitärs, illegale Holzhändler, Koka-Bauern sind alle in ihr Gebiet eingedrungen und haben ein soziales Chaos verursacht. Durch den Kontakt mit der anderen Welt sind bei den Indigenen neue Bedürfnisse entstanden, die sie nicht befriedigen können. Sie werden drogenabhängig, oder landen in der Prostitution. Zwar hat es Geld gegeben, aber niemand war imstande, diese Mittel richtig einzusetzen“.

SYNODE IN DER „GEGENWART DES SCHRECKENS“

„Bolsonaro venceu“ (B. hat gesiegt). Diese Nachricht wirkte auf den austro-brasilianischen Bischof Erwin Kräutler wie eine eiskalte Dusche. „Ich dachte sofort an die Indios. Die Devise für uns heißt jetzt: gewaltloser Widerstand und entschiedene, unmissverständliche Verteidigung der Menschenrechte der Indios und anderer Minderheiten. Wir werden nie aufgeben!“

Von Wolfgang Schweiger

Durch den Amtsantritt des neuen brasilianischen Staatspräsidenten Jair Bolsonaro bekam die für Oktober 2019 geplante „Amazonas-Synode“ mit dem Titel „Neue Wege für die Kirche und eine ganzheitliche Ökologie“ einen neuen Schwerpunkt. Dachte man früher, dass es vorrangig um pastorale Fragen gehe – wie die Frage nach der Zulassung von verheirateten Priestern, um den seelsorglichen Aufgaben besser nachkommen zu können, wird jetzt klar, dass die Verteidigung der Menschenrechte der Indios und die fatalen ökologischen Folgen der Zerstörung des Amazonasurwaldes in den Vordergrund drängen. Es geht also wieder in bester befreiungstheologischer Tradition um die „Option für die Armen.“

Offensive gegen Indigene

„Der Schrecken ist bereits Gegenwart“, schrieb die bekannte Journalistin Eliane Brum. Ermuntert von den Sprüchen Bolsonaros bedrängten illegale Holzfäller und Landräuber schon in der Vorwahlzeit Indigene, kriminalisierten Nichtregierungsorganisationen und drängten deren Einfluss massiv zurück. Nach der Wahl war schnell klar, dass für die Regierung des gewählten Präsidenten das Amazonasgebiet nur eine Schatzkammer darstellt, die sie plündern möchte. Man plant weitere Projekte wie Staudämme, große Rinderfarmen oder Sojaplantagen. Durch organisatorische Umstrukturierungen wurden die Lebensbedingungen der Indios bereits eingeschränkt: Wesentliche Kompetenzen der Bundesbehörde für indigene Angelegenheiten wurden dem Agrarministerium übertragen, das traditionell die wirtschaftliche Ausbeutung des Amazonasgebiets vorantreibt. Die bereits 1988 in der Ver-



Brasilien Indigene demonstrieren ihre Bereitschaft zum Widerstand gegen Bolsonaros Angriffe

fassung verankerte Agrarreform, durch die landlose Familien Landtitel und damit Zugang zu Land erhalten, wurde eingestellt und der Nationale Rat für Ernährungssicherheit, über dessen Programme Kleinbauern Zugang zu regionalen Märkten haben, geschwächt

Nicht zuletzt wird der Präsident in seinen Vorhaben durch das bevorstehende Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, bestärkt. Denn im Rahmen dieses Abkommens sollen die Fleischexporte aus dem Mercosur auf jährlich 100.000 Tonnen erhöht werden. Ob die EU diesem Vertrag ohne Auflagen zustimmt, bleibt abzuwarten. Widerstand könnte vom Europaparlament kommen.

Was tut die Kirche?

Die brasilianische Bischofskonferenz, die von vielen brasilianischen Konservativen als viel zu liberal und von Bolsonaro und seinen Online-Unterstützern als der „verrottete Teil der katholischen Kirche“ beschimpft wird, gibt sich diplomatisch. Deren Vizepräsident Erzbischof Murilo Krieger bekräftigt: „Wir werden weiterhin das sein, was wir sind: eine kritische Stimme, eine Gruppe die offen für den Dialog ist und sucht, was für uns alle das Beste ist, nicht das Beste für die Kirche, sondern für Brasilien.“ Und der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof Leonardo Ulrich Steiner, bedauert, dass Bolsonaro

auf die Austragung der für 11. bis 22. November 2019 geplanten Weltklimakonferenz COP25 verzichtete. „Damit gibt das Land seine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel auf.“ Es gibt aber auch Bolsonaro-Fans unter den Bischöfen. Der Erzbischof von Rio de Janeiro, Kardinal Orani João Tempesta, einer der heftigsten Kritiker der Arbeiterpartei PT, empfing im Wahlkampf Jair Bolsonaro demonstrativ

zu einem Gespräch.

Klar auf Seiten der Indios positioniert sich REPAM (*Red Eclesial Pan-Amazônica*), das länderübergreifende Netzwerk der katholischen Kirche in den Amazonas-Ländern. Dass auch Papst Franziskus das Thema in den Fokus rückt, ist für Mauricio López, den Generalsekretär von Repam, ein Glücksfall: „Die Zyklika ‘Laudato si’ bestärkt uns in unserem Weg!“. Franziskus spricht dort vom „Völkermord an den Indios aufgrund von wirtschaftlichen Interessen“.

Abschließend sei noch auf die Notwendigkeit einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen: „Um die Zerstörung des Amazonastieflandes zu verhindern, braucht man Öffentlichkeit, Bilder und Videos, damit die Diskussion über solche Übergriffe beginnt. Gerade in Europa!“ fordert der Filmemacher Martin Keßler in einem Interview mit der progressiven katholischen Zeitschrift *Publik Forum*. Die Amazonassynode könnte die Plattform für eine solche Öffentlichkeit sein. Und sollte dann angesichts der Pastoralersituation bei der Synode auch noch am starren Zölibatsgesetz für Priester gerüttelt werden, wäre das ein sehr angenehmer Nebeneffekt. Freilich darf man nicht gleich das Priesteramt für Frauen erwarten. Aber die Zulassung verheirateter Männer zur Priesterweihe und die Öffnung des Diakonats für Frauen scheinen möglich zu sein. Gottes Mühlen mahlen, auch in der Kirche, langsam, aber sie mahlen fein! ■

UMWELTBEWEGTE UND ANTI-IMPERIALISTINNEN,

Der größte organisierte Raubzug der Geschichte wird vor unseren Augen vorbereitet. Der Westen und seine rechten Partner wollen Venezuela besetzen und putschartig auf die größten Ölreserven der Welt zugreifen. Die Ölreserven der USA reichen bei gleichbleibendem Verbrauch für acht Jahre, die Venezuelas würden die USA 69 Jahre versorgen. Während die USA eine Intervention in Venezuela vorbereiten, bedroht Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro die indigenen Völker, deren Reservate und den gesamten Amazonas-Urwald mit einer Lawine von Landraubaktionen durch die Konzerne.

Von Tord Björk

Bolsonaro hatte sein Denken schon 1998 im brasilianischen Kongress geoffenbart: „Die brasilianische Kavallerie war inkompetent. Kompetent war die Kavallerie der USA, die die Indianer in der Vergangenheit dezimiert hat. Heute haben sie dieses Problem nicht mehr.“

Rund 13 Prozent des Staatsgebiets sind vom Bundesgesetz geschützte indigene Gebiete, die einige der besterhaltenen Urwälder umfassen. Die Indigenen leben dort unter ständiger Bedrohung, vertrieben oder massakriert zu werden. Das Territorium der *Karipuna* im Bundesstaat Rondônia zählt zu den von Land Grabbing bedrohten Gebieten. Weniger als 60 noch auf dem Gebiet lebende Angehörige der Ethnie waren 2017 laut Staatsanwaltschaft vom Völkermord bedroht. Die NGO *Repórter Brasil* sieht mindestens 14 geschützte indigene Territorien angegriffen.

Klimaforscher halten die Ermächtigung indigener Völker und deren Land für eine wichtige Waffe gegen den Klimawandel. Aber nicht nur das globale Klima ist bedroht. Land Grabbing für großflächige Monokulturen wie Soja und Viehweiden bedroht die Artenvielfalt und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, wenn Kleinbauern und -bäuerinnen durch die Agroindustrie vertrieben werden. Diese Entwicklung, die kurzfristigen Interessen der Industrie dient, scheint unaufhaltsam, egal wer gerade regiert. Mit Bolsonaro wird sie weiter beschleunigt.

Die Berichte privater Medien im Dienst der Konzerninteressen und der Finanzindustrie, gemeinsam mit westlichen Bestrebungen des *regime change* lassen die Lage hoffnungslos erscheinen. Wird einer der größten Regenwälder samt seinem ethnischen und biologischen Reichtum den Interessen der globalen Spekulanten in die Hände fallen und nahezu ausgelöscht wer-

den? Werden die Kapitaleigner in der Lage sein, ihre Attacke transnational zu beschleunigen, um ewiges Wachstum auf der dünnen Biosphäre, von der wir alle abhängen, zu erreichen? Oder können wir Widerstand organisieren und neue Horizonte für kommende Generationen und ein gutes Leben für alle schaffen?

Diese Fragen werden zu selten gestellt. Für eine Antwort sollten wir zurückblicken in eine Zeit, als Volksbewegungen historische und grenzüberschreitende Allianzen zwischen unterschiedlichsten Akteuren schmieden konnten und scheinbar unüberwindliche Hindernisse beseitigten, um sich gegen unvorstellbare finanzielle, politische und militärische Macht durchzusetzen.

Schauplatz war das kleine Dorf *Xapuri* im brasilianischen Amazonas-Bundesstaat Acre. Dieses äußerst entlegene Gebiet war 1985 Ort eines grundlegenden Durchbruchs für die langfristige Beziehung zwischen Bewegungen. Damals schien der Konsens von Washington, die von USA, IWF, Weltbank und deren Verbündeten verbreitete Marktideologie, unaufhaltbar. Die Unterschichten hatten keinerlei Einfluss in den formalen demokratischen Institutionen. Ganz am unteren Ende der sozialen Leiter befanden sich die Gummizapfer, die *seringueiros*. Unter ihnen gab es nur mehr die Indios, die kaum mehr als Menschen betrachtet wurden.

Die Weltbank unterstützte damals den Bau einer Straße durch den Bundesstaat Acre zur peruanischen Grenze. Acre war einer der wenigen Bundesstaaten, der noch nicht mit Fernstraßen und Zubringerstraßen in Form eines Fischgrätmusters überzogen war. Sollte es möglich sein, dieses Projekt aufzuhalten, um nicht nur den Regenwald zu schützen, sondern auch die nachhaltige und umweltgerechte Lebensweise der BewohnerInnen?

Mitten im Amazonasgebiet, in einer Gegend, auf die man von außen als „unterentwickelt“ herabsah, war Chico Mendes als eines von 17 Kindern einer Familie geboren. Nur sechs überlebten. Schon mit neun Jahren verdingte sich Chico als Gummizapfer und fand daher keine Zeit, um Lesen und Schreiben zu lernen. Von jenseits der Grenze kamen aber Männer, die von Marxismus und Arbeiterkampf erzählten. 1975 organisierten die Kautschukzapfer von Xapuri ihre erste Gewerkschaft und Chico Mendes wurde deren Generalsekretär. Da begann der Kampf gegen die Abholzung und für die Erhaltung einer nachhaltigen Lebensweise im Wald. 1985 wurde die nationale Kautschukzapfergewerkschaft gegründet. Sie vernetzte sich mit der internationalen Umweltbewegung und Organisationen, die sich gegen die negativen Auswirkungen von Projekten multilateraler Entwicklungsbanken engagierten. Dafür musste die Skepsis gegenüber als „bourgeois“ eingestuft Umweltorganisationen überwunden werden. Wahrscheinlich zum ersten Mal zog eine multilaterale Finanzinstitution ihr Kreditangebot für ein Megaprojekt zurück. 1988 feierte man das als großen Sieg.

Historische Allianz

Die Allianz der mestizischen Kautschukzapfer mit den Indigenen hat historische Dimensionen, denn der Rassismus, der Solidarität zwischen den Unterdrückten verhindern soll, wurde überwunden. In den folgenden Jahren wurden weitere historische Pflöcke eingeschlagen. 1989 war Acre der erste Bundesstaat, wo die Arbeiterpartei PT gewinnen konnte und eine Ära linksgerichteter Politik in ganz Lateinamerika einläutete. Der Allianz der Kautschukzapfer mit den Tieflandindianern im Amazonasgebiet folgte ein Bündnis zwischen Hochland- und Tiefland-Indigenen in Ecuador. Das ist insofern bemerkenswert, da diese beiden Gruppen mehr trennt als die Vorfahren der Hochlandindianer, die Inka, und die europäischen Völker. Das Ergebnis dieser Allianz zeigte sich bei der 500-Jahr-Feier des Widerstands gegen die europäische Invasion 1992. In den Augen der Indigenen in ganz Amerika war die Linke zu stark in westlichen Entwicklungskonzepten verfangen, während sie selbst den Fokus auf kulturel-

VEREINIGT EUCH!

le Wiederbelebung und das Durchsetzen ihrer Vorstellung vom Guten Leben richteten. Diese Bewegungen brachten schließlich linke Regierungen in Ecuador, Bolivien und anderswo an die Macht.

Aber was sagt uns das heute? Kurz nach dem Sieg über das Straßenprojekt 1988 wurde Chico Mendes von einem Großgrundbesitzer ermordet, dessen Organisation heute wieder Brasilien und den Amazonas kontrolliert. Die linken Regierungen, die eine gewisse Demokratisierung gebracht hatten, wie auch die Antiglobalisierungsbewegung, erlitten einen Rückschlag. Was könnte eine neue Wende zum Besseren herbeiführen?

Das System und seine Banken, seine Polizei und Präsidenten, scheinen stärker als je zuvor. Aber ist nicht das Gegenteil wahr? Waren diese jemals so nervös und voll innerer Konflikte? Ist es wirklich so, dass überall außer in Island, wo sie für ihre betrügerischen Praktiken eingesperrt wurden, die Oligarchen und Banker regieren? Der entscheidende Faktor, der das System zusammenhält, ist die Fähigkeit zu teilen und zu herrschen. Solange die Bewegungen Anliegen, die zusammengehören, getrennt verfolgen, wird das funktionieren.

Der größte Raubzug der Geschichte, der sich vor unseren Augen abspielt, ist die größte einzelne Bedrohung für das Weltklima. Konzerne und Banken, unterstützt von der brasilianischen Regierung, bedrohen auch die Artenvielfalt und bereiten Genozide an mehreren Völkern vor. Der Wahlsieg des Rechtsextremisten Bolsonaro und der Versuch des Westens, in Venezuela eine rechte Marionettenregierung zu installieren, bedrohen die Volksbewegungen, die für soziale Gerechtigkeit und die Umwelt kämpfen.

Breites Bündnis gefordert

Für die staatszentrierte Linke geht es um einen klassischen geopolitischen Kampf gegen die Rechte und den Imperialismus. Für Umwelt-Lobbyisten ist das, was wir sehen, weniger wichtig als die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens und die Notwendigkeit, die PolitikerInnen zu mehr Engagement gegen den Klimawandel anzuhalten. Für die außerparlamentarische Linke sind die Ereignisse vielleicht kompliziert, aber ein Anlass, einmal mehr einen abstrakten Antikapitalismus als Lö-



Chico und Ilsamar Mendes im Jahr 1988

sung für die Krise auszurufen. Für Menschenrechtsorganisationen, die sich nur für die politischen und nicht die sozialen Rechte einsetzen, kann das auch verwirrend sein. Alle miteinander erkennen aber hoffentlich ein gigantisches Land Grabbing und Oil Grabbing durch die Reichen, das beendet werden und durch umweltbewusstes Handeln und soziale Gerechtigkeit ersetzt werden muss.

Es ist an der Zeit, die Bewegungen zu einen und zu erkennen, dass wir auch in einer sozio-ökologischen Krise der Zivilisation stecken. Man kann sie auf verschiedene Weise abstrakt beschreiben. Aber die einzige Art, den Kampf für Klimagerechtigkeit zu gewinnen, ist eine Vereinigung der Umweltbewegung mit der antiimperialistischen und der Friedensbewegung. Der Einsatz von Wirtschaftssanktionen und die Drohung mit militärischer Gewalt und Putsch, um die Aneignung der größten Ölreserven durchzusetzen, die Zunahme von Land Grabbing im Amazonas durch die Konzerne und Staatsinteressen stellen die Bewegung für Klimagerechtigkeit vor die größte Herausforderung. Der Kampf kann nur gemeinsam mit den Volksbewegungen in Brasilien und Venezuela und den antiimperialistischen und Friedensbewegungen gewonnen werden.

Der Global Climate Action Day am 15. März und die Demonstrationen am 16. März gegen die Intervention in Venezuela müssen auch zum Protest gegen den Raubzug des Westens um Öl in Venezuela und

Land im Amazonas werden. Es ist an der Zeit, gegen die Inwertsetzung der Natur und der öffentlichen Daseinsvorsorge im Interesse ewigen Wachstums zum Profit von wenigen aufzutreten. Es ist an der Zeit, für eine gerechte Gesellschaft einzutreten, die wenig Energie verbraucht. Gelingen kann das mit tausenden neuen grünen Abkommen und der Besteuerung der Reichen in jedem Land. Es ist Zeit, für den Frieden auf der und mit der Erde aufzustehen. ■

Der Autor ist Koordinator des EU-Komitees bei Friends of the Earth Schweden und Redakteur des von FriedensaktivistInnen herausgegebenen Ukrainabulletinen.

Quellen:

Sam Cowie, *The Intercept*, 2019, *Jair Bolsonaro praised genocide of indigenous people. Now he's emboldening attackers of Brazil's Amazonian communities.* <https://theintercept.com/2019/02/16/brazil-bolsonaro-indigenous-land/>

Jai Sen, 1999, *World to Win—But Whose World is it, anyway? Civil society and the World Bank, the view from the "front": case studies* https://www.academia.edu/6062147/A_World_to_Win_-_But_Whose_World_Is_It_Anyway

25 JAHRE KLIMABÜNDNIS FÜR REGENWALD UND KLIMA

Die Zerstörung des Amazonasregenwaldes, oft in Verbindung mit der Ermordung und gewaltsamen Vertreibung seiner BewohnerInnen sowie deren Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte und den Erhalt des Lebensraumes auf der einen Seite und der fortschreitende Klimawandel auf der anderen Seite waren die Auslöser für die Gründung des Klimabündnis¹ um 1990. Damit entstand eine bis heute einzigartige Allianz zwischen europäischen Kommunen und der COICA², Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, als Vertretung der indigenen Völker mit dem gemeinsamen Ziel, Regenwald und Klima zu schützen.

Von Johann Kandler

Ausgehend von Deutschland schlossen sich immer mehr Städte und Gemeinden in Europa dem Netzwerk an und verpflichteten sich, keine Tropenhölzer mehr zu verwenden und Treibhausgasemissionen in ihrem Einflusssbereich zu reduzieren. Dieser Tropenholzverzicht fand sich in öffentlichen Ausschreibungen wieder und bewirkte ein steigendes Bewusstsein und die Suche nach Alternativen. Es war eine erste indirekte Form der Unterstützung der indigenen Anliegen. Die 1984 gegründete COICA wurde aber weder von den Regierungen der Region noch auf internationaler Ebene anerkannt. Ihre Vertreter fanden erst mehr Gehör durch die politische Unterstützung in Europa, die sich in vielen Medienberichten niederschlug.

Partnerschaft statt Patenschaft

Die österreichischen Klimabündnis-Gemeinden entschieden sich 1993 für eine Partnerschaft mit der FOIRN³, dem Dachverband der indigenen Organisationen am Rio Negro im Nordwesten Brasiliens. Dieser wurde damals schon durch das IIZ, Institut für internationale Zusammenarbeit (heute HORIZONT3000), im Rahmen eines Projekts der Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Seit damals unterstützt das Klimabündnis den Kampf der indigenen Völker indirekt durch Bewusstseinsbildung über die Ursachen der Regenwaldzerstörung, wie Sojaanbau für Fleischproduktion, Rinderweiden, Abbau von Bodenschätzen oder Bau von Wasserkraftwerken, aber auch direkt bei politischen Forderungen und durch die Finanzierung von Projekten am Rio Negro.

André Baniwa war seit Beginn dabei und erinnert sich: „Klimawandel und Erderwärmung haben dieses Bündnis bewirkt. Dadurch konnte die FOIRN Erfolg im

Bereich der territorialen indigenen Rechte erreichen. Weiters auch im indigenen Bildungs- und Gesundheitswesen sowie hinsichtlich wirtschaftlicher Alternativen, die allesamt direkt und indirekt die öffentlichen Politiken beeinflussten und unsere Identität, Kultur und Tradition sowie das Recht auf Interkulturalität stärkten.“

Durch die Klimabündnis-Partnerschaft entstand ein Erfahrungsaustausch zwischen den indigenen Völkern des Rio Negro und den ÖsterreicherInnen, für die vor allem die unterschiedlichen gesellschaftlichen Naturbeziehungen überraschend waren. Diese haben bewirkt, dass dort der Regenwald zu 99,9% erhalten blieb und die Biodiversität höher als in unbewohnten Regionen ist – ein Ergebnis der traditionellen Wald-Landwirtschaft im Gegensatz zur agroindustriellen Nutzung. Wichtig dafür sind auch der Gemeinschaftsbesitz der Naturgüter und ein Regelwerk zur Nutzung der vorhandenen Ressourcen, das allerdings durch die Verbreitung des „Marktwirtschaftsvirus“ immer mehr aufgeweicht wird. Eine neue Herausforderung für die indigene Bewegung, die versucht ein Gegenmodell zu entwickeln, um bewährte Praktiken beizubehalten.

Land und Kultur

Die beste Form des Regenwaldschutzes besteht darin, die einheimische Bevölkerung zu stärken, damit sie ihren Lebensraum verteidigen kann. Damit ist es bisher gelungen, 135.000 km² Regenwald als Indigene Territorien unter Schutz zu stellen, wodurch eines der größten Regenwaldschutzgebiete Amazoniens entstanden ist.

„Wesentlich waren und sind auch der Erhalt der Kultur und die Weitergabe des traditionellen Wissens, was von Beginn an

durch die Partner aus Österreich gefördert wurde“, betont Beto Ricardo vom ISA⁴. Daraus entstanden Schulbücher, Publikationen und der „kosmische Kalender“, der die komplexen Zusammenhänge der Interaktion der Menschen mit ihrem Kosmos im Jahreskreislauf darstellt und etwa auch Veränderungen infolge des Klimawandels erkennbar macht. Lange Dürreperioden oder extreme Regenfälle verursachen immer öfter Ernteausfälle mit gravierenden Folgen für die Menschen, die davon abhängig sind. Die Nutzung der natürlichen und kulturellen Ressourcen der 23 indigenen Völker der Region mit etwa 40.000 EinwohnerInnen ist die Basis für die Produktion, Veredelung und Vermarktung von Kunsthandwerk, Gewürzen und anderen Produkten. Einige kleine Tourismusprojekte tragen ebenfalls zur Anerkennung der indigenen Kultur bei.

Die FOIRN zählt heute zu den stärksten indigenen Interessenvertretungen Brasiliens. Trotzdem wird sie immer wieder von Regionalpolitikern und Bergbaulobbyisten, die den Menschen Arbeitsplätze und Wohlstand versprechen, als „Entwicklungsverhinderer“ attackiert. „Die Maßnahmen der neuen Regierung unter Bolsonaro bedrohen die bisherigen Erfolge, und daher ist die Unterstützung von außen weiterhin für das Überleben der indigenen Völker und den Erhalt des Regenwaldes wichtig“, erklärt Rainer Handlfinger, Bürgermeister von Ober-Grafendorf und Obmann des Klimabündnis Österreich. ■

Weitere Informationen: www.klimabuendnis.at

¹ Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Klimas und verbindet mittlerweile mehr als 1.700 Gemeinden in 26 Ländern Europas mit indigenen Völkern in Südamerika. In Österreich ist es das größte Klimaschutz-Netzwerk. Es umfasst heute 982 Gemeinden, 1.195 Betriebe, 588 Schulen & Kindergärten sowie alle neun Bundesländer (Stand 15.02.2019).

² Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica

³ Federação das Organizações Indígenas do Rio Negro

⁴ Instituto Socioambiental

VENEZUELA IN DER ZERREISSPROBE

Woran der Schlüsselstein der linken Architektur Lateinamerikas zerbricht

Die Auffassung der meisten indigenen Völker, dass sich die Geschichte in spiralförmigen Zyklen immer wiederholt, scheint sich in den vergangenen Wochen ausgerechnet in jenem Land zu bestätigen, das in den letzten 15 Jahren den Schlüsselstein in der Architektur der Transformation auf dem amerikanischen Kontinent gebildet hat. Wie einst Hugo Chávez muss auch der gegenwärtig amtierende Präsident Venezuelas Nicolás Maduro gegen seine Widersacher in den USA, aber auch im eigenen Land kämpfen. Der Ausgang ist ungewiss.

Von Leo Gabriel



Am 23. Jänner erklärte sich Juan Guaidó zum Übergangspräsidenten

Im Unterschied zu Lulas Brasilien und dem Argentinien der Kirchner-Ära musste Hugo Chávez bereits vom ersten Tag seiner Amtsübernahme im Februar 1999 an gegen einen zwar ziemlich inhomogenen, aber dafür umso aggressiveren „historischen Block“ der bürgerlichen Eliten ankämpfen, der bei den Wahlen regelmäßig mit etwa 40 Prozent der abgegebenen Stimmen rechnen konnte. Und als Chávez zwei Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung der Bolivari-schen Revolution den Zugriff auf die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA wagte, wäre er im April 2002 bei einem militärischen Putschversuch beinahe unter die von den USA aus manipulierten Räder gekommen.

Hugo Chávez und die Flucht nach vorn

Seit damals verging kein Jahr, in dem die zerklüftete Opposition nicht den Versuch unternommen hätte, dem allseits beliebten Volkstribun den Garaus zu machen

– entweder durch Wahlen, Hetzkampagnen der Massenmedien oder indem sie die Auslieferung von lebensnotwendigen Gütern, die zum allergrößten Teil importiert werden mussten, einfach boykottierte, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Doch in den 13 Jahren seiner Präsidentschaft gelang es der Opposition in ihrem Kampf um die Macht (mit Ausnahme der 24 Stunden des gescheiterten Putschversuchs 2002) kein einziges Mal, über Chávez die Oberhand zu gewinnen. Im Gegenteil: Je intensiver die Auseinandersetzung, desto mehr trat Chávez die Flucht nach vorn an.

Das war auch auf dem Parkett der internationalen Politik der Fall. Zum Beispiel vereitelte Chávez die Konstituierung der ALCA (*Área de Libre Comercio de las Américas*), das seit Jahren vorbereitete Lieblingsprojekt von George W. Bush (kontinentale Freihandelszone unter der Vorherrschaft der USA) am Río de la Plata, indem er eine groß angelegte Mobilisierung der lateinamerikanischen Zivil-

gesellschaft koordinierte und kurz darauf das von ihm entworfene Gegenprojekt ALBA (*Alianza Bolivariana de las Américas*) aus der Taufe hob. Aber auch andere gegen das Imperium im Norden gerichtete Zusammenschlüsse wie UNASUR (*Unión de Naciones de América del Sur*) sind auf die Initiative von Hugo Chávez zurückzuführen, der sich niemanden geringeren als Simón Bolívar zum Vorbild nahm.

Umso schmerzlicher war es für alle seine MitstreiterInnen im In- und Ausland, sich von ihm im März 2013 verabschieden zu müssen, als ein längeres Krebsleiden seinem Leben ein Ende bereite. Noch zu Lebzeiten bestimmte Chávez den großgewachsenen Gewerkschaftsführer und späteren Außenminister Nicolás Maduro, der ihm Zeit seines Lebens ergeben war, zu seinem Nachfolger. Aber es war auch das Signal für die nach wie vor zerstrittene Opposition, neuen Mut zu fassen und durch teilweise gewalttätige Demonstrationen (die sogenannten *guarimbas*) zu versuchen, Maduro zum Abdanken zu zwingen.

Die Defensive des Nicolás Maduro

Die Opposition sah ihre Stunde gekommen, als die in der MUD (*Mesa de Unidad Democrática*) zusammengeschlossenen Parteien bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 eine satte Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnten – sehr zur Überraschung der von Chávez gegründeten PSUV (*Partido Socialista Unido de Venezuela*), die fest damit gerechnet hatte, weiterhin an den Futtertrögen der Macht zu bleiben. Anstatt jedoch – wie es Hugo Chávez getan hätte – die Bolivarische Revolution zu vertiefen und den verlorenen Boden an der Basis durch gemeinwirtschaftliche Projekte wiederzugewinnen, versteifte sich Maduro auf den Ausverkauf des Erdöls und die Planung einiger Megaprojekte wie das Kraftwerk am rohstoffreichen Orinoco-Delta. Auch die streng gehandhabte Devisenkontrolle, die den Schwarzmarkt in astronomische Höhen trieb, war eher dazu angetan, die Korruption zu fördern und den kapitalistischen Privatunternehmern in die Hände zu spielen, als die in eine Krise geratene Staatswirtschaft zu konsolidieren.

⇒ von Seite 23: VENEZUELA

Allgemein kann gesagt werden, dass es ein schwerer Fehler Maduros war, zu lange zugewartet zu haben, bevor er irgendwelche reformorientierte wirtschaftspolitische Schritte setzte, und dass es dann, als er es tat – wie z.B. durch die Einführung der an den Erdölpreis gebundenen Kryptowährung PETRO im Vorjahr –, meist bereits zu spät war. Das Paradoxe an der Situation war und ist, dass während Venezuelas Regierung durch abrupte monetaristische Entscheidungen immer mehr in das Fahrwasser der neoliberalen Gegner der „Chavisten“ geriet, sich die politische Situation zusehends polarisierte. Denn die Opposition dachte nicht im Geringsten daran, die durch Boykotte und Streikdrohungen der Unternehmerschaft aufgestauten Wogen zu glätten.

Wäre Maduro wirklich jener „sozialistische Diktator“ gewesen, als den ihn die oppositionellen Kräfte im In- und Ausland heute brandmarken, hätte er den strategisch wichtigen Bankensektor verstaatlicht, die Großgrundbesitzer enteignet und den Vertrieb der Importwaren den Militärs überlassen. So aber war und bleibt die Wirtschaft von einer Opposition abhängig, die schon seit Maduros Amtsantritt wenig Interesse an einem ernsthaften Dialog gezeigt hat.

Der lange Arm Washingtons

Ob es die von der katholischen Bischofskonferenz und dem Nuntius vermittelten Verhandlungen im Jahr 2017 waren oder die in der Dominikanischen Republik abgehaltenen Dialogrunden: Sie alle endeten damit, dass sich die Vertreter der Opposition vom Verhandlungstisch erhoben – vermutlich aufgrund von Anweisungen einer „höheren Gewalt“, die ihren Sitz in Washington und großes Interesse an den Erdölreserven Venezuelas hat, den weltweit wahrscheinlich größten. So ist es offensichtlich, dass der erst am 5. Jänner ernannte Parlamentspräsident Juan Guaidó, der sich am 23. Jänner zum Präsidenten ausrief, nur eine Figur auf dem Schachbrett der USA ist.

Aber auch das Gerede von der Demokratie, dem Schutz der Menschenrechte und der „humanitären Hilfe“, das derzeit die Zeilen einer völlig desorientierten Weltspresse (mit wenigen Ausnahmen) füllt, ist ein Scheingefecht, in dessen Schatten bereits militärische Kräfte Auf-



Guaidó rief zu neuen Massenprotesten auf

stellung genommen haben. So hat das *Southern Command* der US-Armee bereits Curaçao (etwa 70 Seemeilen von der venezolanischen Küste entfernt) in Beschlag genommen und Elliott Abrams, der in den Iran-Contra-Skandal verwickelt gewesene Sonderbeauftragte von Präsident Trump, pendelt zwischen Brasilia und Bogotá, um die ordnungsgemäße Aufstellung größerer Truppenkontingente der brasilianischen bzw. kolumbianischen Armee zu überwachen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein US-Präsident von innenpolitischen Schwierigkeiten durch ein relativ spontanes militärisches Abenteuer ablenken würde. Für einen ausgewachsenen Interventionskrieg à la Irak wird es wahrscheinlich nicht ausreichen, da die venezolanische Armee ziemlich schlagkräftig und loyal gegenüber dem amtierenden Präsidenten ist. Dennoch könnten die geplanten Kampfhandlungen immer weitere Kreise ziehen und außer Kontrolle geraten.

Weitreichende Folgen – was tun?

Wenn sich Venezuela heute im Kreuzfeuer einer Auseinandersetzung zwischen dem Norden und dem Süden des amerikanischen Kontinents befindet, hat das weitreichende Auswirkungen auf den gesamten historischen Prozess. Denn Venezuela war mehr als 15 Jahre lang der Schlüsselstein einer Architektur, die darauf ausgerichtet war, nach einer über 500jährigen kolonialen und postkolonialen Herrschaft Spaniens und der USA, ein selbstbestimmtes Leben der unterschiedlichen Gemeinschaften und Nationalitäten zu ermöglichen.

Dabei war sein Reichtum an Bodenschätzen, vor allem Erdöl, das Präsident Chávez im Rahmen des Projekts *Petrocaribe* freigiebig in den Dienst einer gemeinsamen politischen Vision stellte, gleichzeitig auch ein Fluch – ähnlich dem des Goldes, das zu Beginn der Neuzeit wie ein Magnet alle jene Kräfte angezogen hatte, die im Eigennutz und in der Profitgier den Sinn des Lebens sahen. Es ist daher kaum verwunderlich, dass unter einem Präsidenten wie Donald Trump, der *America first* zu seiner obersten politischen Maxime erklärt hat, diese neokoloniale Vorgangsweise wieder zu Uneh-

ren kommt.

Natürlich hat die Demontage Venezuelas in dieser Konjunktur auch schwerwiegende Auswirkungen auf die anderen Länder Lateinamerikas und der Karibik. Nicaraguas Regierung würde dabei ebenso geschwächt wie die Wirtschaft Kubas und Boliviens, was wiederum der rechtsgerichteten Opposition in diesen Ländern Auftrieb gäbe. Am meisten betroffen von dieser geopolitischen Wende ist allerdings die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern selbst, die in der irrigen Annahme, sie könnte durch die neuen Rechtsregierungen à la Bolsonaro oder Macri am Reichtum der Millionäre partizipieren, wie schon so oft in der Geschichte Lateinamerikas in eine Falle läuft.

Doch was tun, ohne die eingangs erwähnten Fehler der Vergangenheit innerhalb der Linken zu wiederholen? Das ist die entscheidende Frage, die sich in dieser Konjunktur fast alle ökosozialen Bewegungen stellen. Und, wie immer wieder in Lateinamerika, findet man die Antwort darauf nicht in Büchern, sondern in den Aktionen der Völker selbst. Um sie möglichst konkret zu beantworten, haben sich die weltweit größten sozialen Bewegungen unter der Ägide der brasilianischen Landlosenbewegung MST (*Movimento Sem Terra*) Ende Februar ausgerechnet in Caracas, Venezuela, in einer so genannten *Asamblea de los Pueblos del Mundo* versammelt, um Strategien für eine weltweite Mobilisierung des Widerstands zu beschließen. Denn, last but not least, geht es nicht darum, welche Partei die meisten Stimmen auf sich vereinigt, sondern wie der weltweite Vormarsch der Rechten gestoppt werden kann. ■

INTERNATIONALE ERKLÄRUNG: FÜR EINE DEMOKRATISCHE LÖSUNG, VOM UND FÜR DAS VENEZOLANISCHE VOLK

Die Eskalation des politischen Konflikts in Venezuela aufhalten. Gegen die imperiale Intervention!

Venezuela befindet sich in einer beispiellosen Krise, die sich in den letzten Jahren allmählich verschärft hat und zu dramatischen Auswirkungen auf alle Aspekte des Lebens der Nation geführt hat. Der Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen und der Ölindustrie, der außergewöhnliche Rückgang des BIP, die Hyperinflation, der schwindelerregende Anstieg der Armut, die Migration von Millionen von Menschen definieren diese Krise. Der politische Konflikt ist gefährlich eskaliert und untergräbt die Rechtsstaatlichkeit, den Rahmen für das soziale Zusammenleben und die Funktionalität der Institutionen. Die Bevölkerung des Landes befindet sich in einem Zustand absoluter Verwundbarkeit.

Die Regierung von Nicolás Maduro ist in Richtung Autoritarismus vorgerückt und hat de facto zahlreiche Formen der Volksbeteiligung unterdrückt, die seit Beginn des bolivariischen Prozesses etabliert worden waren. Sie hat die Repression angesichts zahlreicher Proteste und Zeichen sozialer Unzufriedenheit verschärft, hat die Wahlen als Mechanismus für kollektive Entscheidungen missbraucht, sie hat außerhalb des Verfassungsrahmens regiert und einen ständigen Ausnahmezustand verhängt. Gleichzeitig behilft man sich mit mehr Extraktivismus und begünstigt mit Wirtschaftsreformen transnationale Unternehmen zum Nachteil von Gesellschaft und Natur.

...
Die Selbsternennung des Präsidenten der Nationalversammlung, Juan Guaidó, zum „Interimspräsidenten“ Venezuelas und zum Leiter einer Übergangsregierung am 23. Januar 2019 hat eine neue Eskalation der Krise ausgelöst. Dieser Versuch, einen Parallelstaat zu schaffen, fand schnelle Anerkennung durch die Regierung der Vereinigten Staaten sowie anderer verbündeter Länder wie Kanada, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Peru, Ecuador, Paraguay.

...

Der aggressive Druck der Regierung der Vereinigten Staaten sowie die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen ihr und der venezolanischen Regierung führen zu sehr gefährlichen Situationen.

...

In einer bewaffneten Konfrontation leidet die Zivilbevölkerung am stärksten, vor allem in der gegenwärtigen Situation in Venezuela, wo die Bevölkerung bereits heute im Rahmen von territorialen Konflikten unter enormer Unsicherheit und Gewalt leidet.

In diesem Sinne sagen die Unterzeichneten:

* Wir lehnen den Autoritarismus der Regierung Maduro ab.

* Wir lehnen auch die Repression der Regierung angesichts der zunehmenden Proteste im ganzen Land ab, unter anderem für bessere Ernährung, Verkehr, Gesundheit, politische Partizipation, öffentliche Dienstleistungen, existenzsichernde Löhne. Das venezolanische Volk, das unter der enormen Unsicherheit und Unterdrückung leidet, hat das Recht zu protestieren, ohne dafür kriminalisiert zu werden.

* Wir lehnen die Selbstverkündung von Juan Guaidó und die Schaffung eines Parallelstaates im Land ab, der nur größere Konflikte mit sich bringt und die wichtigsten nicht löst.

* Wir lehnen jede antidemokratische politische Abkürzung ab, die nicht zu einer vom Volk beschlossenen friedlichen Lösung beiträgt.

* Wir lehnen den US-amerikanischen Interventionismus sowie jede andere Form der ausländischen Einmischung ab. Venezuela darf nicht zu einem internationalen Schlachtfeld werden. Es ist das venezolanische Volk, das über sein Schicksal entscheiden muss.

* Wir fordern nachdrücklich, dass die politischen Akteure und sozialen Organisationen ihre Kräfte bündeln, um die Eskalation des politischen Konflikts in Venezuela zu stoppen.

* Wir fordern die Förderung von Dialogszenarien und die Suche nach Lösun-

gen, in denen das venezolanische Volk demokratisch und von unten über sein Schicksal entscheiden kann, um die Demokratisierungsprozesse, die die Bolivari-sche Revolution in ihren Anfängen aufgebaut hatte, wieder aufzunehmen.

* Wir fordern eine Lösung auf Basis der Grundsätze der Verfassung der Republik. Es ist von grundlegender Bedeutung, die sozialen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen wieder zu erschaffen, um die Verständigung zu ermöglichen.

* Wir unterstützen die von Venezuela formulierten Vorschläge für Verhandlungslösungen, entweder durch Vermittlung der Regierungen von Uruguay und Mexiko oder durch die Durchführung eines verbindlichen konsultativen Referendums, damit die venezolanische Bevölkerung über die Einberufung von Wahlen aller staatlichen Gewalten entscheiden kann.

* Wir laden die nationalen politischen Akteure ein, Kanäle für einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu fördern, die das venezolanische Volk erstickt. Diese Kanäle sollten dazu beitragen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und das Wiederaufleben einer Wirtschaft zu fördern, die die Entfaltung des Lebens und das soziale Wohlergehen ermöglicht.

* Der Weg aus der tiefen Krise, die die venezolanische Gesellschaft durchlebt, muss friedlich und verfassungsmäßig sein und dem venezolanischen Volk die Souveränität zurückgeben.

Sonntag, 27. Januar 2019

Es folgt eine Liste von 407 Erstunterzeichnern und -unterzeichnerinnen

Eine ähnlich lautende Erklärung wurde auch von der *Plataforma Ciudadana en Defensa de la Constitución* herausgegeben, die vor etwa zwei Jahren von einigen namhaften venezolanischen Intellektuellen gegründet wurde, darunter der ehemalige Botschafter Venezuelas in Wien und spätere Außenhandelsminister Gustavo Márquez, der Soziologe Edgardo Lander und der ehemaligen Wirtschaftsministerin Oly Millán. Ihre Mitglieder sind auch unter dem Namen *Chavistas críticos* bekannt. ■

„BEWEGUNG ZUM SOZIALISMUS?“

Betrachtungen zum 60. Jahrestags der Revolution, zur neuen Verfassung – und ein Interview mit José Luis Rodríguez

von Robert Lessmann

Havanna, Dezember 2018. Für den alten Sozialisten ist alles klar: „Hier herrscht Anarchie!“, sagt er: „Die Polizei ist korrupt und die Institutionen funktionieren nicht mehr. Eine kleine Gruppe ganz oben verabschiedet Dekrete, wie es ihr gefällt. Die Reparaturwerkstatt gegenüber kann staatlich sein, doch der Mechaniker arbeitet auf eigene Rechnung. Und wenn sich Nachbarn darüber beschweren, interessiert das die Behörden nicht.“ Korruption sei Teil des Systems. Das Restaurant, in dem wir sitzen, gehöre wahrscheinlich einem Typen aus Miami, mit dem Sohn eines Funktionärs als lokalem Strohmann. Ganz allein ist unser Gegenüber mit dieser Auffassung keineswegs. Doch es erstaunt zumindest die Lautstärke, mit der er sie in aller Öffentlichkeit kundtut.

Lassen wir Zahlen und Fakten sprechen! Doch ob die Zahlen wirklich stimmen, die wir bekommen, wissen nur die Quellen. Und ob die die Realität richtig und komplett erfassen, in einem Land wie Kuba, ist auch die Frage.

Einer, der es am besten weiß, es viele Jahre lang wissen musste, sitzt nun vor mir. Zum Interview in den Räumen des Forschungszentrums für internationale Wirtschaft (CIEM) im Botschaftsviertel Miramar von Havanna kommt er in Jeans und einfachen Adidas-Turnschuhen. José Luis Rodríguez (JLR) war viele Jahre lang Vizedirektor des CIEM und ist heute dessen Berater. Vor allem aber war er von August 1993 bis Mai 1995 der erste Finanzminister Kubas und anschließend bis 2009 Wirtschaftsminister und Vizepräsident des Ministerrats hinter Fidel Castro.

Im Oktober 1993 hatte er unserer Delegation bei einem Abendessen den geplanten Fortgang der Wirtschaftsreformen auf einer Serviette skizziert. „Wie die Zeit vergeht...“, erinnert er sich mit einer Geste, als blicke er in ein früheres Leben oder in graue Vorzeit zurück. Unzweifelhaft ein Mann, der aus der Wissenschaft kommt (und der er treu geblieben ist: heute ist er unter anderem Berater der CEPAL), be-

antwortet er die Fragen nüchtern – um nicht zu sagen trocken – und mit einem wahren Stakkato an Zahlen.

Aber er ist immer auch ein Stück weit bemüht zu erklären, warum man nicht so weit gekommen ist, wie man es sich vorgenommen hatte und gewünscht hätte. Es gibt ein Bonmot in Kuba: Frage: „Was sind die drei wichtigsten Errungenschaften der Revolution?“ Antwort: „Bildung, Gesundheit, Sport“. Frage: „Und die drei größten Probleme?“ Antwort: „Frühstück, Mittagessen, Abendessen“.



Fotos: Robert Lessmann

Die Frage nach den Leistungen und Defiziten am Vorabend des 60. Jahrestags der Revolution beantwortet JLR sehr ernsthaft und wortreich, aber im Grunde genau so. Ein neues, gerechteres Gesellschaftsmodell habe man aufgebaut und ein neues Staatssystem. Vieles an Infrastruktur habe man geschaffen. Als wichtigste Errungenschaft nennt er, ganz Ökonom, das Humankapital. Wirtschaftlich habe es Fortschritte gegeben und Rückschläge. Alles natürlich immer mit Unterstützung der Sowjetunion und des Ostblocks. Als kleine Insel sei man ja immer vom Außenhandel abhängig und habe sich nach der Revolution komplett umorientieren müssen, weg vom alles dominierenden großen Nachbarn USA, der Kuba schnell mit einer Wirtschaftsblockade bestrafte, die das Land bis heute jährlich zwei bis drei Milliarden USD an Einbußen koste: „Unsere

Wachstumsraten wären entschieden besser, gäbe es die Blockade durch die USA nicht“.

Doch JLR nennt immer wieder auch hausgemachte Defizite, ohne dabei allerdings wirklich in die Tiefe zu gehen. „Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks ist dann ab 1989 wiederum unser gesamter Außenhandel weggebrochen und wir hatten äußerst schwierige Jahre zu überstehen“. Selbst die Ernährungslage war dramatisch. Kuba reagierte mit der Einladung von Auslandskapital in ausgewählten Schlüsselsektoren wie Tourismus und bei Rohstoffen, mit der vorsichtigen Zulassung von Einmannbetrieben „auf eigene Rechnung“, von Privatrestaurants und Privatunterkünften, von freien Bauernmärkten, Kooperativen und schließlich auch Kleinbauern in der Landwirtschaft.

Devisenhunger

„Unsere Deviseneinnahmen waren bis unter ein unerlässliches Minimum von zwei Milliarden Dollar abgestürzt.“ Als Reaktion darauf wurde 1994 der US-Dollar als Zahlungsmittel zugelassen und später durch eine an den Dollar gekoppelte Parallelwährung (CUC) ersetzt; gleichzeitig erhöhte man die zulässigen Familienüberweisungen aus dem Ausland. Seitdem wird über die Rückkehr zu einer einheitlichen Währung diskutiert, denn damit taten sich im egalitären Kuba Abgründe auf und eine zunehmende Schere zwischen Menschen mit und ohne Zugang zu Devisen. Ärzte arbeiten als Taxifahrer, Universitätsprofessoren machen Tischmusik in Touristenrestaurants. Das wieder zu ändern, ist für JLR eine der wichtigsten Herausforderungen: „Wir müssen unser Humankapital nutzen“. Das tut Kuba bereits durch den Export von Ärzten, deren Abgaben nach den Familienüberweisungen (geschätzte zwei bis vier Milliarden USD/Jahr) und vor dem Tourismus und den Rohstoffexporten heute wohl den wichtigsten Devisenbringer darstellen. Die Entwicklung in Brasilien hat hier einen herben Rückschlag mit sich gebracht.

„Trotz allem haben wir unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht schlecht abgeschnitten“, betont JLR. Man habe fast immer positive Wachstumsraten gehabt, manchmal mit einer Null vor dem Komma, aber positiv und im langjährigen

Durchschnitt nicht schlechter als im Rest Lateinamerikas. Doch sei man – nicht zuletzt durch die Politik der USA – von Krediten weitgehend abgeschnitten und müsse, um überhaupt eine Chance auf frisches Geld zu wahren, viel Energie auf die Bedienung des Schuldendienstes für bestehende Schulden verwenden – zu Lasten notwendiger Investitionen. „Wir bräuchten jährlich zwei Milliarden an Krediten oder Auslandsinvestitionen“, schätzt JLR und beschreibt Teufelskreise: „Wenn wir investieren wollen, können wir das nicht auf Kosten des Konsums tun, denn die Menschen leiden ohnehin stark unter der Krise“.



Kreuzfahrttourismus nach Havanna blüht trotz Trump

Auch in der Landwirtschaft seien die Möglichkeiten begrenzt, denn im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Annahme sei nur der geringere Teil der Böden wirklich gut, vielleicht ein Drittel: „Als Insel haben wir keine großen Flusssysteme und in den Tropen ist eine bedeutsame Produktivitätssteigerung nur durch kostspielige Inputs zu erreichen: Bewässerung, Dünger, Schädlingsbekämpfung“. Andere kubanische Beobachter bezeichnen es heute freilich als schmerzhaft und als „Schande“, dass ein Land wie Kuba, das immer von der Landwirtschaft gelebt hat, heute 80 Prozent seiner Nahrungsmittel importiert und als einstige „Zuckerinsel“ Zucker aus Frankreich bezieht, während die Eigenproduktion von früheren Rekorden von bis zu acht Millionen Tonnen auf heute gerade einmal zwei Millionen gesunken ist.

Zu den wichtigsten Herausforderungen sagt JLR: „Die Reallöhne müssen hinauf, um die Migration zu stoppen. Wir erleben einen Bevölkerungsrückgang in Kuba und wir haben drei Arten von Migration. Die vom Osten in den reicheren Westen der Insel, nach Havanna, die gab es immer. Die junge Generation drängt ins Ausland. Und alle wollen von den produktiven Sek-

toren weg in den Servicebereich und jenen, wo sie an Devisen kommen.“ Das gelte im Übrigen sogar für die Ministerialbürokratie, wo Fachkräfte lieber in ein Joint Venture wechseln. Gefragt nach Irrtümern, Fehlern und Versäumnissen sagt JLR: „Da gab es einige“. Insbesondere Eingriffe in die Preisgestaltung hätten sich immer wieder als nutzlos bis kontraproduktiv erwiesen. Daneben gelte es, endlich ein Bankensystem aufzubauen. Das derzeitige sei schwach bis inexistent. Für Auslandskapital könne man an einen gemeinsamen Investitionsfonds denken.

Untergrundkapitalismus

In Kubas Städten sieht man im Vergleich zu früheren Jahren einen Boom von Geschäften und Kleinbetrieben. Anders als damals, wo Waren schmucklos aus dem Wohnzimmerfenster heraus verkauft wurden, handelt es sich heute um Läden mit Auslagen, Vitrinen und farbigen Werbeschildern. Auch JLR bestätigt, dass „viel Geld auf den Straßen zirkuliert“. Aber auch viel besser ausgestattete staatliche Kaufhäuser sieht man, wie etwa die Shopping Mall Carlos III auf der Avenida Salvador Allende im Herzen Havannas. Doch die ganz überwiegende Mehrheit dieser Geschäfte ist privat – und teilweise traut man seinen Augen nicht: Da findet man mit einem blauen Anker als „Privatunterkunft“ gekennzeichnete, mehrstöckige, vollwertige Hotels mit verglaster Eingangsfront und großer Rezeption und man fragt sich, woher das Kapital dafür stammt, wer solches genehmigt und woher man die Baumaterialien dafür bezogen hat, die doch aller Orten knapp sind. Kritische Geister sehen hier Auslandskubaner, Ausländer mit kubanischem/r Ehepartner/in und nicht zuletzt Angehörige von Funktionären als Protagonisten.

Ein Limit für Familienüberweisungen gibt es nicht mehr. BesucherInnen bringen Devisen mit. Reiseerleichterungen werden vielfach dazu genutzt, im Ausland harte Währung zu verdienen. Und auch der (Klein-)Schmuggel scheint zu blühen. Auf meine Nachfrage hin sieht auch JLR die Gefahr der Entstehung eines Untergrund- oder Grauzonenkapitalismus. Für ihn ein weiterer Teufelskreis: Die Wirtschaft sei eben auf diese Devisenzufuhr angewiesen.

Hierzu gibt es in der Tat auch eine Verfassungsdebatte: Man wolle es im Ausland lebenden Kubanern ermöglichen, mit ihrem Kapital zurückzukehren – ohne aber die soziale Gleichheit zu gefährden. „Die Frage ist, bis zu welcher Größenordnung man unter welchen Bedingungen welche Investitionen erlauben soll“, sagt Jourdy James Heredia, Vizedirektorin des CIEM. Eine Diskussion mit offenem Ausgang, die womöglich anderthalb bis zwei Jahrzehnte zu spät kommt. Und unsere beiden CIEM-Gesprächspartner sprechen heute interessanterweise mit unterschiedlicher Deutlichkeit von einer „Bewegung zum Sozialismus“, nicht von seiner Bewahrung oder Verteidigung.

Inwieweit dies schon offizielle Sprachregelung ist, wird man sehen. In der Debatte um den Entwurf einer neuen Verfassung, die am 24. Februar per Volksabstimmung verabschiedet worden ist¹, wurde das Staatsziel „Kommunismus“ zunächst gestrichen, dann wieder aufgenommen. Kuba sei „souverän, wohlhabend und sozialistisch“ heißt es in der Präambel. Die KP bleibt nach Artikel 5 oberste Führungskraft in Staat und Gesellschaft. Erstmals soll daneben ein Recht auf Privateigentum verankert werden. Staatsämter sollen zeitlich limitiert werden. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist dagegen aus dem Verfassungsentwurf wieder verschwunden und soll in zwei Jahren Gegenstand eines Referendums sein. Gut die Hälfte der Debattenzeit habe man für das Thema gleichgeschlechtliche Ehe verwenden müssen, sagt der Ökonom JLR mit einem gewissen Bedauern, sieht er doch brennendere Themen. Aber die Gesellschaft sei offenbar noch nicht so weit, sei noch immer stark katholisch geprägt. Daher wurde diese Frage in den Debatten um die neue Verfassung von der Basis immer wieder angesprochen.

JLR rechnet jedenfalls mit drei bis vier schweren Jahren: „Von einer Aufhebung oder Milderung der Blockade sind wir weit entfernt. Und die Entwicklungen in Brasilien und Venezuela verheißen nichts Gutes“. Schließlich ist Kuba noch immer stark von venezolanischen Öllieferungen abhängig. „Und ständig wiederkehrende Naturkatastrophen bringen immer wieder hohe Zusatzkosten.“ Wachstumsraten in der Größenordnung von fünf Prozent rücken da in weite Ferne. ■

¹ Bei einer Wahlbeteiligung von 84,1% stimmten 86,86% mit JA, was 73,3% aller Wahlberechtigten entspricht.

DIE ZAPATISTAS NACH 25 JAHREN: VOR EINER WIDERSTÄNDIGEN ZUKUNFT

Mexikos neuer Präsident Andrés Manuel López Obrador hat in seinen ersten Amtswochen durch glaubwürdige Aktionen gegen die ausufernde Korruption viel Sympathie gewonnen und gleichzeitig Signale an das nationale und internationale Kapital ausgesandt, dass Investitionen in Mexiko sicher und erwünscht seien. Sind also alle glücklich mit dem sozialdemokratischen Staatschef? Nein: Die Zapatisten in Chiapas fürchten um ihre autonomen Gemeinden.

Von Raina Zimmering

100.000 ha Land, das den Bauern ursprünglich von Großgrundbesitzern abgenommen wurde, und verteilte es an tausende Familien. Die Zapatisten gründeten autonome Kommunen mit eigenen Regeln, die durch Selbstorganisation, Kollektivität, Ablehnung von Herrschaft, Gender-Gerechtigkeit, die Bevorzugung friedlicher Kampfmethoden, ein harmonisches Naturverständnis entsprechend der Kosmologie von der Mutter Erde, durch Anerkennung von Diversität, kollektivem Eigentum und kollektiver Verteilung charakterisiert sind. Dabei streben sie ausdrücklich nicht nach der politischen Macht im Staat. Mit dem zapatistischen Aufstand bildete sich eine neue Widerstandskultur heraus, die sich zwischen Guerilla und sozialer Bewegung positioniert.

Veränderte Rahmenbedingungen mit López Obrador

Bei der Errichtung eines alternativen autonomen Raumes profitierten die Zapatisten von der Diskreditierung der mexikanischen Regierung durch die extrem hohe Anzahl von Toten im „Krieg gegen die Drogen“ und dem Ausmaß von Straßensigigkeit und Korruption. Weiters kam ihnen entgegen, dass der mexikanische Nationalstaat durch die Bildung von Enklaven durch das organisierte Verbrechen und transnationale Unternehmen territorial fragmentiert ist, was seine Funktionsfähigkeit erheblich einschränkt.

Beides soll sich unter der Regierung von López Obrador in der sogenannten „Vierten Transformation“ verändern. Der seit dem 18.12.2018 regierende López Obrador von der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei der Nationalen Erneuerung MORENA strebt die Wiederbelebung des Nationalstaates an und verspricht soziale Gerechtigkeit. ■

Die Autorin ist Senior Research Fellow am Institut für Internationale Politik in Potsdam.

¹ Subcomandante Insurgente Moisés an die Zapatistas zum 25. Jahrestag chiapas.eu/news.php?id=10122

² Ebenda.

³ <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/>

⁴ Hildebrand, Knut: Kritik am Maya-Zug, npla.de/poonaal/kritik-am-maya-zug/

Für uns zapatistische Völker ist die Stunde gekommen und wir sehen, dass wir allein sind¹, sagte Subcomandante Moisés, der Sprecher und militärische Oberkommandierende der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN), anlässlich der Feier zum 25. Jahrestag des Aufstandes in Chiapas. Er bedauerte, dass die mexikanische Bevölkerung den Zapatisten auf ihrem Weg der Selbstorganisation und Basisdemokratie nicht folge, sondern den großen Infrastrukturprojekten von López Obrador und der militärischen Aufrüstung zustimme. Die Zapatisten schätzen ihre Situation als äußerst gefährdet ein. Sie erwarten von der neuen Regierung einen Angriff auf ihr Territorium: „Wir werden verteidigen, was wir erschaffen haben, und wir zeigen es den Menschen von Mexiko und der Welt“². Um die Bereitschaft zur Verteidigung ihres Territoriums sichtbar zu machen, marschierte am 31.12.2018 die 21. zapatistische Infanteriedivision auf dem Versammlungsplatz der Ortschaft La Realidad auf.³ 25 Jahre davor hatte die EZLN sieben Städte im südöstlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas besetzt.

López Obrador sucht Investoren für einen transisthmischen Korridor von Tehuantepec und den Bau eines Maya-Zuges zur touristischen Erschließung des Landes mit einem 1.525 Kilometer langen Schienennetz. Siemens hat am Maya-Zug-Projekt als weltweit zweitgrößter Produzent von Zügen bereits großes Interesse bekundet. Die Infrastrukturprojekte würden sensible Ökogegebiete zerstören und indigene Lebensräume im Zapatisten-Gebiet bedrohen. López Obrador argumentiert mit dem Versprechen von Wohlstand und Entwicklung für das mexikanische Volk und ließ das Volk befragen. Für das Maya-Zug-Projekt stimmten z.B. 90 Prozent der Befragten.⁴



Solidarität mit den zapatistischen Gemeinden!

Bis jetzt haben die Zapatisten bewiesen, dass „eine andere Welt möglich“ ist. Sie sind nicht nur Protest- und Widerstandsbewegung, sondern haben es wirklich fertig gebracht, einen eigenen Raum mit einer alternativen gesellschaftlicher Organisation in einem Land aufzubauen, das kapitalistisch organisiert, von den USA extrem abhängig und von der Drogenmafia und dem organisierten Verbrechen durchdrungen ist. Die Zapatisten haben sich 25 Jahre in Auseinandersetzung mit einem Krieg niederer Intensität und einer Counterinsurency-Strategie der Regierung halten und ihre alternative Gesellschaft mit beachtlichen Erfolgen im Gesundheits-, Erziehungs- und im Versorgungsbereich aufbauen können.

Zur zapatistischen Bewegung

Am 1.1.1994 erhob sich die überwiegend aus Indigenen und einigen linken revolutionären Intellektuellen bestehende „Nationale Zapatistische Befreiungsarmee“ – EZLN mit dem Ruf „¡Ya basta!“ und der Forderung nach „Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit“ gegen die neokoloniale und neoliberale Politik der mexikanischen Regierung. Sie besetzte

PRÄSIDENT OHNE PROGRAMM

Die Wahlschlappe bei den Präsidentschaftswahlen bringt für die Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) einen Neuanfang, der durch den Rücktritt der gesamten Führungsriege ermöglicht wird. Wohin die Reise geht, ist ungewiss. Auch zum zukünftigen Präsidenten muss man eine neue Beziehung finden.

Von Ralf Leonhard

Am 3. Februar erlitt die FMLN die härteste Niederlage ihrer Geschichte als politische Partei. Ihr Kandidat Hugo Martínez belegte bei den Präsidentschaftswahlen mit knapp über 14 Prozent der gültigen Stimmen den blamablen dritten Platz. Dass Carlos Calleja von der rechtsextremen ARENA mit 31 Prozent ebenso unterlag, war ein geringer Trost. Es triumphierte Nayib Bukele, der 37jährige Sohn palästinensischer Einwanderer, den die FMLN im Vorjahr als zu eigenwillig aus der Partei verstoßen hatte. Der ehemalige Bürgermeister (2015-2018) der Hauptstadt San Salvador wird nicht nur der erste Staatschef der jüngeren Geschichte sein, der weder der rechtsextremen Oligarchenpartei ARENA noch der Partei der ehemaligen Guerilla FMLN angehört. Er ist auch der erste nach dem Friedensabkommen von 1992, der ohne Stichwahl ins höchste Amt befördert wird.

Geschafft hat er das praktisch ohne Programm. Es reichte, sich von den großen Parteien abzugrenzen und deren Korruption anzuprangern. Fernsehdebatten war er genauso ausgewichen wie Wahlkampfauftritten in der Provinz. Vielmehr konzentrierte er sich auf die sozialen Medien, die seine einfachen Botschaften bis in die hintersten Winkel des Landes verbreiteten: politischer Wandel und Kampf der Korruption. Das Thema zieht, denn die drei letzten Präsidenten wurden allesamt der Korruption angeklagt: Tony Saca sitzt seit 2018 hinter Gittern, Francisco Flores starb vor der Verurteilung und Mauricio Funes floh ins Exil nach Nicaragua. Und auch dem noch amtierenden ehemaligen Guerillakommandanten Salvador Sánchez Cerén wird vorgeworfen, er lasse sich sein Gehalt auffetten.

Kritik gab es aber nicht nur an Finanzbedarf und Lebensstil der Parteiführung, die drei Tage nach den Wahlen kollektiv



zurücktrat. Fidel Fuentes, FMLN-Bürgermeister der Stadt San Marcos, wenige Kilometer östlich von San Salvador, sprach in einem Interview mit der online-Zeitung *El Faro* Klartext: „Es heißt, wir wären gegen die neoliberale Doktrin, doch in der Praxis waren wir neoliberaler als ARENA. Wir haben früher Funktionäre der Rechten für ihre Fehler kritisiert und dann die gleichen Fehler begangen, sogar noch schlimmere. Das muss sich von Grund auf ändern“. Zuvorderst dürfe man nicht erlauben, dass die abgetretenen Anführer jetzt Angehörige oder politische Ziehsohne und -töchter in den Machtpositionen installieren. Auf die Partei komme eine schwierige Zeit als Opposition zu. Fuentes rät seinen Kollegen zu einer kritischen, aber konstruktiven Zusammenarbeit mit dem künftigen Präsidenten.

Anders als die FMLN-Chefs hält Nayib Bukele Daniel Ortega im benachbarten Nicaragua für einen Tyrannen und Nicolás Maduro in Venezuela für einen Diktator. Viele Medien und auch die Wortführer der FMLN stellen ihn daher ins rechte Eck, zumal er auch für die Rechtspartei GANA ins Rennen ging. GANA hat ihm die Kandidatur ermöglicht, da seine eigene Partei *Nuevas Ideas* – dank Verschleppung durch die Wahlbehörden – nicht zeitgerecht registriert wurde. Aber das von der FMLN durchgesetzte Verbot metallischen Bergbaus, eine der wesentlichen Errungenschaften der abtretenden Regierung, trägt er mit. Die Privatisierung der Wasserversorgung, ein Lieblingsprojekt von ARENA, lehnt er ab. Obwohl er in seinem Umgang mit den sozialen Medien eher an Donald Trump erinnert, nennt er selbst als politi-

sches Vorbild den neuen Präsidenten Mexikos Andrés Manuel López Obrador, einen lupenreinen Linken.

Auch bei ARENA hat die Wahlschlappe Spuren hinterlassen, die zum Rücktritt des Parteivorstandes führten. Während der Vorwahlen war ein Flügelkampf ausgebrochen, bei dem sich Carlos Calleja, der Erbe der Supermarktkette *Super Selectos*, gegen Javier Simán, den Erben der Warenhaus-

kette *Siman*, durchsetzte. Letztere Fraktion wirft der anderen vor, sie habe ein „feudales“ Verständnis von Politik, während sie selbst auf Rechtsstaatlichkeit setze. Daneben hat sich eine Gruppe jüngerer Parteifunktionäre konstituiert, die eine grundsätzliche Erneuerung einfordert. „Wir müssen es schaffen, den neuen Parteivorstand demokratisch, ohne manipulierte Wählerlisten, ohne Übergangsverhandlungen, ohne Dinosaurier und Opportunisten zu bestimmen“, schrieb die Abgeordnete Felissa Cristales in einem Tweet am 4. Februar.

Mit den „Dinosauriern“ ist wohl die Gruppe um den 71jährigen Ex-Präsidenten Alfredo Cristiani (1989-1994) gemeint, die immer noch die Zügel in der Hand hält. Sie hat alle Reformkräfte, die den antikommunistischen Diskurs der 1980er Jahre hinter sich lassen wollen, erfolgreich vertrieben. Leute wie Felissa Cristales geben sich jetzt nicht mehr mit kosmetischen Veränderungen zufrieden, etwa dem Entsorgen des martialischen Parteimarsches, in dem noch immer gesungen wird: „Freiheit wird mit Blut geschrieben“ und „El Salvador wird das Grab sein, in dem die Roten enden“. Sogar die Forderung wird laut, man möge nicht länger ausschließlich die Partei der Millionäre sein, sondern sich auch für die Arbeiterklasse öffnen und Umweltauflagen nicht länger als profitminimierendes Ärgernis betrachten.

So deutet einiges darauf hin, dass Bukele, wenn er am 1. Juni vereidigt wird, nicht gleich von einer Fundamentalopposition blockiert wird. Man darf gespannt sein, wen er in sein Kabinett holen und ob er sein Zeitfenster zu nützen wissen wird. ■

TODESSTOSS FÜR GUATEMALAS DEMOKRATIE?

Guatemalas Kongress ist im Begriff, das im Gesetz über Nationale Versöhnung formulierte Verbot einer Amnestie für jene, die im Bürgerkrieg schwerwiegende Verbrechen verübt haben, aufzuheben. Die Offensive von Präsident Jimmy Morales und rechten Abgeordneten gegen Demokratie und Rechtsstaat, die zunächst der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit CICIG gegolten hatte, erreicht damit einen neuen alarmierenden Tiefpunkt.

Von Hermann Klosius

Die geplante Gesetzesreform würde das Ende aller Verfahren wegen im Bürgerkrieg begangener Verbrechen wie Genozid, Folter und Verbrechen gegen die Menschheit bedeuten sowie die sofortige Freilassung aller 33 bisher für solche Verbrechen verurteilten Militärs und von weiteren 14 Angeklagten. Auch wäre damit jede weitere Untersuchung und Strafverfolgung von in den 36 Jahren des Bürgerkriegs verübten schweren Menschenrechtsverbrechen untersagt.

Dieses Amnestiegesetz widerspricht internationalen Konventionen, die Amnestien oder andere Maßnahmen, durch die Kriegsverbrecher straflos blieben, verbieten. Sollte es beschlossen werden, würde das nicht nur Jahrzehnte von Bemühungen um Gerechtigkeit für die Opfer des bewaffneten Konflikts zunichte machen, es wäre auch die Rückkehr zu völliger Straflosigkeit, wie sie Guatemalas mächtige vom Militär gestützte Netzwerke der Korruption immer angestrebt haben.

Für viele Jahre nach dem Ende des Konflikts und der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 herrschte Straflosigkeit. In den letzten zehn Jahren hat Guatemala jedoch eindrucksvolle Erfolge dabei erzielt, Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Bisher wurden 33 Offiziere und Paramilitärs für verschiedene Verletzungen der Menschenrechte verurteilt, darunter Verschwindenlassen, Massaker, Folter, sexuelle Gewalt und sexuelle Versklavung. Wegen eines 1988 verübten Massakers wurde auch ein Guerillaführer verurteilt.

Verurteilt wurden auch mächtige Figuren wie der frühere Generalstabschef Benedicto Lucas García, der Architekt von Guatemalas blutiger Strategie der Aufstandsbekämpfung. Der Vergewaltigung der politischen Aktivistin Emma Molina Theissen und des gewaltsamen Verschwindenlassens ihres 14-jährigen Bruders schuldig befunden, wurde er im Mai 2018 zu 58 Jahren Gefängnis verurteilt.

Guatemalas Kongress droht nun all diese Fortschritte rückgängig zu machen. Mitte Jänner gaben die Abgeordneten den Weg zur Abstimmung über einen Gesetzesvorschlag frei, durch dessen Beschluss alle bereits Verurteilten sowie derzeit wegen Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkrieg Angeklagten innerhalb von 24 Stunden die Freiheit erhalten würden und jede weitere Strafverfolgung für solche Verbrechen unterbunden würde.

Der Beschluss des Amnestiegesetzes hätte schwerwiegende Folgen. Er würde das laut Umfragen bereits geringe Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen weiter schwinden lassen und die Opfer neuerlich traumatisieren. Wie jüngst Michelle Bachelet, die Chefin der UN-Menschenrechtskommission, erklärte, müssten all jene Anwälte, RichterInnen und Familien, die sich jahrelang dafür eingesetzt haben, die TäterInnen zur Rechenschaft zu ziehen, Vergeltung befürchten.

Anlass zur Sorge gibt der Umstand, dass diese Kampagne, Kriegsverbrechern zur Freiheit zu verhelfen, Teil eines breiteren Vorstoßes der Eliten ist, ihre Privilegien und Machtpositionen abzusichern, der auch zur einseitigen Aufkündigung des Mandats der CICIG geführt hat. An der Spitze dieses Angriffs auf den Rechtsstaat steht Präsident Jimmy Morales, der 2015 mit seinem Slogan, er sei „weder korrupt noch ein Dieb“ gewählt wurde, nachdem eine breite Protestbewegung gegen Korruption seinen Vorgänger Otto Pérez Molina gestürzt hatte. Als jedoch die CICIG in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft gegen Morales und seine Partei, die FCN, Untersuchungen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung einleitete, schlug dieser massiv zurück.

Im August 2018 kündigte er an, das im September 2019 auslaufende Mandat der Kommission nicht zu verlängern, und verwehrte deren Chef Iván Velásquez die Rückkehr nach Guatemala. Im Jänner schließlich erklärte er einseitig das Mandat der CICIG für beendet, deren Mitglieder seither vom Ausland aus arbeiten müssen. Wiederholt ignorierte der Präsident Anordnungen des Verfassungsgerichts, die Kommission bis zum Ende ihres Mandats im September arbeiten zu lassen, und brachte Guatemala dadurch an den Rand einer Verfassungskrise.

Auch wenn sein Bruder und sein Sohn wegen Geldwäsche und Betrug angeklagt sind, handelt es sich bei der Kampagne gegen die CICIG um mehr als eine persönliche Racheaktion des Präsidenten. Dahinter stehen jene mit der alten militäri-



Protest von Witwen der CONAVIGUA vor dem Kongress

schen Garde verknüpften extrem korrupten Strukturen, zu deren Bekämpfung die CICIG ursprünglich geschaffen wurde, und die von einem Beschluss des Amnestiegesetzes profitieren würden. Es war ein Bündnis zwischen mächtigen Ex-Militärs, unternehmerischen Eliten und Evangelikalen, das Morales zur Präsidentschaft verholfen hat. Sie sind es auch, von denen die Kampagne gegen CICIG und demokratische Schlüsselinstitutionen wie die Generalstaatsanwaltschaft und das Verfassungsgericht ausgegangen ist, als sie selbst zum Ziel von Untersuchungen wurden.

Noch ist der Machtkampf nicht entschieden, doch die jederzeit mögliche Verabschiedung des Amnestiegesetzes wäre das Signal, das den Rückfall Guatemalas in finstere autoritäre Zeiten ankündigt. ■

Quelle: „Guatemala Must Not Grant Amnesty To War Criminals“ von Jo-Marie Burt, erschienen am 11.2.2019 auf www.npr.org

FRIEDENSIALOG MIT ELN-GUERILLA AM ENDE

Nach einem Bombenanschlag mit mehr als 20 toten PolizeischülerInnen im Jänner 2019 verkündete Kolumbiens Präsident Iván Duque den Abbruch der Friedensgespräche mit der ELN-Guerilla. Er forderte die Auslieferung der Verhandlungsdelegation der ELN aus Kuba und setzte hohe Kopfgelder auf die Ergreifung ihrer KommandantInnen aus.

Von Kristofer Lengert

Besonderen Willen zum Dialog mit der Guerilla hatte Präsident Iván Duque nie gezeigt. Die Friedensgespräche mit der ELN lagen seit seinem Amtsantritt im August 2018 auf Eis. Sie waren noch von der Vorgängerregierung Santos angebahnt worden und waren stets im Schatten der Verhandlungen zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC gestanden. Erst ein Jahr nach dem Friedensabkommen mit der größten Guerillaorganisation des Landes wurden im Februar 2017 in Ecuador auch mit der kleineren ELN offizielle Friedensverhandlungen gestartet und im Mai 2018 nach Kuba verlegt.

Duque hatte die Fortführung des Dialogs an für die ELN unannehmbare Bedingungen geknüpft: Sie sollte ihre illegalen Aktivitäten vollständig einstellen und ihre KämpferInnen in vorher definierten Zonen sammeln. Die *comandantes* wollten hingegen über Landumverteilung reden, über Entschädigung für KleinbäuerInnen und gesellschaftliche Transformation, Duque maximal über die Entwaffnung und Eingliederung ihrer KämpferInnen ins zivile Leben.

Dass die Umsetzung der Friedensvereinbarungen mit den FARC ins Stocken geriet, untergrub das Vertrauen der ELN in die Garantien des kolumbianischen Staates zusätzlich. Nach wie vor operieren nicht nur die ELN und Dissidenten aus den Reihen der FARC, sondern auch Drogenbanden und paramilitärische Todesschwadronen im Land. Wer sich politisch betätigt, ist bedroht: Auftragsmorde an AktivistInnen der sozialen Organisationen, der politischen Linken, von Menschenrechts- und Umweltgruppen sowie VertreterInnen der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden sind an der Tagesordnung. Die

staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte sprach von 431 gezielten Morden an AktivistInnen seit 2016, davon allein 172 im Jahr 2018.

Auch die Vertreibung der Landbevölkerung fand kein Ende: 2018 wurden mehr als 30.000 Menschen aufgrund von Drohungen oder bewaffneten Konflikten zu Binnenflüchtlingen. Betroffen waren vor allem Menschen aus den ländlichen und strukturschwachen Regionen Cauca, Antioquia und Norte de Santander.



Die Regierungsdelegation kehrt nicht an den Verhandlungstisch zurück.

Gestrandet auf Kuba wartete die ELN-Delegation vergeblich auf ein Entgegenkommen des Präsidenten und die Wiederaufnahme der Gespräche, als sich in Kolumbien der Krieg intensivierte. Die Guerilla wurde immer öfter in Gefechte verwickelt und geriet militärisch unter Druck. Ihre dezentral organisierten Gruppen übten Sprengstoffanschläge gegen die staatliche Infrastruktur, die Ölförderung und militärische Einrichtungen.

Der Krieg in Kolumbien hat in den vergangenen Jahrzehnten über 200.000 Opfer gefordert und eine traumatisierte Gesellschaft tief gespalten. Das betrifft auch die Frage nach dem Umgang mit der Guerilla. Die Friedensverhandlungen mit der FARC waren politisch ebenso umstritten wie die Gespräche mit der ELN. Die Wahl von Präsident Duque muss im Zusammenhang mit einer Kampagne der extremen politischen Rechten um Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez gesehen werden, die sich gegen jedes Zugeständnis an die Guerilla und für eine Politik der militärischen Stärke ausgesprochen hatte. Seither waren die BefürworterInnen des Friedensprozesses in der Defensive gewesen

Am 17. Jänner 2019 zerbombte aber nicht das Militär, sondern die ELN die letzte Hoffnung auf Frieden: In einer Polizeiakademie im Süden Bogotás detonierte kurz nach einer Zeremonie der Rekruten eine Autobombe. Sie tötete 21 Menschen und verletzte viele weitere. Der Attentäter, der bei dem Anschlag in seinem Wagen ums Leben kam, wurde als ELN-Mitglied identifiziert. Erst Tage später übernahm die ELN die Verantwortung und begründete die Tat als Re-

aktion auf Angriffe der Streitkräfte. Die Polizeiakademie sei eine militärische Einrichtung und sämtliche Opfer als Angehörige der Polizei auch Kriegsakteure, der Anschlag ein legitimes Mittel im Krieg.

Präsident Duque schien auf diese Gelegenheit nur gewartet zu haben: Am 18. Jänner erklärte er die Friedensverhandlungen für beendet. Er setzte hohe Kopfgelder auf die Ergreifung der KommandantInnen der ELN aus und forderte von Kuba die sofortige Auslieferung der zehnköpfigen Verhandlungsdelegation der Guerilla.

Die Garantiestaaten Kuba und Norwegen, welche die Friedensverhandlungen begleitet hatten, wiesen darauf hin, dass der Abbruch der Gespräche das Inkraftsetzen des Protokolls vom 5. April 2016 bedeute, welches die Konfliktparteien und die Garantiestaaten dazu verpflichtete, eine sichere Rückkehr der Verhandlungsführer zu ermöglichen. Daran fühle er sich nicht gebunden, erklärte Duque postwendend. Der Bombenanschlag, aber auch die Verletzungen internationaler Übereinkünfte durch die Regierung Duque, drohen jede neue Chance für Frieden und Verständigung für Jahre zunichte zu machen. ■

KOL
LUM
BIEN

Foto: www.eln-paz.org

„MARIANA NUNCA MAIS“

„Nie wieder Mariana“, so tönte Fabio Schvartsman¹, Vorsitzender von Vale, Brasiliens größtem Bergbaukonzern, noch im April vergangenen Jahres vor Aktionären. Er bezog sich auf die bis dahin größte Bergbaukatastrophe Brasiliens, die sich vor drei Jahren infolge des Dammbrochs eines Rückhaltebeckens für Erzschlämme ereignete. Doch Schvartsmans Versicherungen waren hohle Worte wider besseres Wissen und wurden am 25. Jänner auf grausame Weise Lügen gestraft.

Von Jürgen Kreuzroither

An diesem Tag brach in Brumadinho, wie Mariana im Bundesstaat Minas Gerais gelegen, erneut der Damm eines Rückhaltebeckens. Zwar machten die 11,7 Millionen Kubikmeter Erzschlamm (Inhalt von 5.000 olympischen Schwimmbecken), die sich talwärts in Bewegung setzten, nur ein Viertel des Volumens von Mariana aus, doch sind diesmal ungleich mehr Menschen im Schlamm erstickt.

Aktuell sind 166 Tote bestätigt, aber knapp 200 Menschen werden nach wie vor vermisst (Mariana: 19), mehrheitlich Angestellte des Vale-Konzerns. An die 100 MitarbeiterInnen, die beim Mittagessen in der Kantine von der Schlammlawine überascht wurden, hatten keine Chance.

Horrorzahlen können den Albtraum nur ungenügend wiedergeben: Fernando Coelho, 35, verlor seinen Vater Olavo Coelho, 63, in dem Desaster. Beide arbeiteten für die Minengesellschaft. Fernando berichtet, dass sein erfahrener Vater vergangenen Juli spätnachts zu einem Not-einsatz gerufen wurde. An der Basis des Damms war ein Leck aufgetreten. Das Leck konnte geschlossen werden und die Leitung versicherte, dass kein Problem mehr bestehe, doch Fernando berichtet unter Tränen von den Worten seines Vater an ihn: „Der kann jederzeit brechen“.

Systematische Fahrlässigkeit

Die Bezeichnung „Katastrophe“ ist also irreführend. Angemessener ist es wohl, von einem (Umwelt)Verbrechen infolge systematischer Fahrlässigkeit zu sprechen, wobei neben dem Konzern auch staatliche Stellen nicht aus der Verantwortung zu entlassen sind.

Der Name des südöstlichen Bundesstaats weist schon darauf hin: Minas Gerais („Allgemeine Minen“) ist seit der Kolonialzeit vom Bergbau dominiert. Entsprechend ist eine bergbaufreundliche Gesetzgebung fixer Bestandteil der politi-

schen Landschaft. So erklärt sich auch, warum nach dem Desaster von Mariana keine ernstzunehmenden Konsequenzen gezogen wurden.

Im hügeligen Hochland von Minas Gerais gibt es eine Reihe von Rückhaltebecken für Bergbauabraum. Das Alarmierende daran: In ganz Brasilien gibt es 87 Schlammreservoirs vom Brumadinho- bzw. Mariana-Typ, davon 27 mit 100.000 und mehr EinwohnerInnen im Gefährdungsbereich. Die Bezeichnung „Damm“ ist für diesen Typ der billigsten Machart eine Übertreibung. Es handelt sich um eine im Querschnitt pyramidenartige Konstruktion aus Sand und Schlick mit keinerlei unterstützender Konstruktion aus Beton oder Metall. Die Rückhaltefähigkeit beruht ausschließlich darauf, dass der feinkörnige Abraum halb ausgehärtet ist, einen kritischen Wassergehalt nicht überschreitet. Dafür sollen Entwässerungssysteme sorgen, denn die Becken verfügen über keine Abdeckung.

Außergewöhnlich hohe Niederschläge, Erdbeben oder mangelnde Wartung können das fragile Gebilde zum Einsturz bringen. Dem nicht genug, hat sich auch noch die Praxis ausgebildet, die Kapazität solcher Reservoirs mehrfach zu erweitern, indem ein weiterer Damm aufgesetzt wird. Im Fall von Brumadinho wurde so eine 86 Meter hohe Kaskade an Dämmen geschaffen.

Und es sollte nochmals erweitert werden: Erst im September 2018 hat die örtliche Niederlassung des TÜV SÜD die Anlage überprüft. Zwar wurden Auflagen gemacht – so sollten keine schweren Baumaschinen den Damm befahren –, aber das Sicherheitszertifikat wurde vergeben. Darauf reichte Vale den Antrag auf abermalige Erweiterung des Beckens bei der bundesstaatlichen Umweltbehörde ein. Diese stuft vorbereitend die Risikoklasse der Anlage mit einem Federstrich herunter und veranstaltete ein Anhörungsverfahren für

die AnrainerInnen, das laut Zeugen jede Seriosität vermissen ließ. Die Weichen auf Expansion waren also gestellt, bevor der Dammbbruch anderweitig Fakten schuf.

Solch lebensgefährdende Willfährigkeit der Behörden lässt sich nur mit der Macht und dem Geld der Bergbauindustrie erklären. Selbst Brasiliens neuer Umweltminister Ricardo Salles, dem noch eine Anklage wegen Klüngerlei mit der Minenindustrie aus seiner Zeit im Umweltressort São Paulos nachhängt und der sich wiederholt für eine Vereinfachung von Umweltverfahren ausgesprochen hatte, gab sich vorübergehend schmalleppig. Dass sich etwas Entscheidendes ändert, ist angesichts der innenpolitischen Situation unwahrscheinlich.

Konnex imperiale Lebensweise

Bleibt die Frage, was das mit „uns“ zu tun hat. Die Zahlen für Deutschland sind eindeutig: Gut 50 Prozent der Eisenerzeinfuhren stammen aus Brasilien. Größter Verbraucher ist die Baubranche, gefolgt von der Fahrzeugindustrie, und spätestens da ergibt sich der Österreich-Konnex mit der hiesigen starken Zulieferindustrie. Ein PKW besteht zu mehr als drei Vierteln aus Aluminium, Stahl- und anderen Eisenwerkstoffen. Mit anderen Worten: Der Versuch des Umstiegs auf Elektromobilität unter Beibehaltung eines Millionenheeres an Privat-PKWs führt eher noch zu einer Steigerung des Metallbedarfs.

Noch ein wesentlicher Aspekt: Die Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert ein erhebliches Mehr an Metalleinsatz. Wieder die Zahlen für Deutschland: Um die fossilen Energieerzeugungskapazitäten zu ersetzen, sind für die zu errichtenden Solar- und Windsysteme bis zu 15-mal mehr Beton, 90-mal mehr Aluminium und 50-mal mehr Eisen, Kupfer und Glas erforderlich. Das würde selbst bei steigender Recyclingquote eine enorme Expansion des Erzabbaus bedingen. Die Energiewende kann also nicht auf die Umstellung der Erzeugung beschränkt werden, sondern muss mit einer absoluten Verringerung des Energiekonsums einhergehen. ■

¹ Anfang Februar erklärten Schvartsman und andere leitende Vale-Verantwortliche ihren (einstweiligen) Rücktritt.

DAS GRÖSSTE GLÜCK

Nachruf auf den Mayadichter Humberto Ak'abal (1952–2019)

Von Erich Hackl

Humberto Ak'abal war Hirte, Weber, Wanderverkäufer von Decken und Ponchos. Nach dem frühen Tod des Vaters ging er in die Hauptstadt, um als Hilfsarbeiter seine Mutter und seine jüngeren Geschwister daheim in Momostenango, einer Ortschaft im Altiplano von Guatemala, durchzubringen. Schon vorher hatte er alles gelesen, was an bedrucktem Papier aufzutreiben war: lose Zeitungsblätter, zerfledderte Bücher, die er auf Müllhalden fand, Romane von Zola, Tolstoi, O. Henry, die aus unerfindlichen Gründen in den Besitz seines Großvaters gelangt und in eine Kiste gesperrt worden waren, aus Angst, die Buchstaben könnten jeden verhexen, der sich bemühte, sie zu entziffern. Lachend erzählte Humberto einmal, wie er sich mit einem Betrunkenen um einen Gedichtband geprügelt hatte, für den er sich das Geld vom Mund abgespart hatte.

Er fing an, selber Gedichte zu schreiben, auf Maya-K'iche', in der Sprache der größten indigenen Gemeinschaft Guatemalas, die von der herrschenden Minderheit der Weißen und Ladinos bis heute verachtet wird. Sein erstes Buch, *El animalero* (1990), durfte nur auf Spanisch erscheinen. Schon darin findet sich alles, was seine Poesie bestimmt hat: die schlichte, zugleich präzise Sprache; der genaue Blick auf Menschen, Gegenstände, Tätigkeiten; die Liebe zur Natur; die Freude an rätselhaften Erscheinungen; der Sinn für Komik; das Vermögen, Mitleid aufzubringen für die Armen und Geschundenen. Und das feine Gehör für Gesänge, Klänge, Vogelstimmen, die er in onomatopoetischen Versen festhielt.

Von den Schriftstellern seines Landes wurde er die längste Zeit wie ein Aussätzigler behandelt. Man nahm ihm sein indianisches Aussehen übel, die Mayatracht, in der er sich kleidete, seine Armut und dass er außerhalb Guatemalas, bis hin nach Japan, Österreich und Israel, als Dichter wahrgenommen wurde. Dass er Erfolg hatte, obwohl er in einer Sprache schrieb, die ungeachtet ihres kulturellen Reichtums für literaturuntauglich angesehen wurde. Erst die Anerkennung im Ausland ermöglichte es ihm, bescheiden zwar, aber aus-



Foto: Erich Hackl

Nakil, Mayulí und Humberto im Oktober 2014 in St. Gallen

schließlich von seiner literarischen Arbeit zu leben. Für die Diskriminierung durch Guatemalas intellektuelle Elite wurde Humberto durch die Achtung entschädigt, die ihm die indigene Bevölkerung entgegenbrachte. Einmal las er seine Gedichte auf dem Atitlán-See, in einem Boot, fünf Stunden lang vor einem vielhundertköpfigen Publikum, das am Uferhang des Vulkans lagerte. Ein anderes Mal trug er sie auf einem Friedhof in Chiapas vor, am Allerheiligentag, und die Zuhörer klappten die Grabdeckel auf, damit ihn auch ihre verstorbenen Angehörigen hören konnten. Dass der Ältestenrat von Momostenango den Berg Panclom nach ihm benannte, rief aufs Neue seine Feinde auf den Plan, die ein solches Unterfangen für Blasphemie hielten. Obwohl er es vermied, sie mit politischen Losungen zu belasten, tauchten seine Gedichte immer wieder als Graffiti an öffentlichen Gebäuden der Hauptstadt auf.

Von allen Schriftstellerfreunden war Humberto derjenige, der mir das größte Glück beschert hat: durch seine Gedichte, die ich übersetzen durfte, durch seine Treue, seine Gegenwart. Auch, weil ich an seinem Leben Anteil nehmen durfte: Als er mich Anfang der neunziger Jahre nach Momostenango mitnahm, lernte ich die Menschen und Dinge kennen, die Hum-

bertos Verse und Geschichten bevölkern: den Großvater, einen Mayapriester; die Mutter, die nicht lesen und schreiben konnte, aber das Rauschen der Bäume und das Knistern brennender Scheiter zu deuten wusste; die Mädchen, die am Fluss die Wäsche wuschen; den Kleinwüchsigen, der in der Dorfkapelle die große Trommel schlug; die Hühner, Hunde, Schildkröten, Steine, Schluchten, Pfade; sogar den einen oder anderen von den Geistern, deren übles oder schalkhaftes Wesen er immer wieder beschrieb. Und ich war dabei, als dort die Liebe zwischen ihm und einer jungen Bauerntochter aus Le Locle erwachte, Nicole Bieri, die den Maya-Namen Mayulí annahm. Viele Jahre später sah ich Mayulí wieder, bei einer gemeinsamen Lesung mit Humberto in St. Gallen, und lernte dabei auch ihren gemeinsamen Sohn Yannik kennen, Nakil auf K'iche', einen aufgeweckten, geschichtshungrigen Jungen, der den Humor seines Vaters geerbt hat.

Zwischen der einen und der anderen Begegnung lagen stürmische und auch bittere Jahre: Als Humberto 2004 mit dem höchsten Literaturpreis Guatemalas, dem *Premio Nacional Miguel Ángel Asturias*, ausgezeichnet werden sollte, lehnte er den Preis wegen rassistischer Äußerungen des Namensgebers ab. Daraufhin erhielt er Morddrohungen, so dass er mit seiner Fa-

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Indigener Aktivist gegen Kraftwerk Huexca ermordet

Am 20. Februar wurde der indigene Aktivist und Umweltschützer Samir Flores Soberanes vor seinem Haus in Amilingo im Bundesstaat Morelos erschossen. Flores Soberanes war Mitglied der Volksfront zur Verteidigung von Land und Wasser in Morelos FPDTA, die sich gegen den Bau des Wärmekraftwerks Huexca und einer dazu gehörigen Gaspipeline einsetzt. Beide sind Teil des von der staatlichen Stromgesellschaft CFE seit 2010 vorangetriebenen Integralen Projektes Morelos PIM. Dieses liegt allerdings derzeit zum Teil auf Eis; GegnerInnen konnten einen vorläufigen Baustopp für das Kraftwerk erwirken. Denn neben der Verschmutzung des Flusses Cuautla befürchten sie weitere Umweltrisiken, da Kraftwerk und Pipeline in unmittelbarer Nähe des aktiven Vulkans Popocatepetl gebaut werden.

Der Mord an Samir Flores geschah nur wenige Tage nachdem Präsident López Obrador die GegnerInnen des Projektes als „radikale Linke“ beschimpft hatte, die für ihn nicht besser als Konservative seien. Dazu ließ sich López Obrador hinreißen, als er am 10. Februar in der Stadt Cuautla unter Protest von UmweltschützerInnen eine Volksbefragung über die Inbetriebnahme des Kraftwerkes in Huexca ankündigte. Diese wurde allerdings nicht nur in den betroffenen indigenen Gemeinden, sondern im gesamten Bundesstaat durchgeführt. Um eine möglichst hohe Zustimmung zu erreichen, wurden der Bevölkerung reduzierte Stromtarife nach Inbetriebnahme des Kraftwerks versprochen.

In einem offenen Brief beklagte daraufhin die FPDTA, dass der Präsident mit seiner Unterstützung für das Projekt und den Angriffen auf seine GegnerInnen das Klima der Gewalt weiter anheize. Auf

einer Zusammenkunft mit BehördenvertreterInnen am Tag vor dem Mord an Flores betonten sie noch einmal die zunehmende Bedrohung ihrer Sicherheit. Noch 2014 hatte López Obrador ihnen versprochen, als Präsident das Kraftwerk stilllegen zu lassen.

López Obrador erklärte zwar sein Bedauern über den „entsetzlichen“ Mord an Samir Flores. Die Volksbefragung wurde aber trotzdem wie geplant am 23. und 24. Februar in den Staaten Morelos, Puebla und Tlaxcala durchgeführt und ergab – bei 55.715 abgegebenen Stimmen – eine Mehrheit von 59,5% für den Bau. GegnerInnen des Projekts kündigten die Fortsetzung ihres Widerstands dagegen an.

Knut Hildebrandt, poonal, Redaktion

HAITI

Politische und Wirtschaftskrise

Seit dem 7. Februar erlebt Haiti abermals heftige Proteste, zu denen die Opposition gegen die Regierung von Jovenel Moise aufgerufen hat. Die Proteste sind Ausdruck der politischen und sozioökonomischen Krise, die das karibische Land durchlebt. Während sie andauern, wird von acht Todesopfern berichtet, die Opposition spricht von 50 Toten. Einige Botschaften haben die Evakuierung ihres diplomatischen Personals angekündigt.

Die Demonstrierenden verlangen den sofortigen Rücktritt von Präsident Jovenel Moise und seiner Regierung sowie die Senkung der Lebenshaltungskosten. Sie prangern die schlimme soziale Situation und die Verschlechterung der öffentlichen Versorgung an, die im Zusammenhang mit der Misswirtschaft der Regierung stehen. Ende November bestätigte ein Bericht des Rechnungshofes, dass mehr als zwei Milliarden US-Dollar, die für Sozialausgaben bestimmt waren, von ca. 15 Ex-Regierungsbeamten veruntreut wurden.

Im Juli 2018 gingen die HaitianerInnen auf die Straße, um gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise zu demonstrieren. Diese Maßnahme hatte die Regierung im Februar mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart. Die Situation führte zum Rück-

tritt des damaligen Ministerpräsidenten Jack Guy Lafontant. Im August ernannte Präsident Jovenel Moise den Notar Jean-Henry Céant zu dessen Nachfolger.

Haiti ist auch weiterhin das ärmste Land Amerikas. Laut Daten der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik *Cepal* wuchs die haitianische Wirtschaft um nur 1,4 Prozent, eine der geringsten Wachstumsraten der Region. Seit Jovenel Moise an die Macht gekommen ist, beklagt das karibische Land ein Haushaltsdefizit von mehr als 86 Millionen US-Dollar. Die Inflation liegt bei mehr als 15 Prozent und der Wertverlust der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar bei mehr als 20 Prozent. Zu all dem kommen eine permanente politische Instabilität und humanitäre Katastrophen, wie das Erdbeben im Jahr 2010, das einen großen Teil der Infrastruktur des Landes zerstört hat.

Präsident Moise hat die Opposition zum Dialog aufgefordert, um einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Am 6. Februar hat die Regierung den wirtschaftlichen Notstand ausgerufen. Zugleich wurden die Kosten für Grundnahrungsmittel gesenkt und der Zugang zu Krediten für KleinunternehmerInnen verbessert, um die Folgen der Krise abzufedern.

amerika21

NICARAGUA

Erste Vereinbarungen bei neuer Dialogrunde

Bei dem am 27.2. begonnenen Dialog zwischen Regierung und Opposition wurde als erstes Ergebnis ein Fahrplan für die weiteren Verhandlungen vereinbart. Wie Monsignore Waldemar Stanislaw Sommertag, der apostolische Nuntius, nach den Gesprächen berichtete, hat sich die Versammlung bisher auf neun Punkte geeinigt, die diskutiert werden sollen. Drei noch offene Fragen sollen dabei geklärt werden. Da die Dialogrunden nicht öffentlich stattfinden, gibt es außer dem veröffentlichten Kommuniké keine direkten Informationen zu den Vereinbarungen.

Die Gespräche wurden auf dem Campus des Zentralamerikanischen Instituts für Unternehmensführung (INCAE) in Managua durchgeführt. Mit der Wahl dieses Ortes kam die Regierung von Präsident Daniel Ortega den Oppositionsvertretern entgegen. Als Vertreter der Regierung nahmen neben Außenminister Denis Moncada,

dem sandinistischen Fraktionsführer Edwin Castro und weiteren Abgeordneten auch Francisco Rosales vom Obersten Gerichtshof und Luis Andino als Führer der Vereinigung der nicaraguanischen StudentInnen teil.

Als wichtigstes Mitglied der Delegation der Opposition gilt Juan Sebastián Chamorro, der das den Unternehmern des Landes nahestehende Wirtschaftsforschungsinstitut FUNIDES leitet. Dieses erhält umfangreiche Finanzierung durch die Entwicklungsbehörde der US-Regierung USAID, aber auch Gelder von der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Die Regierung hatte als Zeichen ihrer Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen zu deren Auftakt eine Liste von 100 Personen veröffentlicht, die zum großen Teil noch in Untersuchungshaft waren und nun vor weiteren gerichtlichen Maßnahmen in den Hausarrest entlassen wurden. Ihnen werden Taten zur Last gelegt, die zu keinen direkten Personenschäden geführt hatten und im engen Zusammenhang mit Protestaktionen standen.

Die Leiterin des Menschenrechtszentrums CENIDH, Vilma Nuñez, forderte nach diesen Entlassungen ebenso wie die Organisation Amerikanischer Staaten die „Freilassung aller politischen Gefangenen“, die im Zusammenhang mit den Protestaktionen inhaftiert wurden. Die Regierung vertritt hier die Position, dass Mord, Körperverletzung und Bedrohung keine Protestformen, sondern eindeutige Straftaten sind und als solche verfolgt werden müssen. Das Thema wird bei weiteren Dialogrunden eine wichtige Rolle spielen.

Von Rudi Kurz, amerika21

EL SALVADOR

Freiheit nach fast drei Jahren Gefängnis wegen Fehlgeburt

Nach 33 Monaten in Haft wurde am 15. Februar Evelyn Hernández freigelassen. Die junge Frau war im Juli 2017 von einer Richterin desselben Gerichts zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nery Velásquez Joya befand sie des schweren Mordes für schuldig, nachdem Evelyn im Alter von 18 Jahren eine Fehlgeburt hatte. Sie war sich zuvor nicht bewusst gewesen, dass sie schwanger war, und das Neugeborene starb.

Evelyns Verteidigung und feministische Organisationen legten jedoch Berufung gegen die Strafe ein und brachten das Urteil vor die höchste Strafkammer des Landes, die befand, dass es in dem Fall keinen Beweis für einen vorsätzlichen Mord gebe. Nach den medizinischen Gutachten und der Autopsie hatte der Fötus Mekonium (Exkrement) eingeatmet, wahrscheinlich die Todesursache.

Das Gericht von Cojutepeque wurde angewiesen, ein neues Verfahren mit einem anderen Richter oder einer anderen Richterin einzuleiten und den Fall wieder aufzunehmen. Evelyns AnwältInnen forderten ihre Freilassung, da nunmehr kein Urteil mehr gegen sie vorlag. Das Gericht in Cojutepeque zögerte, weshalb Frauenrechtsorganisationen am 13. Februar eine Pressekonferenz organisierten und die Freilassung forderten. Einen Tag später entschied das Gericht zugunsten der jungen Frau.

Der zweite Prozess beginnt am 6. April und Evelyns Anwältin Bertha Deleón hofft, dass Evelyn Hernández freigesprochen wird. Die höchste Strafkammer habe schließlich erklärt, dass es keinen Beweis für eine absichtliche Tötung gibt. Im Gegenteil: „Das Einatmen von Mekonium findet im Uterus statt, es ist unmöglich, dass die Mutter damit etwas zu tun hat“.

Sonja Gerth, poonal

BRASILIEN

Polizisten schützen Mörder von Marielle Franco

Die Ermittlungspolizei (*Policia Civil*) im Mordfall Marielle Franco hat zwei Angehörige der Landespolizei (*Policia Militar*) wegen Weitergabe von Informationen an eine paramilitärische Miliz festgenommen. Wie bekannt wurde, sind zuvor bereits mehrfach Mitglieder der Miliz vor Festnahmen gewarnt worden. Auch der Hauptverdächtige für die Morde an der Linkspolitikerin und Aktivistin Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes im März 2018, Adriano da Nóbrega, konnte so der Verhaftung entgehen.

Die Ermittlungsbehörden überführten die beiden Polizisten durch Telefonüberwachung. In abgehörten Gesprächen hatten sie den Anführer der Miliz *Liga da Justiça*, Wellington da Silva Braga alias Ecco, vor Zugriffen gewarnt. Die Polizeioperation „Volante“ von Anfang Februar wurde

deswegen zu einem Fiasko. Mit einem Großaufgebot sollten 20 Angehörige der Miliz festgenommen werden, darunter auch Silva Braga, aber die Polizei konnte nur einer Person habhaft werden. Die beiden nun verhafteten Polizisten gehören selbst der *Liga da Justiça* an.

Seit März 2018 gelang es „Ecco“ und hundert weiteren Mitgliedern des organisierten Verbrechens, bei mindestens vier Operationen durch Hinweise aus dem Polizeiapparat zu entkommen. Im Rahmen der Operation „Heracles“ im Dezember 2018 waren 1.700 Mitglieder der Streitkräfte ausgerückt, um 97 Haftbefehle zu vollstrecken, was in nur 27 Fällen gelang. Die Aktionen fanden in den von den Milizen kontrollierten Stadtteilen Jacarepaguá, Santa Cruz, Campo Grande und Rio das Pedras statt.

Die *Liga da Justiça* gilt als die größte Miliz von Rio de Janeiro. Diese paramilitärischen Gruppen formierten sich einst unter dem Vorwand, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen zu bekämpfen, und rekrutieren sich vorwiegend aus ehemaligen oder außer Dienst stehenden Polizisten und Militärangehörigen. Heute finanzieren sie sich selbst über Schutzgelderpressungen, die Kontrolle des lokalen Handels und Drogengeschäfte.

Der Sicherheitschef von Rio, Armeegeneral Richard Nunes, vertritt die These, dass Franco ermordet wurde, weil sie durch ihre politische Basisarbeit in den Randgebieten die Geschäfte der Milizen bedroht hat. Nunes hatte im Dezember bestätigt, dass die Milizen davon ausgingen, Marielle Franco könne ihre illegalen Geschäfte wie Grundbuchfälschungen und Landraub stören.

Über den Auftragsmörder da Nóbrega und die Favela Rio das Pedras wird seit kurzem die Präsidentenfamilie Bolsonaro mit der Ermordung Francos und Gomes' in Verbindung gebracht. Der Sohn von Präsident Jair Bolsonaro, Senator Flávio Bolsonaro, hatte als Abgeordneter von Rio de Janeiro bis Mitte November 2018 die Ehefrau und die Mutter da Nóbregas beschäftigt. Die Mutter sei für Bolsonaros illegale Finanztransaktionen zuständig gewesen. In dieser Sache laufen seit Mitte Januar Ermittlungen gegen den Präsidentensohn.



BUCHBESPRECHUNG

AM ERDÖL ERTRUNKEN?

Stefan Peters: Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela
Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez
Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2018,
248 Seiten, 19,80 Euro (D)

Dieses Buch ist keine Apologie des Chavismus und der sogenannten Bolivarischen Revolution. Genauso wenig ist es ein Pamphlet gegen das Experiment des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, das Hugo Chávez unternommen hatte. Stefan Peters, Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen, unternimmt vielmehr den Versuch, das Scheitern dieses Experiments aus der Geschichte, speziell aus der Tradition des von den Erdöleinnahmen abhängigen Rentenstaates zu erklären. Er will „der Versuchung widerstehen, die Ursachen für revolutionäres Scheitern der Bolivarischen Revolution in Venezuela zunächst in externen Ursachen zu suchen und stattdessen nach Antworten in der inneren Konstitution der Gesellschaften suchen, die nicht nur für Venezuela sondern auch für andere Länder Lateinamerikas wichtige Einsichten für die Zukunft emanzipatorischer Bewegungen bieten können“. Venezuela wird also angesichts der kontinentalen Rechtswende als beispielhaft analysiert.

Voraussetzung für das Verständnis der Entwicklungen ist für den Autor die Kenntnis der venezolanischen Wirtschaft, die ab 1914 immer mehr von der Erdölförderung abhängig wurde. Daraus habe sich auch Hugo Chávez nicht befreien können, obwohl er nach seinem Wahlsieg 1998 versuchte, aus der liberal-repräsentativen eine partizipatorische und protagonische Demokratie zu machen. Er ließ eine neue Verfassung schreiben, die dafür die Voraussetzungen schaffen sollte, aber vor allem die Rechte und Vollmachten des Präsidenten stärkte. Von diesen Vollmachten sollte er in der Folge reichlich Gebrauch machen. So verstaatlichte er bald den mächtigen Erdölkonzern PDVSA.

„Chávez' Griff nach der Kontrolle über den Erdölkonzern war nicht mehr und nicht weniger als der Griff nach der Macht im Staat“, so Peters' Analyse. Nach einem

62tägigen Streik in der Erdölindustrie 2002 tauschte der ehemalige Fallschirmjägeroffizier rebellische Fachleute gegen politisch zuverlässige Dilettanten aus. Durch den bald darauf einsetzenden Preisanstieg verfügte er dann über eine Bonanza, die es ihm erlaubte, fast unbeschränkt mit Geld Politik zu machen. Zentrales Element war die Stärkung der lateinamerikanischen Solidarität durch gezielte Förderung linker und progressiver Politiker von Argentinien bis Nicaragua und Kuba. Das Wirtschaftsmodell im eigenen Land ließ Chávez trotz Investitionen in den Sozialbereich weitgehend unverändert: „Auch unter den Vorzeichen des Sozialismus des 21. Jahrhunderts blieb Venezuela somit im Kern nicht mehr und nicht weniger als eine Rentenökonomie“.

Lobende Worte findet der Autor für die Bildungspolitik, die den Zugang zu Bildung auf allen Niveaus spürbar verbessert habe. Allerdings habe die Qualität angesichts des großen Bedarfs an Lehrern und Hochschullehrern nicht mitgehalten. Dass die Reformen nicht in die Tiefe gingen und die Bevölkerung den geplanten revolutionären Umwälzungen eher passiv gegenüberstand, wird mit der Rentenmentalität erklärt. JedeR VenezolanerIn beanspruche für sich einen Anteil an der Erdölrente.

Mit ALBA (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) schuf Chávez ein Gegenmodell zu den neoliberalen Freihandelsabkommen, die von den USA und der EU verfolgt werden. Jedoch werde die Kooperation fast ausschließlich durch die Öleinnahmen finanziert und könne daher nicht nachhaltig sein. Kein gutes Zeugnis stellt Peters auch dem TV-Kanal Telesur aus, der als Antwort der Basisbewegungen auf die kommerziellen Networks wie CNN und *Univisión* gedacht war. Aber statt solide und gut recherchierte Gegeninformation zu liefern, betreibe er Hofberichterstattung für die befreundeten Regierungen.

Jenen, die das Scheitern des Projekts allein dem Verfall der Erdölpreise und der Unfähigkeit des Nicolás Maduro anlasten, nimmt Peters die Illusionen: „Viele der wesentlichen Gründe des Niedergangs der



Bolivarischen Revolution waren bereits lange vor dem Ableben des Hugo Chávez angelegt“. Er entwirft vier Szenarien, in die die gegenwärtige Krise münden könnte. Am wahrscheinlichsten erscheint ihm die baldige Machtübernahme durch eine Opposition, die auch keine Lösungen für das strukturelle Problem der Erdölabhängigkeit anbietet. Zum Verständnis der tagesaktuellen Dauerkrise Venezuelas sei die Lektüre dieses Buches wärmstens empfohlen.

Ralf Leonhard

MEXIKOS INDIGENE OHNE STEREOTYPE

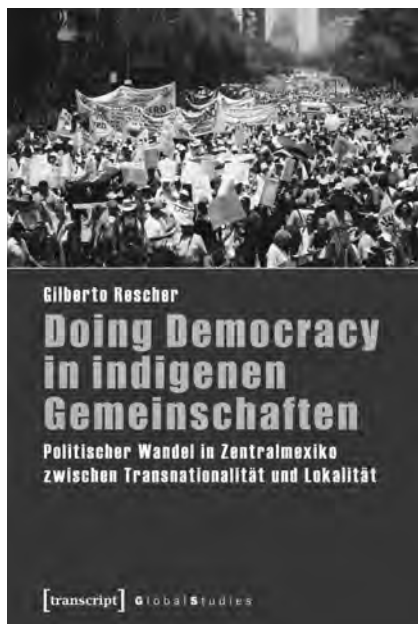
Gilberto Rescher: Doing Democracy in indigenen Gemeinschaften.

Politischer Wandel in Zentralmexiko zwischen Transnationalität und Lokalität.
transcript, Bielefeld, 2018, 346 Seiten,
44,99 Euro (D)

Gilberto Rescher untersucht in seiner umfangreichen ethnographischen Studie über das politische Verhalten der BewohnerInnen zweier Dörfer im mexikanischen Valle del Mezquital, wie diese auf mehreren Ebenen demokratische Freiräume nutzen, selbst gestalten und immer neu verhandeln. Beide Dörfer sind von nationalen Politiken betroffen, die sie nur schwer beeinflussen können, sie sind sowohl in nationale als auch transnationale Migrationsnetzwerke eingebunden, und in beiden Dörfern finden tiefgreifende Veränderungen statt.

So leidet die recht trockene Region darunter, dass ein Bewässerungsprogramm

umgesetzt wurde. Dieses erhöhte zwar vorübergehend die Ernten, die Ertragssteigerung war aber mit dem Einsatz von verseuchten Abwässern aus Mexiko Stadt erreicht worden, die nach kurzer Zeit sowohl die Böden als auch die landwirtschaftlichen Produkte schädigten. Die prekären Lebensbedingungen, aber auch die Perspektive auf neue Handelsfreiräume veranlassen insbesondere junge Frauen und Männer, sich in früheren Jahren in andere Regionen Mexikos und später in die USA auf den Weg zu machen. Das Migrationsverhalten von Männern und Frauen ist unterschiedlich, in beiden Fällen aber verändert es auch die Herkunftsgemeinden. So finden tiefgreifende Transformationen statt, die sowohl die Geschlechterverhältnisse als auch das Senioritätsprinzip in den Dörfern in Frage stellen.



Rescher rekonstruiert in seinen Untersuchungen über das Verhalten auf unterschiedlichen Ebenen der Politikgestaltung – im dörflichen Amtersystem, im überregionalen parteipolitischen Gefüge und im Hinblick auf die sich verändernde Situation durch das Ende der Einparteiherrschaft –, wie neue Freiräume ausgehandelt werden und gleichzeitig auch versucht werden muss, bestimmte klientelistische Beziehungen nicht völlig aufs Spiel zu setzen. Dabei sind sowohl die transnationalen Beziehungen mit DorfbewohnerInnen in den USA von Bedeutung als auch unterschiedliche Kategorien von RückkehrerInnen sowie junge, besser gebildete BewohnerInnen und ökonomisch eigenständige Frauen. Die Studie zeigt, wie „Tradition“

und damit auch dörfliche Entscheidungsfindungsstrukturen und politische Vertretungen immer neu verhandelt und adaptiert werden und wie neue demokratische Räume genutzt und ausgeweitet werden.

Es ist eine Stärke des Buches und der Untersuchung, solche Veränderungsprozesse in den Mittelpunkt zu stellen und damit zu veranschaulichen, wie wenig aussagekräftig Zuschreibungen von Rückständigkeit, Tradition und rebellischem Verhalten – Eigenschaften, die nicht nur in Mexiko häufig mit indigenen Gemeinden assoziiert werden – tatsächlich sind. Ausführliche Zitate aus den Forschungsnotizen machen die Analysen auch für LeserInnen, die nicht vom Fach sind, anschaulich und geben einen Einblick in die ethnologische Arbeitsweise, die Einsichten in lokale Dynamiken transnationaler Gemeinschaften gewährt und damit stereotype Zuschreibungen in Frage stellt.

Eva Kalny

KUBA FIKTIV, ABER REAL

Leonardo Padura: Die Durchlässigkeit der Zeit

Unionsverlag 2018, 438 Seiten, 24,70 Euro

Krimi-Zeit. „Der neue Padura“ ist da. Es geht um Kunstraub, den Ausverkauf der Kulturschätze und der Moral, um kleine und große Diebe und Lügner. Und natürlich Mord. Detektiv Mario Conde ermittelt in einer neureichen Kunsthändler-szene – auch gegen seinen eigenen Auftraggeber. Eine Welt, in der man niemandem trauen kann. Für manche Kuba-Experten hat Padura seine Krimis in Abwesenheit soziologischer Studien zum Besten entwickelt, was es an Sozialanalyse und -kritik im zeitgenössischen Kuba heute gibt. Sein neuester Krimi führt uns ins Milieu der Homosexuellen, der afro-kubanischen Santería, des Elends der *palestinos* (so heißen die oft illegalen Zuwanderer aus dem Osten der Insel), des Verfalls von Havana und einer neureichen Schattenbourgeoisie mit Kontakten ins Ausland und zur Welt der Devisen. Der Romanheld Mario Conde ist da in ein Restaurant eingeladen, von dem seine Freunde „nicht einmal ahnen, dass es sowas gibt“. Ein spannender Ausflug in ein sehr reales Kuba.

Robert Lessmann



SCHACH ZWISCHEN FAKTEN UND FIKTION

Ariel Magnus: Die Schachspieler von Buenos Aires

Übersetzt aus dem argentinischen Spanisch von Silke Kleemann. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2018. 334 Seiten, 22,70 Euro

Das Gespenst des „kontrafaktischen Romans“ macht, wie ich feststelle, in der lateinamerikanischen Literatur seine fragwürdigen Runden. Unter anderem bringt das mit sich, dass beim Lesen fortwährend gegoogelt werden muss, um festzustellen, ob eine neu eingeführte Figur aus dem echten Leben stammt, oder imaginär ist.

Ariel Magnus, argentinisch-jüdischer Autor, versucht damit lässig zu spielen. So beginnt das erste Kapitel mit der Szene der Abfahrt eines Passagierdampfers nach Buenos Aires. Da kursiv gesetzt, weiß der vorgewarnte Leser um Kontrafaktisches. Bald darauf stellt ein Passagier sich dem Großvater des Autors, der eigentlich diesen Roman hätte schreiben sollen, als Mirko Czentovic vor: „Ich bin ein Schachmeister, aber fiktiv. Aus einem Roman von Stefan Zweig, falls Sie den kennen“.

Klar, mit Zweigs „Schachnovelle“ kommen wir als mitteleuropäische Leser klar. Andere Referenzen müssen gegoogelt werden. Da ich, leider, nur bis zum ABC des Schachs vorgedrungen bin, kenne ich immerhin echte Namen wie die der Großmeister Aljechin oder Capablanca, aber den von Sonja Graf – mit Turnierspielen auf dem Semmering im Hotel Panhans – schon nicht mehr. Also googelte ich und erfuhr manches über ihr weltmeisterliches Leben, wobei eine inzestuöse Beobachtung, vom Autor ausgeschlachtet, irgend-

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37:
BUCHBESPRECHUNGEN

wie ins Irreale entschwindet. Immerhin kann der Großvater des Autors sie nicht verführen.

Bei lateinamerikanischer Kultur punkte ich stärker: Ja, sowohl Jorge Luis Borges wie auch Roberto Arlt (er mit österreichischen Eltern) und der argentinische Autor Ezequiel Martínez Estrada haben sich mit Schach befasst. Dass sie alle in der berühmten Buchhandlung von Buenos Aires in der Straße Corrientes 515 verkehren, fiktiv oder auch real, spinnt den Faden weiter bis Umberto Eco oder Vladimir Nabokov. Unser Autor erinnert daran, dass hier, sozusagen in privater Handarbeit, 250 Exemplare der deutschsprachigen Fassung von Zweigs „Schachnovelle“ ediert worden sind, fast simultan mit dem offiziellen Erstdruck im Stockholmer Exilverlag Bermann-Fischer. Wikipedia aufgepasst: Das war 1941, nicht 1943!

Gelegentlich unterlaufen auch dem Autor kleine Fehler. Carlos Gardel, frühes Idol des Tango, „hatte sich das Leben genommen“. Nein, er starb 1935 bei einer Flugzeugkollision im kolumbianischen Medellín. Eva Duarte Perón macht, zeitlich zu früh, einen unnötigen Cameo-Auftritt.

„Kennst Du das Gedicht Brot und Wein von Hölderlin nicht?“. So nicht, denn Hölderlins Elegie heißt „Brod und Wein“, der Titel mit dem harten „t“ führt geradlinig zu Trakl. Jemand im Text zitiert „den Nazi Ezra Pound“; na ja, so eindeutig war das nicht! Etc., etc.

Halt! Ich will mich doch nicht in Beckmesserei verrennen. Entscheidend ist: Ariel Magnus bearbeitet ein phantastisches Thema, die Schachweltmeisterschaft 1939 in Buenos Aires, wo Nazi-Deutschland (aufgefettet von zwei Großmeistern aus dem angeschlossenen Österreich) das Team aus Polen schlagen kann, just in dem Moment, wo der 2. Weltkrieg ausbricht und Polen das erste Opfer sein muss, als Ereignis eingefasst vom Schicksal deutschsprachiger Juden, die gerade noch rechtzeitig fliehen konnten.

Dies alles wird in einer lakonischen, aber klargefilterten – und ebenso genuin übersetzten – Sprache erzählt, allerdings mit zu vielen Einschüben, Kommentaren und ellenlangen Fußnoten. So verstopfen die sogenannten dokumentarischen Tatsachen leider die Kraft der Worte.

Aber noch ist Argentiniens heutige Literatur, stark von deutsch-jüdischen Schwingungen befruchtet, nicht verloren. Unserem Autor wäre zu wünschen, zur vollen Magnus-Größe aufzuwachen und das Thema der Schachweltmeisterschaft 1939 ohne Firlefanz-Beiwerk als kompakte Erzählung neu zu schreiben, als „Schachnovelle“ eben. Damit wir, geht alles gut, ihn doch an die Seite von Stefan Zweig stellen könnten.

Gerhard Drekonja-Kornat

CHILE KOMPAKT

Daniel Saavedra Aguirre/Montserrat Varela Navarro: *Chile. Un país muy largo de contar*. Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2019. 128 Seiten, 19,80 Euro (D)

Chile könnte die Welt für die nächsten 1500 Jahre mit Lithium versorgen. Dieses Leichtmetall wird für die Herstellung von Batterien verwendet und ist unentbehrlich für den Übergang von der fossilen zur Elektromobilität. Nur Australien fördert derzeit mehr Lithium, doch die chilenischen Reserven sind weit größer. Mit solchen Informationen, in einfachem aber nicht anspruchslosem Spanisch aufbereitet, versorgt dieser Lehrbehelf Schülerinnen und Schüler, die sich auf die Matura vorbereiten. Dieser Band ist gleichzeitig ein Sprachlehrbuch, das neue Vokabel erklärt und Wortschatzübungen umfasst, und eine Monographie über das Land am Pazifik.

In kurzen Kapiteln werden Geschichte, Geographie, Wirtschaft, aber auch gesellschaftliche Themen abgehandelt. Die Diktatur unter Augusto Pinochet wird dabei genauso wenig ausgespart wie der Salpeterkrieg, die neoliberale Wende unter den „Chicago Boys“ und die Studentenproteste der jüngeren Geschichte. Die Protestliedbewegung, die die sozialistische Zeit unter Salvador Allende begleitete, wird gewürdigt, die problematische Privatisierung der Pensionsfonds angesprochen. Man setzt sich mit der Anfälligkeit des tektonisch fragilen Landes für Erdbeben und der europäischen Einwanderung auseinander. Schade, dass das indigene Erbe nur sehr oberflächlich abgehandelt wird und die Kultur der Mapuche kaum Raum findet. Der Autor und die Autorin lehren Spanisch bzw. Journalismus an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Ralf Leonhard

⇒ von Seite 35:
KURZNACHRICHTEN

PERU

Verbot von Einweg-Plastik

Pünktlich zur Weltklimakonferenz in Kattowitz (COP24) hat der peruanische Kongress am 5. Dezember einstimmig für ein Gesetz gegen Einweg-Plastik gestimmt. Innerhalb der kommenden drei Jahre sollen alle Produkte aus Plastik, die nach einmaliger Verwendung entsorgt werden, verboten werden. In Peru wird jährlich fast eine Million Tonnen Plastik verwendet. Nach Angaben des peruanischen Umweltministeriums werden davon etwa 75% zu Abfall, nur 0,3% werden recycelt. 2.866 Unternehmen in Peru produzieren Plastik.

Das Ziel des neuen Gesetzes, das auch Herstellung, Import, Vertrieb und Lieferung untersagt, ist es, gegen die zunehmende Verschmutzung von Pazifik und Natur vorzugehen. In insgesamt drei Phasen soll das Gesetz umgesetzt werden. In den ersten vier Monaten werden Vertrieb und Verwendung von nicht recyclebarem Plastik an öffentlichen Orten wie Stränden, Museen und staatlichen Institutionen verboten. Innerhalb des ersten Jahres sind Verbote von Plastiktaschen und Strohhalmen geplant. Offiziell soll nach 36 Monaten Schluss sein mit Plastiktaschen, Plastik-Strohhalmen, Einweggeschirr und Styroporbehältern. Bis dahin haben die Supermärkte Zeit, ihr Angebot gegen umweltfreundliche Alternativen auszutauschen. Ausgenommen sind nur Plastikverpackungen, die aus hygienischen Gründen zum Schutz von losen Lebensmitteln oder Medikamenten dienen.

Die Müllsituation in Lima ist insgesamt dramatisch. Jährlich produziert die peruanische Bevölkerung schätzungsweise 18.000 Tonnen Müll, 8.500 davon gehen allein auf die Hauptstadt zurück. Bis 2025, schätzt die Weltbank, wird sich die Zahl voraussichtlich verdoppeln. Das Problem daran: Nur etwa 15% der Abfälle werden recycelt, der Rest landet auf riesigen improvisierten Müllhalden. Peru hat 2016 mit dem „Plan Nacional de Gestión Integral de Residuos Sólidos“ einen acht-Jahres-Plan entworfen, und erst am 5.11 hat die peruanische Regierung ein Dekret veröffentlicht, das den verantwortungsvollen Umgang mit Plastikmüll bewirbt.

Leon Meyer zu Ermgassen

➔ von Seite 33: **NACHRUF AUF HUMBERTO AK'ABAL**

milie in der Schweiz Zuflucht suchen musste. Jahre nach ihrer Rückkehr wurde ihm die Entführung seines Sohnes für den Fall angedroht, dass er sich weigerte, für ihn Lösegeld zu bezahlen. Bei Nacht und Nebel brachte er Nakil und Mayulí zum Flughafen von Guatemala-Stadt. Seit damals sah sich die Familie nur noch dann, wenn Humberto zu Lesungen oder Workshops in Europa eingeladen wurde.



Erich Hackl und Humberto in Gottlieben

Mit dem Vorschlag des Schriftstellers Karl-Markus Gauß, den Nobelpreis für Literatur an Humberto Ak'abal zu vergeben, bin ich völlig einverstanden gewesen: weil eine solche Auszeichnung selten gerecht gewesen wäre, und weil ich meinem Freund zu diesem Anlass den Koffer nach Stockholm getragen hätte. Eine seiner Liebhabereien war das Sammeln winziger Bücher, für die er in seinem Häuschen in Momostenango ein Regalbrett freigeräumt hatte. Er beschrieb mir das Entzücken seiner Mutter, jedesmal, wenn sie diese kleinen Wunderwerke betrachtete. Ein Exemplar des kleinsten Buchs der Welt – jedenfalls wurde es vor Jahrzehnten als solches angepriesen – aus der Hinterlassenschaft meiner Mutter wartete darauf, in seinen Besitz überzugehen, bei unserem nächsten Treffen, zu dem es nie mehr kommen wird. Denn am Abend des 28. Jänner ist Humberto Ak'abal in der Notaufnahme eines Krankenhauses der Stadt Guatemala verstorben, und ich weiß nicht, wie ich ohne ihn mit dieser Welt zurechtkommen werde.

7. Cine Latino-Festival

28. März bis 4. April 2019
Filmcasino, Margaretenstraße 78, 1050 Wien

Bereits zum 7. Mal bietet das CINE LATINO-FESTIVAL spannende filmische Entdeckungen aus und über Lateinamerika. Das gesamte Festivalprogramm auf <https://www.filmcasino.at/special/cinelatino19/>

Conquista. Das indigene Mexiko 500 Jahre nach der europäischen Invasion

Mit diesem Veranstaltungsprogramm öffnet das Österreichische Lateinamerika-Institut eine kritische Perspektive auf die ethnischen Beziehungen in Mexiko und stellt anhand vielfältiger Veranstaltungen die Geschichte und Gegenwart Mexikos zur Diskussion.

- 4. April: Mexikanische *Filmnacht*, Filmcasino
- 6. April: *Podiumsdiskussion*, Weltmuseum Wien
- 6. bis 11. April: *Ausstellung* „con/texto. Übungen in Übersetzung“, Mexikanisches Kulturinstitut
- 9. April: *Cocina Mexicana* – eine kulinarische Reise, Kochworkshop, Taquerida
- 10. April: *Kolloquium* zu Malinche, Österreichisches Lateinamerika-Institut

Mehr *Informationen*: <https://lai.at/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungsreihe-conquista-das-indigene-mexiko-500-jahre-nach-der>

Nicaragua-Konferenz

Utopie und Zerfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe
 Freitag, **05. April**, 19 Uhr, bis Sonntag, **07. April**, 15 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Ausgehend von den Erfahrungen in Nicaragua und Lateinamerika bringt die Konferenz AkteurInnen aus Nicaragua, Lateinamerika und Deutschland zusammen. In Workshops und auf Podien diskutieren sie mit uns über Utopie und Zerfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe.

Konferenz mit: Maria Teresa Blandon, Soziologin und feministische Aktivistin, Nicaragua; Edgardo Lander, Soziologe und Aktivist, Venezuela; Mónica Lopez

Baltodano, Anwältin und Aktivistin, Nicaragua; Francisca Ramírez, Anführerin der bäuerlichen Anti-Kanalbewegung, Nicaragua; Raul Zelik, Aktivist und Parteivorstand Die Linke und vielen mehr.

Anmeldung bis zum 22.03.2019 unter krekeler@inkota.de

Was ist los in Venezuela?

Diskussion mit Leo Gabriel
9.4., 19:00 im Wissensturm, Linz, Kärntnerstr. 40, Raum 01.02 (1. Stock).

Juan Guaidó, der selbsternannte „Übergangspräsident“, ist keineswegs ein Musterdemokrat. Seine rechte Partei ist für extrem gewalttätige Straßenaktionen mit vielen Todesopfern verantwortlich. Die US-Politik gegenüber Venezuela reiht sich ein in eine lange Geschichte brutaler US-Interventionen zur Installierung US-höriger Regime in Lateinamerika.

JUAN RAMÓN RUIZ 'PELÓN' IPRESENTE!

Gedenkfeier für unseren geliebten Freund und Compañero
 Mittwoch, **24. April**, 18 bis 22 Uhr
 LAI, Europasaal, Türkenstraße 25, 1090 Wien

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

- ZVR-Nr.: 278 710 314
- Obmann:** Ralf Leonhard
- Obmann-Stv.:** Leo Gabriel
- Schriftführer:** Brigitte Ghafouri-Schmidt
- Schriftführer-Stv.:** Wolfgang Schweiger
- Kassier:** Hermann Klosius
- Kassier-Stv.:** Cornelia Perle